STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_18980326

## Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

PUBLIC DOMAIN

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 72. 12. Jahrgang.

# Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erſcheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Poſt bezogen (Nr. des Poſtkatalogs 3172) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus.
Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illuſtr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Guſtav Waberſky in Hamburg.

Sonnabend, den 26. März 1898.

Anzeigen
werden die ſechsgeſpaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), ſowie in ſämmtl. Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterſtraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

## Der ſozialdemokratiſche Deckungs-Antrag.

Es braucht kaum hervorgehoben zu werden, daß wir dem Flottengeſetz auch dann keine Sympathien entgegenbringen würden, wenn wirkliche Garantien gegeben wären, daß die breiten Volksſchichten von jeder Mehrbelaſtung verſchont blieben. Die Deckung fällt für uns allerdings ſehr ſchwer in's Gewicht, nicht minder aber der Umſtand, daß das Flottengeſetz eine weitere und ſehr erhebliche Verſtärkung des Militarismus bedeutet. Wir brauchen die Flotte als „Nebenarmee“, ſo ungefähr hat in der Etatsberathung ein Vertreter der Regierung beiläufig geäußert; ein Wort, das damals unbeachtet verhallt iſt und nur in wenigen journaliſtiſchen Parlamentsberichten enthalten war, das aber für die Abſichten der Reichsregierung bezeichnend iſt. Der Militarismus aber iſt für uns der „innere Feind“. Notabene: nicht bezeichnen wir damit die zur Vertheidigung des Vaterlandes nothwendige Einrichtung, ſondern das beſtehende militäriſche Syſtem, ſofern es zugleich und hauptſächlich der Hort kapitaliſtiſcher und junkerlicher Ausbeutung und Unterdrückung iſt, die ultima ratio, die Hauptwaffe der reaktionären Mächte gegen die Freiheit und den Kampf des arbeitenden Volkes um ſeine Rechte. Wie wir nichts gegen die Polizeiorgane haben, ſoweit ſie die Bürger vor Spitzbuben ſchützen, ſondern ihr nur entgegentreten, ſofern ſie die Bürger ſelbſt vexirt, ſo bekämpfen wir im Militarismus nicht den Schützer und Vertheidiger Deutſchlands gegen außen, ſondern das Machtmittel der Klaſſenherrſchaft. Die Flottenvermehrung, deren Nothwendigkeit für den Küſtenſchutz wir in Uebereinſtimmung mit der früheren Marineverwaltung beſtreiten, würden wir daher auch dann und nicht weniger entſchieden bekämpfen, wenn ſie keine Mark koſtete.

Es iſt darum ſelbſtverſtändlich, daß der ſozialdemokratiſche Antrag zur Deckungsfrage als Eventualantrag gemeint iſt: erlangt das Flottengeſetz eine Mehrheit, woran ja, dank dem Verrath des Zentrums, nicht mehr gezweifelt werden kann, ſo ſollen wenigſtens die breiten Volksſchichten von finanzieller Weiterbelaſtung verſchont bleiben.

Ein ähnlicher Gedanke tauchte ſchon bei der Caprivi'ſchen Militärvorlage auf und merkwürdigerweiſe erklärte ſich damals auch die „Kreuzzeitung“ dafür. Wir haben ſeiner Zeit an dieſer Stelle geſchrieben („Hamburger Echo“ 1892, Beilage Nr. 230): „Der Gedanke liegt nahe, die Parole auszugeben: Mögen doch die Koſten der neuen Militärvorlage von den oberen Zehntauſend reſp. den Wohlhabenden beſtritten werden. Aber ſchon der Umſtand, daß die „Kreuzzeitung“ einen ähnlichen Vorſchlag macht, muß ihn verdächtig machen. Und in der That iſt der Pferdefuß unſchwer zu entdecken. Zu den zahlreichen Privilegien, die der Kapitaliſten- und Junkerſtaat dem Beſitz einräumt, würden neue treten; denn bald würde es heißen: Die Klaſſe, welche die neuen Heereslaſten aufbringt, muß auch mehr Rechte haben.“ Dieſes Bedenken iſt in Bezug auf die Flottendeckung vor einigen Wochen auch in einem bürgerlich-demokratiſchen Blatte geltend gemacht worden. Der Gedanke, hieß es da, ſei beſonders bedenklich in einer Zeit, in der gewiſſen Kreiſen die Entlaſtung der arbeitenden Klaſſen durch die Sozialgeſetzgebung und die preußiſche Steuerreform für Beſtrebungen zum Vorwande dient, die politiſchen Rechte der Arbeiterklaſſe, namentlich ihr Wahlrecht, zu ſchmälern. „Man unterſchätze die Gefahr nicht, die darin läge, daß gewiſſe Parteien und Klaſſen behaupten könnten, die Koſten für die Landesvertheidigung zur See trügen ſie.“ — Indeſſen fügt daſſelbe Blatt in gleichem Athem hinzu, daß ein ſolches Argument durchaus falſch wäre, denn was wollen die durch direkte Reichsſteuern aufgebrachten Millionen für die Flottenvermehrung beſagen gegenüber der Thatſache, daß alle übrigen Reichseinnahmen auf indirekten Steuern und damit überwiegend auf den Schultern der großen Maſſe der Bevölkerung ruhen. — Erwägt man überdies, daß die Flottenvermehrung auch eine Vermehrung der Mannſchaften für die Bemannung und den Flottendienſt überhaupt einſchließt, und außerdem, daß die größeren Vermögen, die nach dem ſozialdemokratiſchen Antrag zur Marineſteuer herangezogen werden ſollen, den vom arbeitenden Volk geſchaffenen und ihm vorenthaltenen Mehrwerth darſtellen, ſo wird jeder ehrlich Denkende dem gedachten Argument alle Berechtigung abſprechen müſſen; was freilich nicht ausſchließt, daß es eventuell von Umſtürzlern der Volksrechte ſchwindelhafter Weiſe geltend gemacht werden könnte.

Die ſozialdemokratiſche Fraktion hat darum mit vollem Recht von dieſem Bedenken ſich nicht abhalten laſſen, ihren Deckungsantrag zu ſtellen, den einzigen unter den ähnlichen Deckungsanträgen, der kein blauer Dunſt zur Benebelung der Wähler iſt, ſondern, wenn er angenommen würde, ſichere Garantie böte, daß den Geringbemittelten wenigſtens die Koſtenlaſt der neuen Schiffe nicht auch noch aufgehalſt wird.

Die Annahme deſſelben würde aber auch die weitere ſehr wichtige Garantie bieten, daß die oberen Schichten für fernere Militär- und Marinevorlagen nicht ſo leicht wieder zu haben ſein werden. Denn wenn ſie zu befürchten haben, daß ſie die Koſten ſelber berappen müſſen, ſtatt ſie auf die Schultern der Maſſen abwälzen zu können, ſo wird das ihrer Hurrahſtimmung und ihrem Bewilligungseifer einen tüchtigen Dämpfer aufſetzen. Wir kennen Flottenenthuſiaſten, die ſchon jetzt ihre voreilige Bewilligungsbereitſchaft verwünſchen, nachdem ihnen klar gemacht wurde, daß ihnen ihr Flottenenthuſiasmus mit der Zeit ſchon auf ihrem Steuerzettel (durch Erhöhung der Matrikularbeiträge) quittirt werden würde. Die Annahme des ſozialdemokratiſchen Antrags würde daher den wohlhabenden Klaſſen ſelber zu Gute kommen, als eine Art Verſicherung gegen die eigene Schwäche für die Schraube ohne Ende.

## Von der Weltbühne.

**Aus dem Reichstage.** Berlin, 24. März. Mit kurzen Erklärungen von Tirpitz und des Bauernbündlers Hilpert wurde die heute fortgeſetzte Debatte über § 1 der Flottenvorlage eröffnet. Dann folgte eine lange und ſcharfe Rede Richters gegen die Vorlage. Sehr ſcharf war er gegen ſeinen Parteigenoſſen a. D. Rickert. Um des „muthigen“ Vertreters für Danzig geſtrige Rede zu widerlegen, benutzte Richter die ſtenographiſchen Berichte und bewies, daß Rickert ſich vollſtändig um ſeine eigene Achſe gedreht hat. Früher hat er die Anſicht vertreten, daß Kriegsſchiffe dem Lande keinen großen Schaden zufügen können, weil ſie im Kampf gegen Strandbatterien ſtets den Kürzeren ziehen. Jetzt aber hat Rickert als Argument für ſeinen Geſinnungswechſel angeführt, daß die Schiffskanonen heute weiter ſchießen, aber er hat dabei vergeſſen, daß auch die Kanonen der Strandbatterien im ſelben Maße verbeſſert ſind. Richter ging dann auch unbarmherzig gegen die freiſinnigen und ultramontanen Anhänger des Geſetzes vor und wies beſonders auf die etatsrechtlichen Bedenken hin.

Herr Tirpitz war mit ſeiner Entgegnung auf Richters Rede ſehr ſchwach. Auch hatte er noch das Pech, ein Zitat der „Freiſinnigen Zeitung“, welches ihm von den Mitgliedern des Preßbüreaus in ſeine Akten geklebt iſt, als eigene Aeußerung der „Freiſinnigen Zeitung“ zu zitiren, ſo daß er ſich ſpäter von Richter belehren laſſen mußte, daß die „Freiſinnige Zeitung“ dieſen Satz mit Quellenangabe aus der „Germania“ zitirt habe.

Dieſe Schwäche der Rede des Marineminiſters wurde von den Flottenſchwärmern ſehr unangenehm empfunden und deshalb mußte Herr v. Bennigſen verſuchen, das wieder gut zu machen, was Tirpitz verdorben hatte. Er hielt eine „große“ nationalliberale Rede und brachte alle alten Bekannten zum Vortrag: die Einmüthigkeit, mit der in England und Frankreich die Forderungen für Heer und Marine bewilligt werden, den Aufſchwung unſeres überſeeiſchen Handels und ähnliche Dinge mehr. Herr v. Bennigſen will für dieſe Fragen einmüthige Zuſtimmung aller Parteien. Eine ſolche Zumuthung iſt doch nichts Anderes, als zu verlangen, alle Parteien ſollen nationalliberal werden. Denn nur im Bewilligen für Heer und Marine ſind die Nationalliberalen ſich einig. In allen anderen Fragen gehen ſie auseinander. Auf dieſe Thatſache wurde auch von unſerem Genoſſen Bebel hingewieſen, der mit einer gradezu vernichtenden Kritik die Anhänger der Vorlage vornahm. Mit Recht wies er darauf hin, daß die Einmüthigkeit mit der Regierung in anderen Ländern darauf zurückzuführen ſei, daß ſtets die Miniſter aus den Majoritätsparteien entnommen werden und daher nur ſolche Forderungen kommen, für die von vornherein eine Majorität vorhanden iſt. In keinem Lande der Welt würden den Geſetzgebungen ſolche Zumuthungen geſtellt, wie in Deutſchland. Eine Nachahmung der nationalliberalen Politik ſei durchaus nicht zu empfehlen. Wie wenig das Volk mit ſolcher Politik einverſtanden ſei, beweiſe der Umſtand, daß die Majoritätspartei von 1874 heute vor ihrer endgültigen Auflöſung ſtehe und wahrſcheinlich bei den nächſten Wahlen von der Bildfläche verſchwinden werde. Das Schickſal dieſer Partei ſcheint aber für das Zentrum wenig Abſchreckendes zu haben, denn die ſämmtlichen Reden der Zentrumsführer hätten auch von Nationalliberalen gehalten werden können. Lieber ſagte in ſeinem Referat, der Eingeweihte hätte ſchon vor langer Zeit eingeſehen, daß dieſe Vorlage kommen werde und kommen müſſe. Mit dieſer Redewendung hatte er den Verſuch gemacht, es ſo darzuſtellen, als ſei die Vorlage das nothwendige Produkt einer ruhigen Entwicklung, unbeeinflußt von augenblicklichen Einfällen und Neigungen in den höchſten Kreiſen. Da Lieber nicht geſagt hatte, wer dieſe Eingeweihten ſind, wies Bebel nach, daß weder die Führer des Zentrums, noch der frühere Staatsſekretär des Marineamts, noch Herr Lieber ſelbſt zu den Eingeweihten gehört haben, denn alle genannten Parlamentarier und Miniſter haben es noch im vorigen Jahre als unbegründete Uebertreibungen bezeichnet, wenn von Seiten der Oppoſition behauptet wurde, es werde eine ähnliche Vorlage kommen.

Der Redner der Freikonſervativen, Herr v. Kardorff, war durchaus nicht in ſeinem Element. Es war ihm nicht möglich, die Vorlage mit der Währungsfrage in Verbindung zu bringen und deshalb machte er oft lange Pauſen, um einen ſogenannten Gedanken zu finden. Berufenere Redner wären die Herren Stumm und Krupp geweſen. Dieſe hätten den Nutzen der Vorlage ſehr leicht beweiſen können, wenn ſie vorgerechnet hätten, welch rieſige Profite die Eiſeninduſtrie einheimſen werde. Da aber von den Idealen, die mit ſechs Nullen geſchrieben werden, nicht geſprochen werden ſollte, mußte Kardorff reden und andere Ideale vorführen. Dieſer Junker griff in Ermangelung anderer „Gründe“ auf die Geſchichte zurück und behauptete: Heute iſt der Erinnerungstag der Erhebung Schleswig-Holſteins; hätte Deutſchland 1848 eine Flotte gehabt, dann hätte es im Kampfe gegen Dänemark ſiegen müſſen. Es würde auf jeden Fall Herrn v. Kardorff ſchwer geworden ſein, auch nur ſcheinbar den Nachweis zu erbringen, daß Preußen die Abſicht gehabt hat, Schleswig-Holſtein von Dänemark loszureißen. Damals wurde der Krieg benutzt, Truppen zuſammenzuziehen, um ſie gegen das eigene Volk zu wenden, welches die Märzſiege im Intereſſe der Freiheit und der Kulturentwicklung ausnutzen wollte. Schon das eine Wort: „Waffenſtillſtand von Malmö“, konnte Kardorffs Argumente vernichten. Der Feldzug von 1848/49 ſpricht mehr gegen als für die Flotte. Am 5. April in der Schlacht bei Eckernförde hatten die däniſchen Kriegsſchiffe „Geſion“ und Chriſtian VIII.“ mehr und größere Kanonen, als die Strandbatterien und doch waren beide Schiffe ſo ohnmächtig, daß das Erſtere gefangen wurde und das Letztere in die Luft flog. Da Kardorff Erinnerungstage als Argumente vorführte, hätte er viel beſſer gethan, wenn er daran erinnert hätte, daß heute vor 50 Jahren Wilhelm, Prinz von Preußen, von Hamburg aus die Reiſe nach England antrat und zu dieſer Reiſe ein Kauffahrteiſchiff benutzen mußte. Bei der Popularität, welche der Prinz ſpäter als Kaiſer erlangt hat, hätte dieſes Argument ſeine Wirkung nicht verfehlt und mancher Patriot würde geſagt haben: Wir wollen dafür ſorgen, daß, wenn ſolche Zeiten wiederkehren, den Prinzen wenigſtens Kriegsſchiffe zu ihrer Reiſe zur Verfügung ſtehen.

Durch die Angriffe unſeres Genoſſen Bebel fühlte ſich das Zentrum unangenehm getroffen und es ſandte noch einen ſeiner gewandteſten Führer vor. Herr Spahn hatte die Aufgabe, nachweiſen zu müſſen, daß das Zentrum nie der energiſche Vertheidiger des Büdgetrechtes geweſen iſt, als den man es hingeſtellt hat. Er konnte aus Reden von Windthorſt und anderen Führern des Zentrums nachweiſen, daß auch dieſe bereit geweſen ſeien, wichtige Volksrechte zu opfern, wenn dem Klerus hinreichende Aequivalente geboten worden wären. Die jetzige Vorlage hält Herr Spahn nicht für das, was ſeine Parteigenoſſen als uferloſen Flottenplan bezeichnet haben. Man erſehe doch aus der Vorlage, ſo ſagt er, wie viele Schiffe gebaut werden ſollen.

Die in der nächſten Zeit zu bauenden Panzerſchiffe und Kreuzer ſind zwar genannt, ebenſo ſind die Torpedoboot-Diviſionen genannt; wie groß dieſe Diviſionen aber ſein ſollen und wie viel Kanonenboote, Aviſos und andere Schiffe gebraucht werden, ſteht ſchon nicht darin. Ob die Marineverwaltung nächſtes Jahr noch glaubt, daß die Panzer und Kreuzer ausreichen, iſt auch nicht bewieſen. Spahn ſieht jetzt ein Ufer. Wie das Fernrohr ausſieht, durch welches er das Ufer ſehen kann, ſagte er nicht.

Hierauf wurde die Debatte geſchloſſen.

Nachdem Lieber dann noch den Verſuch gemacht hatte, ſich gegen die vielen gegen ihn gerichteten Angriffe zu vertheidigen, wurde der § 1 in namentlicher Abſtimmung mit 212 gegen 139 Stimmen angenommen. Damit iſt die Annahme der ganzen Vorlage beſiegelt.

**Eine neue Schwenkung** hat das Zentrum in ſeiner Stellung zur Regelung der Finanzen des Reiches vollzogen. Das Zentrum hatte im Jahre 1879 ſeine Zuſtimmung zu der Zollpolitik Bismarcks davon abhängig gemacht, daß die Nettoerträge aus dem Zolltarif, dem Tabakſteuergeſetz und der Branntweinverbrauchsabgabe, ſoweit ſie die Summe von 130 Millionen überſteigen, unter die Einzelſtaaten nach Maßgabe der Bevölkerung vertheilt werden. Das Zentrum hielt damals dieſe Beſtimmung, die ſogenannte clausula Franckenſtein, für nothwendig, um den Einzelſtaaten den Einfluß auf die Bemeſſung des Reichshaushalts zu wahren, den ihnen die Schaffung eigener Einnahmen des Reiches zu entziehen drohte.

Schon im Jahre 1896/97 wurde durch beſonderes Geſetz die Franckenſtein'ſche Klauſel durchbrochen und die Summe, die das Reich von den Ueberweiſungen für ſich behält, von 130 auf 180 Millionen erhöht. Das Plus von 50 Millionen wurde zur Verminderung der Anleihekredite verwandt. Für das Etatsjahr 1897/98 ſoll jetzt nach dem Beſchluß der Büdgetkommiſſion behufs Verminderung der Reichsſchuld die Summe, die das Reich für ſich behält, von M. 130 000 000 auf M. 167 500 000 erhöht werden.

Die Wiederholung des Vorganges zeigt deutlich, daß das Zentrum auch in der Finanzpolitik ſeine alte Stellung aufzugeben geſonnen iſt und ſich den Plänen des Herrn v. Miquel zuneigt, die den ohnehin ziemlich geringen Einfluß der Einzelſtaaten auf die Bemeſſung des Reichshaushaltsetats noch mehr einſchränken ſollen.

Die praktiſchen Erfolge, die mit der Verkürzung der Ueberweiſungen erzielt werden, liegen auf der Hand. In Folge der Verminderung der Ueberweiſungen werden die Erträge des Reiches an Steuern und Zöllen, die den Einzelſtaaten und damit Kulturzwecken zu Gute kommen, vermindert und die Beträge, die den ſpeziellen Ausgaben des Reiches für Militär, Marine und Erdballpolitik dienen, erhöht. Das Verhältniß zwiſchen den beiden Verwendungen der Ueberſchüſſe ſtellt ſich etwa ſo: zwanzig Prozent für die Kulturzwecke der Einzelſtaaten und achtzig Prozent für den Reichsmilitarismus. Daß das flottenbegeiſterte Zentrum auch hierin den erhöhten militäriſchen Anforderungen die Bahn ebnet, entſpricht ganz ſeiner neuen „Würde“ als Regierungspartei.

**Zur Wohlthätigkeitsanſtalt für nothleidende Agrarier** wollen dieſe die Reichsbank ausgebaut wiſſen. Der Freikonſervative Gamp hat in einer bereits früher erſchienenen Schrift darüber Aufſchluß gegeben, wie ſich die Herren aus Oſtelbien die Sache denken. Die Grundzüge ſind folgende:

Die Reichsbank ſoll die Wechſel der ländlichen Grundbeſitzer mit nur einer Unterſchrift, alſo Solawechſel derſelben annehmen. Dieſe Wechſel ſollen honorirt werden, auch wenn ſie eine Verfallzeit von ſechs Monaten bis zu einem Jahre haben. Solche Wechſel ſind nicht nur von denjenigen Grundbeſitzern zu nehmen, „deren Unterſchrift allein eine genügende Garantie für die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen zu bieten vermag“, ſondern auch von der „großen Maſſe der Grundbeſitzer“, insbeſondere auch von den kleinen Beſitzern, deren wirthſchaftliche Lage „keine ſolche iſt, daß man eine völlige Sicherheit für die Bezahlung der von ihnen anzunehmenden Wechſel anzunehmen berechtigt iſt“. Für die unſicheren Wechſel ſoll die Reichsbank einen höheren Diskontoſatz berechnen und damit alſo eine Art Kreditverſicherung einführen. Den ländlichen Grundbeſitzern ſoll, wie allen Kreiſen, deren Intereſſen die Reichsbank zu dienen beſtimmt iſt, eine Mitwirkung bei der Verwaltung derſelben eingeräumt werden. Endlich wird die Erweiterung des Lombardkredits für die ländlichen Grundbeſitzer verlangt, und zwar ſpeziell eine höhere Beleihung als für andere Kaufmannsgüter (bis zu 80 pZt. des Werthes); die Beleihung ſoll zu gleichem Zinsfuß wie die Diskontirung von Wechſeln erfolgen; ſie ſoll erfolgen in „formloſer Weiſe“, d. h. unter Belaſſung der verpfändeten Produkte im Beſitz und Verwahrung des Schuldners, ohne die Dispoſitionsfähigkeit deſſelben über die verpfändeten Güter zu beſchränken.

Namentlich die Wechſelgeſchäfte würden nach Verwirklichung dieſes Plans einen unerhörten Aufſchwung nehmen. Iſt die im trauten Kreis der Freunde und Freundinnen erwachſene Zeche bei einer anſtändigen Summe angelangt, ſo ſtellt der „Herr Gutsbeſitzer“ einfach einen Wechſel auf die Reichsbank aus, und die Geſchichte iſt erledigt.

**Die junkerliche Kanal-Feindſchaft** trat recht draſtiſch in den Verhandlungen des ſächſiſchen Provinziallandtages hervor. Die Freunde des Mittellandkanals haben, um der Regierung die Einbringung der Vorlage zu erleichtern, in den Provinziallandtagen von Hannover, Weſtfalen und Sachſen den Beſchluß beantragt, den auf die Provinzen entfallenden Betrag der Zinsgarantie zu übernehmen. Die Provinzen Hannover und Weſtfalen haben anſtandslos den Beſchluß, der eine weſentliche Förderung des Kanalprojektes bedeutet, gefaßt. Im ſächſiſchen Provinziallandtage iſt jedoch der Antrag durch die Agrarier mit 61 gegen 46 Stimmen abgelehnt worden. Es handelt ſich um die Garantirung von M. 75 000 jährlich; in dieſer Summe iſt gleichzeitig die Amortiſationsquote für den auf die Provinz entfallenden Antheil der Baukoſten enthalten. Das Riſiko, das der Provinz zugemuthet wird, iſt nicht ſehr groß, denn nach dem Urtheil der Sachverſtändigen iſt die Rentabilität des Kanals geſichert. Außerdem unterliegt es keinem Zweifel, daß die Kommunalverbände ſich zur Deckung etwaiger Fehlbeträge verpflichten werden. Die Agrarier aber wollen von dem Kanal nichts wiſſen und ſetzten ſich entſchieden gegen die Bewilligung zur Wehr. An Gründen konnten ſie freilich nichts Durchſchlagendes vorbringen. Aber was thut das? Sie ſtimmten den Antrag einfach nieder. Es nützte auch nichts, daß der vielgewandte neue Oberpräſident der Provinz Sachſen, Herr von Bötticher beredt für den Kanal eintrat und von einigen gubernementalen Konſervativen dabei unterſtützt wurde.

**Um was es ſich bei der „Sammelpolitik“ handelt,** das fangen wenigſtens einige noch nicht ganz in den agrariſchen Banden verſtrickte Nationalliberale an zu begreifen. So ſchreibt der „Hann. Courier“:

„Die nationalliberale Partei hat weder in der konſervativen Partei, von nicht ganz unzweideutigen Erklärungen einiger Führer abgeſehen, noch viel weniger in der Leitung des Bundes der Landwirthe die ernſthafte Bereitwilligkeit zu einer „Sammlung auf mittlerer Linie“ gefunden. Man konnte ſich der Erkenntniß nicht verſchließen, daß ſehr maßgebende Faktoren innerhalb jener beiden Gruppen die Unterſtützung der nationalliberalen Partei ſich ſelbſtverſtändlich gerne gefallen laſſen wollen, ohne aber ihrerſeits irgend etwas von ihren extremen politiſchen und wirthſchaftlichen Forderungen aufzugeben. Man verlangt eben eine Kapitulation unſerer Partei, und das Vorgehen der Bundesleitung in verſchiedenen hannoverſchen Wahlkreiſen, in denen der Einfluß der Berliner Bundesleitung unter den Bundesmitgliedern vorherrſcht, beſtätigt täglich, daß es ſich hier nicht nur um graue Theorie, ſondern um ſehr rückſichtsloſe Praxis handelt; es wurden angeſehene, erfahrene nationalliberale Landwirthe bekämpft, ſobald ſie ſich weigern, ſich formell auf das ganze Bundesprogramm zu verpflichten.“

Die armen Nationalliberalen, die da hofften, durch die Sammelei ſich vor völligem Schiffbruch retten zu können, beginnen alſo einzuſehen, daß ſie im Begriffe ſind, Opfer der plumpſten Bauernfängerei zu werden. Aber ſie ſind ſchon ſo ſehr die Partei der Schwäche und Furcht, daß ſie nicht mehr loskommen werden von der agrariſchen Umarmung. So oder ſo werden ſie das Opfer ſein. Und die nächſten Wahlen werden von der nationalliberalen Partei nicht viel mehr übrig laſſen als den Namen. Was irgendwie in der Partei einen Namen hatte, ſucht ſich aus dem Zuſammenbruch zu retten. Die Mandatsflucht iſt nirgends ſo groß, wie unter den Nationalliberalen. Beiſpielsweiſe will keiner der bisherigen Vertreter der Pfalz, die früher eine nationalliberale Domäne war, ein Mandat wieder annehmen. Es geht raſch zu Ende mit der nationalliberalen Herrlichkeit.

**Für die Eiſenbahnbeamten** hat man auch in Sachſen nicht viel übrig. Das zeigte ſich, als bei Berathung des Eiſenbahnetats im ſächſiſchen Landtag unſer Genoſſe Fräßdorf an der Hand umfangreichen Materials die dringende Nothwendigkeit einer Beſſerſtellung der unteren Beamten und Arbeiter nachwies. Dieſe ſeien auch diesmal im Etat wieder am ſchlechteſten bedacht. Die Staatsbetriebe ſollten Muſteranſtalten nicht nur in Bezug auf die Leiſtungsfähigkeit des Perſonals, ſondern vor Allem in Bezug auf Lehr- und Arbeitsverhältniſſe deſſelben werden, davon ſei man aber weit entfernt. Redner führt nun eine ganze Reihe mit Belegen verſehene Thatſachen an, welche die Lohn- und Arbeitsverhältniſſe der Bahnbedienſteten als die denkbar traurigſten erſcheinen laſſen. Wie ein rother Faden, ſo führt der Redner ferner aus, ginge durch alle Beſchwerden und Wünſche, die ihm übermittelt worden ſeien, die Klage über die unerhörte Willkür der Bahnhofsinſpektoren. Eine Feſtſetzung der Arbeitszeit giebt es überhaupt nicht, ſo daß dieſe Beamten nach Belieben ihre Anordnungen treffen können. Extradienſt wird nicht vergütet. Der gewährte vierzehntägige Urlaub ſtehe nur auf dem Papier. Ein Inſpektor ſuche dem anderen im Sparen über zu ſein, um von der Direktion keinen Rüffel zu bekommen. Sechszehnſtündige Arbeitszeit komme ſehr häufig vor. Die Anfangslöhne der Arbeiter betragen jetzt M. 1,80 bezw. M. 2,30 und ſteigen nach 26 Jahren auf M. 3 täglich. Die Petition der Eiſenbahner verlangt M. 2,50—3,50. Dieſer Forderung müſſe Rechnung getragen werden. Unſer Genoſſe beantragte am Schluſſe ſeiner Rede: Einführung des achtſtündigen Arbeitstages für das Perſonal vom 1. Januar 1899 ab, Sicherſtellung des Koalitionsrechtes, Berückſichtigung aller vorliegenden Petitionen. Der Antrag wurde nur von den 8 Sozialdemokraten, alſo nicht genügend unterſtützt. Ueberaus unzulänglich fiel die Entgegnung des Regierungsvertreters aus. Er konnte auch nicht eine einzige der von Fräßdorf angeführten Thatſachen beſtreiten.

Die konſervativen Abgg. Heymann und Großmann traten zunächſt, um ihre Arbeiterfreundlichkeit zu beweiſen, für einige Aufbeſſerungen des Eiſenbahnperſonals ein. Der Abg. Behrens (K.) bemängelte Fräßdorfs Kritik. Die minimalen Lohnerhöhungen und Zuſicherung einer zwölfſtündigen Arbeitszeit für das Perſonal nannte er eine durchgreifende Reform. Die von Fräßdorf gekennzeichnete Willkür der Bahnhofsinſpektoren ſei nicht vorhanden, wenn auch ſo ein Beamter im „Uebereifer“ mal einen Fehler begehe. Die Zuſicherung von vier Ruhetagen im Monat entſpreche der „von Gott gewollten Ordnung“. Der Regierungsvertreter v. Kirchbach hob hervor, daß bei der 12ſtündigen Arbeitszeit die Eſſenspauſen mit inbegriffen ſeien. Ausnahmen würden freilich auch in Zukunft nicht vermieden werden können. Weitergehende Wünſche müßten mit aller Vorſicht aufgenommen werden. Der perſönliche Verwaltungsaufwand ſei bei den ſächſiſchen Staatsbahnen höher als bei allen anderen deutſchen Staatsbahnen. Von ſozialiſtiſcher Seite griff nochmals der Abg. Fräßdorf äußerſt wirkſam in die Debatte ein. Er erklärte ſich bereit, das in ſeinen Händen befindliche Material der Regierung zur Verfügung zu ſtellen, aber ohne Unterſchriften, und nur abſchriftlich, damit die Arbeiter nicht etwa Maßregelungen ausgeſetzt würden. Im Schlußwort trat der Abgeordnete Georgi nochmals den Ausführungen Fräßdorfs entgegen; er habe nur Tendenzreden gehalten. Die Deputation ſei an die Prüfung der Fragen ohne jeden politiſchen Geſichtspunkt herangetreten. — Das zahlreich auf der Tribüne anweſende Arbeiterpublikum äußerte bei den ſozialiſtiſchen Ausführungen mehrfach Beifallsbezeugungen.

**Die badiſchen Amtsverkündiger** ſind ſeit Jahrzehnten das beſte Kampfmittel der badiſchen Nationalliberalen geweſen und haben viel mehr und viel ſchädlicher gewirkt als z. B. die preußiſchen Kreisblätter, obgleich dieſe gewiß an Irreleitung der öffentlichen Meinung in Kleinſtädten und auf dem Lande Bedeutendes leiſten. Dieſe Amtsverkündiger ſind offizielle und offiziöſe Regierungs- und zugleich offizielle und offiziöſe Parteiorgane für einen ganz kleinen Bezirk, der aber immerhin groß genug iſt, ihre Exiſtenz zu ſichern, da Zwangsabonnenten in hinreichender Zahl vorhanden ſind. Gegen die Amtsverkündiger aufzukommen, iſt der Lokalpreſſe faſt unmöglich; iſt es doch ſogar zur Kulturkampfszeit der damals gewiß mächtigen ultramontanen Partei nicht gelungen, in's Volk dringende kleine Blätter in nennenswerther Zahl zu halten. Neben dem preußiſchen Kreisblatt, das immerhin für ein größeres Gebiet amtliches und offiziöſes Regierungsorgan iſt, und das dabei in der Regel elend redigirt iſt, kann eine Lokalpreſſe aufkommen und ſich halten; der Amtsverkündiger dagegen iſt das Lokalblatt, und ein durchgängig mit raffinirter Geſchicklichkeit redigirtes dazu.

Man kann ſich alſo denken, daß die badiſchen Oppoſitionsparteien, welche zur Zeit im Landtag die Majorität haben, ſehr daran intereſſirt ſind, den Einfluß dieſer Regierungs- und Parteipreſſe zu brechen oder wenigſtens einzuſchränken. Aus dieſem Gedanken heraus erklärt ſich der Antrag Wacker, der am Donnerstag in der zweiten Kammer zur Verhandlung kam, der Antrag auf Einführung von Kreisverkündigungsblättern ohne politiſchen Text.

Selbſtverſtändlich ſuchte der nationalliberale Wahlminiſter Eiſenlohr ſeine geliebten, weil ihm ſo nothwendigen Amtsverkündiger zu retten; er führte an, daß man ein Kreisverkündigungsblatt gedachter Art bereits in den ſechsziger Jahren hatte, es aber wieder wegen Mangels an Abonnenten eingehen laſſen mußte. Auch der jetzige „Staatsanzeiger“ ſei ein Blatt, dem man Alles anvertrauen könne, was man verheimlichen wolle. Die Regierung müſſe wie andere Parteien Blätter zur Verfügung haben, in denen ſie ihre Anſichten kundgeben könne.

Auch der nationalliberale Häuptling Fieſer ſprach gegen den Antrag, während der Volksparteiler Heimburger für denſelben ſich erklärte, damit endlich eine Preſſe aus der Welt geſchafft werde, die auf Koſten der Allgemeinheit einer beſtimmten Partei diene.

Schließlich wurde der Antrag Wacker von der Kammermehrheit (Zentrum, Volkspartei und Sozialdemokraten) angenommen. Hoffentlich wird er nun auch durchgeführt werden!

Gegen den Miniſter Eiſenlohr direkt richtete ſich ein von Geck kurz begründeter Antrag der Sozialdemokraten, im Büdget das Gehalt dieſes Miniſters zu ſtreichen. Weder Zentrum noch Volkspartei waren indeſſen muthig genug, die Konſequenz des bereits früher beſchloſſenen Tadelsvotums gegen das Miniſterium zu ziehen, und ſo wurde der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Die Sozialdemokraten ſtimmten ſodann gegen die Gehälter der Beamten dieſes Miniſteriums überhaupt.

**Das öſterreichiſche Abgeordnetenhaus** hat ſich ein ſonderbares Präſidium zugelegt, das recht draſtiſch die Zerfahrenheit der öſterreichiſchen Parteiverhältniſſe illuſtrirt. Es beſteht aus Herrn Dr. v. Fuchs, der Vizepräſident war, als man die Niederträchtigkeiten der lex Falkenhayn beging, und aus den Herren Dr. Ferjancic und Lupul, die Beide unter dem ſchuftigen Antrage des Grafen Falkenhayn als Antragſteller fungiren. Würdige Herren, denen die öſterreichiſche Volksvertretung die Führung anvertraut! Namentlich die Wahl des Herrn Lupul iſt ein Unikum erſten Ranges. Die „Fraktion“ dieſes Herrn, die der Rumänen, iſt fünf Mann hoch. Die ganze Rumänenfraktion fungirt als Antragſteller unter der lex Falkenhayn!

Unter ſolchem Präſidium iſt es kein Wunder, daß die Verhandlungen ſofort wieder geſchäftsordnungswidrig geführt werden, mit denſelben Tricks, die in der vorigen Seſſion ſo viel Aufregung hervorgerufen haben. Am Donnerstag verhandelte das Haus zunächſt weiter über die Erklärung des Miniſterpräſidenten. Der Abg. Steinwender führte aus, das deutſche Volk müſſe vor Allem erfahren, wie ſich die Regierung zu den Sprachenverordnungen verhalte. Daß die Regierung ihrer Pflicht gemäß dieſelben durch ein Geſetz erſetzen wolle, ſei bekannt. Es handle ſich aber darum, daß die Sprachenverhältniſſe ſofort durch ein Geſetz geregelt würden, welches den Rechten des deutſchen Volkes entſpreche. So lange dieſe Frage nicht geordnet ſei, würden keine Rekruten, kein Büdget und kein Ausgleich bewilligt werden. Der Miniſterpräſident möge ſich dadurch nicht täuſchen laſſen, daß das Parlament jetzt halbwegs ruhig berathe. Baron Dipauli (katholiſche Volkspartei) erklärte, er fühle ſich durch die Erklärung des Miniſterpräſidenten nicht befriedigt. Seine Partei ſtehe in keinem Verhältniß zur Regierung, ſie werde ihr aber gern vollſtändige Objektivität entgegenbringen. Er wünſche das Zuſtandekommen des Ausgleiches, jedoch nur eines gerechten Ausgleiches. Er ſei für eine geſetzliche Regelung der Sprachenfrage und wünſche, daß noch vor der Seſſion der Delegationen ein Sprachenausſchuß gewählt werde, der als ein Permanenzausſchuß fungiren ſolle, um die Frage bis zur Wiedereröffnung des Parlaments nach der Delegationsſeſſion vorwärts zu bringen. Oeſterreich könne weder ein ſlawiſcher noch ein deutſcher Staat ſein. Oeſterreich ſei ein Staat der Nationalitäten. Wer Oeſterreich erhalten wolle, müſſe den Frieden unter den Völkern anſtreben.

Hierauf wurde die Verhandlung abgebrochen. Das Haus lehnte ſodann den Antrag Steinwender auf Vertagung der Wahlen der Delegationen ab. Für die Wahl der Delegationen und der Quotendeputationen wurde eine Abendſitzung anberaumt. Nachdem die Quotendeputation gewählt war und die Delegationswahlen darankommen ſollten, erklärte Wolf Namens der Schoenerianer, daß ſie an den Delegationswahlen nicht theilnehmen und an der Obſtruktion ſo lange feſthalten würden, als die Sprachenverordnungen nicht aufgehoben ſeien; ſeine Partei halte den von einem Theile der deutſchen Abgeordneten Böhmens mit den Tſchechen abgeſchloſſenen Kompromiß für ſchimpflich. — Nach Vornahme der Delegationswahlen proteſtirte Abg. Kayſer (dtſch. Volksp.) gegen dieſe Bemerkung des Abg. Wolf und bedauerte dieſes Auftreten einer deutſchen Partei gegen eine andere. — Abg. Pergelt proteſtirte gleichfalls gegen Wolf. Die Deutſchen würden in den Delegationen für die Aufrechterhaltung des deutſch-öſterreichiſchen Bündniſſes als einer Herzensſache der Deutſchen eintreten und die gegneriſchen Beſtrebungen bekämpfen; er bedauere auf das Tiefſte das Vorgehen Wolfs. — Abg. Wolf verwahrte ſich dagegen, daß er die Einigkeit der Deutſchen durchbrochen habe. Die Mehrheit des deutſchen Volkes in Böhmen ſehe das Kompromiß als ſchimpflich an. — Die nächſte Sitzung findet Dienstag ſtatt.

**Die Frage des Ausgleichs in Ungarn** liegt der öſterreichiſchen Regierung ſehr am Herzen. Sie hat aber weder die Einſicht, noch die Kraft, den Ausgleich zu einem für Oeſterreich nützlichen zu geſtalten. Wie ſie die Sache anpackt, iſt Oeſterreich von vornherein gegenüber Ungarn in Nachtheil geſetzt. Drei Regierungen haben an dem Ausgleich gearbeitet, und jede von ihnen hat, wie die Wiener „Arbeiterztg.“ betont, den Fehler der vorigen überboten. „Zuerſt haben die Badeni und Bilinski die öſterreichiſchen Intereſſen verſchachert und ihr ganzes Heil auf die Quote geſetzt. Die Quote iſt nämlich das, was den Leuten zuerſt in's Auge fällt, und das, was Jedermann verſteht. Die Schwindelpolitik des Badeni ging alſo danach, bei der Quote unter allen Umſtänden einen Erfolg zu erzielen. Wohl wurde bei den Verzehrungsſteuern und in der Bankfrage viel mehr geopfert, als bei der Quote herauszuſchlagen möglich geweſen wäre, aber mit der Erhöhung der ungariſchen Quote hofften die galiziſchen Schwindler der Oeffentlichkeit ſchon die Augen auszuwiſchen. Die Ungarn waren aber viel geriebener, ſie nahmen alle Konzeſſionen und drehten dann den öſterreichiſchen Kindsköpfen eine lange Naſe. Nun kam Herr von Gautſch, der die erſte Dummheit noch übertrumpfte. Er übernahm nämlich die Erbſchaft ſeiner Vorgänger, wie ſie lag, und verpflichtete ſich dazu, die Ausgleichsvorlagen im Parlament bis zum 1. Mai einzubringen. Nun haben die Ungarn natürlich leichtes Spiel. Werden die Vorlagen in Oeſterreich nicht eingebracht, das heißt, will Oeſterreich auf die Vereinbarung über die Quote warten, ſo drohen unſere lieben Brüder von da drüben mit der Aufrichtung der Zollſchranken; wird aber der Ausgleich ohne die Quote gemacht, dann können wir den Ungarn lange nachlaufen, bevor ſie ſich herbeilaſſen, die Quote zu erhöhen. Graf Thun, deſſen Regierung die dritte iſt, die die Penelope-Arbeit des Ausgleiches betreibt, hat Alles übernommen, genau ſo wie es verpfuſcht vorlag, und das öſterreichiſche Parlament wird nun freundlichſt eingeladen, Alles ſtehen und liegen zu laſſen und dem ſchlechten Ausgleich ohne Quotenvereinbarung ſeine Zuſtimmung zu geben — das im Namen des „Patriotismus“! Die Quote wird wieder in die Quotendeputationen befördert; das ſind die famoſen Abordnungen der beiden Parlamente, die ſich bereits ein Mal nicht geeinigt haben und die dumme Komödie dieſer Verhandlungen nun zum zweiten Mal von Anfang bis zu Ende abſpielen ſollen. Als die Ausgleichskampagne begann, war man in Oeſterreich darüber einig, daß wir unſeren Stand gegenüber Ungarn verbeſſern müſſen. Dank der Weisheit unſerer Staatslenker wird man bald froh ſein, wenn wir das nach Hauſe bringen, was wir ſchon beſeſſen haben.“

**Erhöhung der indirekten Steuern** iſt ein Theil des Programms des neuen öſterreichiſchen Miniſteriums. Das halbamtliche „Prager Abendblatt" kündigt Geſetzvorlagen über Erhöhung der Bier-, Branntwein- und Zuckerſteuer an. Die Erhöhung der Bier- und Zuckerſteuer ſolle etwa ein Dritttheil betragen. Das vorausſichtliche Steuermehrertrag von 40 Millionen ſoll zunächſt zur Erhöhung der Beamtengehälter und zur Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderſtempels verwendet werden.

Daß das Miniſterium die Aufhebung der vormärzlichen, ſonſt in Weſteuropa nirgends mehr exiſtirenden Zeitungs- und Kalender-Stempelſteuer — übrigens ſchon lange verſprochen — von der Bewilligung anderer indirekter Steuern, und zwar auf Genußmittel, abhängig machen will, beweiſt, daß es danach trachtet, die Forderung nach größerer Freiheit der Preſſe möglichſt unpopulär zu machen und ſcheitern zu laſſen.

**Im engliſchen Unterhauſe** erklärte am Donnerstag der Staatsſekretär des Auswärtigen, Curzon, die Regierung habe keine Beſtätigung des Gerüchts, daß die Vizekönige von Nanking und Hupe, ſowie der Gouvernör von Hunan übereingekommen ſeien, die Angelegenheiten wegen des Yang-tſe-kiang-Thales von Nanking aus zu leiten und dem Kaiſer keine Stimme in den Angelegenheiten der zentralen und weſtlichen Provinzen zu gewähren. Der britiſche Geſandte habe am 22. März telegraphirt, in Peking ſei nichts von einer derartigen bevorſtehenden Rebellion bekannt. — Die Regierung wolle in den neuen Handelsverträgen mit Deutſchland und Belgien für die britiſchen Waaren die Behandlung der meiſtbegünſtigten Nation ſichern und für die Kolonien die Berechtigung zum Beitritt zu den Verträgen erlangen. — Brodrick beantragte die erſte Leſung der Geſetzesnovelle, betr. die Miliz-Reſerve, und erklärte, nach der Vorlage könne die Reſerve im erſten Jahre im Falle einer kriegeriſchen Operation einberufen werden. Die Miliz ſei jetzt nur im Stande, ſich freiwillig für den Dienſt auf den Kanalinſeln, auf Malta und Gibraltar zu ſtellen. Die Vorlage beſtimme, daß ſie ſich zu ſolchem Dienſt auch für andere Orte ſtellen könne; der Dienſt ſolle ein Jahr nicht überſteigen. Die erſte Leſung wurde angenommen.

Anläßlich der 3. Leſung der Appropriations-Bill verlangen Lawther und Aſhmead Bartlett Aufſchluß über die Politik der Regierung betreffs Chinas. Harcourt erklärt, er verſtehe die Zurückhaltung der Regierung in der Beantwortung der Frage, während kritiſche Unterhandlungen ſchwebten, aber er wünſche Aufſchluß über Englands Stellung, betreffend die Räumung Theſſaliens und Kretas, ferner wünſche er Auskunft hinſichtlich des europäiſchen Konzerts über folgende Punkte: Was ſind die Folgen von Deutſchlands Rückzug aus Kreta? Man ſage auch, daß Oeſterreichs Rückzug bevorſtehe! Handeln die Mächte gemeinſam, um die Räumung Theſſaliens zu ſichern? Was geſchieht hinſichtlich der Kandidatur des Prinzen Georg? Der Parlaments-Unterſtaatsſekretär Curzon erklärte darauf, ſoviel er wiſſe, ändere der Rückzug der deutſchen Streitkräfte auf Kreta nichts an der Haltung und an der Verantwortlichkeit der Mächte. Bezüglich der Räumung Theſſaliens handelten alle Mächte gemeinſam, er glaube daher, daß man auf die Räumung dem Vertrage gemäß rechnen könne, und er hoffe, ſobald dieſe Frage entſchieden ſei, werde die Kandidatur des Prinzen Georg angenommen werden. Betreffs Chinas müſſe er es ablehnen, irgend etwas ſeiner Erklärung hinzuzufügen, wie er in der jüngſt ſtattgehabten Debatte auch den Antrag Bartletts über China angenommen habe. Er zögere nicht, zu ſagen, daß die Ertheilung der von den Abgeordneten gewünſchten Auskunft ernſte Folgen für das Staatsintereſſe in ſich ſchließen könne. Die dritte Leſung der Appropriationsbill wurde angenommen. Das Unterhaus nahm ferner den Beſchluß an, durch den die Regierung ermächtigt wird, die griechiſche Anleihe zu garantiren. Der Kanzler der Schatzkammer, Hicks Beach, erklärte, die Höhe der Anleihe beziffere ſich auf 6 800 000 Lſtrl. Die Herſtellung des finanziellen Gleichgewichts in Griechenland ſei im Jahre 1903 zu erwarten.

**Ein großer wirthſchaftlicher Kampf** ſteht wieder den engliſchen Bergarbeitern bevor. Wie der Berliner „Volksztg." aus London gemeldet wird, iſt 100 000 Bergleuten im Kohlendiſtrikte Wales zum 1. April gekündigt worden. Der fragliche Korreſpondent ſchreibt:

Steigende Kohlenpreiſe, mächtige Anhäufung von Kohlenvorräthen von Seiten der Fabriken, das ſind die untrüglichen Sturmzeichen von dem Kohlenmarkte in Wales. Der herannahende Sturm wird allem Anſchein nach ein ganz gewaltiger werden und lange anhalten. Was 100 000 feiernde Bergleute für den Handel bedeuten, das möchte wohl nicht ſo einfach zu beurtheilen ſein. Der Kampf entbrennt zwiſchen den „Vereinigten Kohlenbergwerksbeſitzern" von Monmouthſhire und Süd-Wales und ihren Bergleuten. Seit einer langen Reihe von Jahren ſind die Löhne in den Bergwerken des Vereins nach der „gleitenden Lohnſkala" geregelt. Als Grundlohn, aber nicht als Minimallohn hatte man die Dezemberlöhne des Jahres 1879 angenommen und einen Durchſchnittsverkaufspreis (Nettopreis der Zeche) der Kohle von ℳ 8 pro Tonne feſtgeſetzt. Alle zwei Monate beſtimmten ein Vertreter der Unternehmer und einer der Bergleute den neuen Lohn im Verhältniß zum Durchſchnittsverkaufspreis der beiden Monate. Aenderungen in den Löhnen traten ein, ſobald der neue Preis ſich von dem Normalpreiſe um 1¼ % unterſchied. Dieſe gleitende Lohnſkala war von beiden Seiten unter der Bedingung, daß eine etwaige Kündigung halbjährlich zu erfolgen hätte, angenommen worden. Am 1. Oktober vorigen Jahres kündigten die Bergleute die gleitende Lohnſkala. Die Erfahrung hatte ergeben, daß dieſe lediglich zu Gunſten der Bergwerksbeſitzer wirkte, da kein Minimallohn feſtgeſetzt war, und andererſeits die durch die Berechnung der Durchſchnittsverkaufspreiſe erzielten Löhne hinter den Löhnen der nach Tagesverkaufspreiſen rechnenden Zechen faſt immer zurückblieben. Dieſe kontraktmäßige Kündigung beantworteten die Beſitzer mit der Aufkündigung der Arbeit zum 1. April.

Alle Verhandlungen zur Ausſöhnung der beiden Parteien ſind geſcheitert und werden nach der Anſicht des Korreſpondenten weiterhin ſcheitern. Die Arbeiter ſind an und für ſich keineswegs gegen die gleitende Lohnſkala, fordern aber entweder das Feſtlegen einer Minimumlohngrenze, oder die Berechtigung der Kontrole des Förderquantums. Beide Forderungen wurden von Seiten der Unternehmer glatt abgelehnt. Die Herren erklären, die Bergleute nur dann behalten zu wollen, wenn dieſe nach den Bedingungen der gleitenden Lohnſkala, wie ſie bisher in Kraft war, weiterarbeiten wollen. Daran iſt kaum zu denken, und deshalb eine gewaltige Preisſteigerung auf dem Kohlenmarkte zu erwarten.

Die Steinbrucharbeiter des berühmten Lord Penrhyn haben früher einmal gezeigt, mit welcher Zähigkeit der Mann von Wales ſein Recht vertheidigt; es iſt zu erwarten, daß die Kohlenbergleute den Penrhynleuten an Zähigkeit nicht nachſtehen werden. Von einem miniſteriell zu verſuchenden Vergleiche verſpricht man ſich in Arbeiterkreiſen nicht mehr viel, denn die Handlungsweiſe der Regierung im Maſchinenbauerkampf hat Argwohn bei den Arbeitern erregt, und ein ſolcher Argwohn iſt ſchneller geſchaffen als beſeitigt.

**Sollte er ſich ſchämen?** Am Schluß der Donnerstagsſitzung der italieniſchen Kammer theilte der Präſident mit, er habe von Criſpi ein Schreiben erhalten, in dem dieſer ſein Mandat als Deputirter niederlegt und die Kammer bittet, ſeine Demiſſion anzunehmen. Die Kammer nahm die Demiſſion Criſpis ohne Erörterungen an. — In den Couloirs wurde jedoch die Anſicht geäußert, Criſpi werde ſich wieder in Palermo zur Wahl ſtellen. Danach würde die Demiſſion nur den Zweck haben, den alten Spitzbuben durch eine Neuwahl „rehabilitiren" zu laſſen. Bei der in Italien üblichen Wahlmache würde man ſich ſolchen Scherz ſchon erlauben können und Criſpi würde ſich nachher als „vom allgemeinen Stimmrecht freigeſprochen" aufſpielen können.

**Aus Algier** werden neue Unruhen gemeldet. Es kam zu feindſeligen Kundgebungen gegen den Gouvernör Lépine. Anläßlich der Verhaftung des Journaliſten und antiſemitiſchen Agitators, Max Regis, veranſtaltete eine beträchtliche Menſchenmenge eine Kundgebung vor dem Stadtgefängniß. Zuaven gingen gegen die Menge mit dem Bayonnet vor, die mit Steinwürfen antwortete. Einige Soldaten wurden ſchwer verletzt. Die Zuaven trieben die Menge auseinander, wobei etwa 10 Perſonen verhaftet wurden. Die Ruhe wurde dann nicht mehr geſtört.

**Von Unruhen im Wahehe-Gebiet** brachte dieſer Tage die „Voſſ. Ztg." Nachricht. Darauf erklärte die „Nationalztg.", nach Erkundigung an zuſtändiger Stelle in der Lage zu ſein, zu verſichern, daß laut einem Telegramm des kaiſerlichen Gubernements von Deutſch-Oſtafrika vom 17. März die Meldungen der Begründung vollſtändig entbehren. Die „Voſſ. Ztg." erklärt demgegenüber, von einem Brief Kenntniß zu haben, der Mittheilungen enthält, gegen deren Richtigkeit jeder Zweifel ausgeſchloſſen iſt. Dieſer Brief datirt aus Fara ki Bei in Uhehe, allerdings ſchon vom 6. Januar. Darin wird berichtet, daß Chef Prince auf einer Expedition ſich befinde, da ihm das Lager des Sultans Quawa verrathen worden ſei, der im Begriff geweſen ſei, ein ochſenreiches Dorf zwei Stunden von Iringa zu überfallen. Hierbei iſt Chef Prince auf eine kleine Abtheilung der Wahehe Quawas geſtoßen, von denen 28 Mann gefallen ſeien, deren Leichen er theilweiſe in der Nacht zum 4. Januar beim Ueberſchreiten eines Fluſſes in dieſem gefunden habe. Sultan Quawa hatte außerdem zwei vorgeſchobene Bomas überfallen und Unteroffiziere und Leute heimlich erſchlagen, ſo daß Chef Prince zu einem großen Zuge gegen Quawa aufgebrochen iſt.

**Rußland und England** führen den heimlichen Krieg gegen einander jetzt nicht mehr allein im äußerſten Oſtaſien und an der indiſchen Nordgrenze, er ſpielt auch bereits lebhaft auf andere Gebiete über. Die Schritte, die England in der letzten Zeit zur Befeſtigung ſeiner Stellung am perſiſchen Meerbuſen unternommen hat, beginnen auf ruſſiſcher Seite in erhöhtem Maße Mißtrauen zu erregen. Namentlich der in den Berechnungen der britiſchen Politik eine große Rolle ſpielende Bau eines Schienenweges vom Rothen zum Perſiſchen Meer wird als ein ſchwerer Schlag für Rußlands Zukunftspläne und als Ausgangspunkt einer Entwicklung angeſehen, in deren Verlauf Arabien ein zweites Egypten werden könnte. Daß in Rußland ſchon jetzt Stimmen laut werden, die den Mitbewerb des Zarenreichs um die Herrſchaft über Arabien in Ausſicht ſtellen, kann Angeſichts des in den letzten Jahren mehr und mehr ausgebreiteten ruſſiſchen Einfluſſes in Perſien nicht Wunder nehmen. Das Ziel des langſamen, aber ſicheren Vordringens iſt naturgemäß die Meeresküſte. Die ruſſiſche „Moskauer Zeitung" erklärt rund heraus, Rußland könne, wenn auch in weiter Zukunft, den perſiſchen Meerbuſen nicht entbehren und ohne ruſſiſche Genehmigung dürfe keine britiſche Schiene auf dem Wüſtenland Arabiens gelegt werden.

**Zum ſpaniſch-amerikaniſchen Konflikt** meldet ein Telegramm aus Waſhington, 24. März: Präſident Mac Kinley erklärte in einer Unterredung mit hervorragenden Vertretern des Repräſentantenhauſes nachdrücklich, er werde alles in ſeinen Kräften Stehende thun, um den Krieg zu verhindern und gab der Hoffnung Ausdruck, daß er hierzu im Stande ſein werde. — Der Senator Thurſton hielt im Senate eine leidenſchaftliche Rede, in der er dazu aufforderte, Gewehre und Nahrungsmittel nach Kuba zu ſchicken.

Zu der Frage der Exploſion des Kriegsſchiffes „Maine", die ja den Konflikt akut gemacht hat, veröffentlichen die Dresdener „Neueſten Nachr." ein vom 7. d. M. datirtes Schreiben eines jungen Dresdeners, der als Taucher in amerikaniſchen Dienſten das Wrack des Panzers „Maine" unterſucht hat. Der Taucher ſtellte feſt, daß der Panzer unzweifelhaft einem Attentat, und zwar durch eine Unterſeemine zum Opfer gefallen iſt. Selbſt das größte Torpedogeſchoß hätte eine derartige Verwüſtung nicht anrichten können. Die Taucher, ſechs an der Zahl, drangen in das Pulvermagazin ein und fanden daſſelbe vollſtändig intakt. Das Pulver, wie die gefüllten Geſchoſſe waren abſolut unverſehrt. Die Verwüſtung, welche die Exploſion angerichtet hat, iſt eine ganz beiſpielloſe. Die vordere Steuerbordſeite war nach oben und hintenüber an Backbord geflogen. Ein Kanonenthurm mit einer Kanone, die allein 23 Tonnen wog, wurde vollſtändig umgedreht und nach der Backbordſeite geworfen. Augenblicklich (alſo am 7. März) arbeiten ſechs Taucher ununterbrochen an der Bergung der Leichen und Werthſachen. Das Schreiben theilt weiter mit, daß vom amerikaniſchen Marinegubernement der Befehl einlief, das Wrack auf alle Fälle zu heben, doch dürfte daran nicht zu denken ſein, weil der Panzer durch die fürchterliche Exploſion in zwei vollſtändig getrennte Theile zerriſſen worden iſt.

**Zum Freiſpruch der Maſſenmörder in Pennſylvanien** wird uns aus New-York, 15. März, geſchrieben: Der Hauptvertheidiger der Angeklagten, Lenahan, leiſtete in ſeiner Schlußrede ganz Erſtaunliches, um Stimmung gegen die Bevölkerungsgruppe zu machen, zu der die Opfer der Angeklagten (angeblich) gehören. Er griff dabei auf die Zeit der — Hunnen zurück, von denen Jene abſtammen ſollen, und theilte die intereſſante „geſchichtliche Thatſache" mit, daß jene wilden Horden unter ihrem König Attila ſogar Rom zerſtört und geplündert hätten! Nun hat es freilich ſeine Richtigkeit, daß die pennſylvaniſchen Kohlengräber engliſcher Zunge jene „unliebſamen Einwanderer" ſ. Z. mit dem Namen „Hunnen" belegten, aber es iſt doch nicht anzunehmen, daß Leuten von der Qualifikation des Herrn Lenahan unbekannt ſein ſollte, woher dieſelben ſtammen. Iſt es doch ſelbſt in den Kreiſen der nicht durch die kapitaliſtiſche Preſſe gehirnverkleiſterten Arbeiter bekannt, daß jene vermeintlichen „Hunnen" zu mindeſtens neun Zehntel Galizier ſind, die gelegentlich eines früheren großen Kohlengräber-Streikes in Pennſylvanien auf Betreiben der dortigen Grubenbeſitzer durch die Agenten der Schiffsgeſellſchaften hierher gelockt und trotz „Kontraktarbeiter-Geſetz" nach jenem Staat „dirigirt" worden ſind. Man ſieht daraus, was den „zwölf weiſen Männern" auf der Geſchworenenbank geboten werden kann!

Um die „Taktik", welche die Vertheidigung hauptſächlich anwendete, zu unterſtützen, iſt im letzten Moment die Entdeckung einer „Verſchwörung" gemacht worden, die nichts weniger bezwecken ſoll, als im Falle der Freiſprechung die ganze Gerichtsgeſellſchaft in die Luft zu ſprengen! Der vorſitzende Richter half mit Stimmung machen, indem er erklärte, eine „ganze Anzahl" Drohbriefe erhalten zu haben. Da er aber ſchwerlich „hunniſch" verſtehen dürfte, und von den Landsleuten der Gemordeten ebenſo ſchwerlich auch nur ein Einziger engliſch ſchreiben kann (ein bischen engliſch radebrechen haben Einzelne ja wohl gelernt), ſo ſtammen die Briefe ganz ſicherlich nicht von jener Seite — eher von der entgegen geſetzten.

Das Verdikt iſt ſelbſt vielen Derjenigen, die den Prozeß von vornherein als eine Farce betrachtet, überraſchend geweſen, da ſie nicht angenommen hatten, daß man ſich gar ſo wenig „geniren" würde; ſie dachten, die Komödie werde mit einer Nichteinigung der Geſchworenen enden. Daß Letztere genau nach den „Intentionen" der Herrſcher jenes Reviers, der Grubenbeſitzer, handeln würden, ward ſelbſt von denjenigen kapitaliſtiſchen Blättern vorausgeſetzt — wenn ſie es auch nicht unverblümt ausſprachen, — welche nicht zur ſelben Partei gehören, wie jene intellektuellen Urheber und, durch Lieferung der Waffen, Mithelfer an dem Maſſakre, und man nahm an, daß ſie es vermeiden würden, die Arbeitermaſſen durch ein direkt freiſprechendes Verdikt in Entrüſtung zu bringen. Daß ſie es dennoch gethan, läßt zunächſt erſehen, wie wenig jene modernen Konquiſtadoren auf die „öffentliche Meinung" geben; ferner, wie gut ſie wiſſen, welch ſchwaches Gedächtniß jene Maſſen für applizirte Fußtritte haben, und ſchließlich, wie ſehr ihnen daran gelegen iſt, „ein für allemal" ihr Recht auf Gewaltmaßregeln gegen ihre Lohnſklaven ſanktionirt zu ſehen. Daß die Arbeiter ſich endlich einmal von der Führerſchaft jenes Elements befreien möchten, welches ſie bisher aus egoiſtiſchen Gründen beſtimmt hat, der Partei, welche die Intereſſen der Kohlenmagnaten in der Legislatur vertritt, als „Reſonnanzboden" zu dienen, macht den Herren vorläufig keine Sorgen; es fehlte bisher ja auch an allen Urſachen zu ſolchen.

## Hamburger Neuigkeiten.

Hamburg, 25. März.

**Ueber die Beſchäftigung von Arbeiterinnen in Konſervenfabriken** hat der Bundesrath Beſtimmungen getroffen, welche der Senat nunmehr im „Amtsblatt" veröffentlicht.

**Bei der polizeilich-techniſchen Reviſion der Maße, Gewichte und Waagen durch den Aichmeiſter zu Bergedorf** im vergangenen Jahre mußten bei vielen Gewerbetreibenden Maße, Gewichte und Waagen beſchlagnahmt werden, weil ſie unrichtig oder anderweit vorſchriftswidrig waren. Die Deputation für Handel und Schifffahrt, als die dem Aichamt vorgeſetzte Behörde, weiſt deshalb darauf hin, daß der Aichmeiſter zu Bergedorf die ihm zur Prüfung auf ihre Zuläſſigkeit im öffentlichen Verkehr überbrachten Gegenſtände genannter Art nach den geltenden Vorſchriften zu prüfen und mit einem Schein über den Befund der Prüfung gegen Bezahlung der entfallenden Gebühren zurückzugeben hat, deren Berechnung auf dem Schein zu vermerken iſt. Die Deputation empfiehlt den Gewerbetreibenden, welche Zweifel an der Zuläſſigkeit ihrer Maße, Gewichte und Waagen im öffentlichen Verkehr hegen, deren Prüfung durch den Aichmeiſter zu bewirken, um ſich vor Strafe zu bewahren

**Die Straße „Am Holſteiniſchen Kamp"** in Barmbek wird wegen Umpflaſterung vom 31. März d. J. ab bis auf Weiteres für den durchgehenden Waagenverkehr streckenweiſe geſperrt werden.

**Erlöſchen der Geflügelcholera auf der Veddel.** Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die am 8. d. M. unter dem Geflügelbeſtande des Maurers Friedrich Ortel, Slomanſtraße 3, hierſelbſt, feſtgeſtellte Geflügelcholera nunmehr erloſchen iſt.

**Submiſſions-Ausſchreiben.** Die Lieferung von 50,6 cbm Kiefernholz in Form von Schwellen und Bohlen, ſowie von 8500 Stück Holzpflaſterklötzen, für den Belag zweier Eiſenbahnbrücken und einer Straßenbrücke im Ellerholzdamm auf Steinwärder ſoll im Submiſſionswege vergeben werden. Die Bedingungen ſind im Vorzimmer der Finanz-Deputation werktäglich von 10 bis 4 Uhr zur Einſicht ausgelegt.

**Konkursverfahren.** Ueber das Vermögen des Fahrrad- und Fahrradutenſilienhändlers Hans Jörgen Jacobſen, in Firma Hans J. Jacobſen, Großer Burſtah 36/38, Parterre, nach hinten, iſt am 24. d. M., Vormittags 9½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Buchhalter J. G. Marquardt, Neuerwall 15, iſt zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen ſind bis zum 30. April 1898 bei dem Gerichte anzumelden. — Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bierhändlers Bernhard Wilhelm Emil Guthknecht, richtig Gutknecht; das Konkursverfahren über das Nachlaßvermögen des Privatmannes Baruch, genannt Bernhard Kopf, iſt nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

**Aus dem Wochenbericht über die mediziniſche Statiſtik des Hamburgiſchen Staates.** A. Stadt. In der Woche vom 6. März bis zum 12. März wurden hier 422 lebendgeborene (Abnahme gegen die Vorwoche 20), 16 todtgeborene (Zun. 5), darunter 383 eheliche (Abn. 11) Kinder angemeldet. — Es erkrankten in der Woche vom 13. März bis zum 19. März: An Blattern 0 (Abn. 2), an Scharlach 16 (Abn. 6), an Maſern und Rötheln 103 (Zun. 40), an Keuchhuſten 28 (Zun. 11), an Unterleibstyphus 3 (Abn. 1), an Diphtherie und Croup 21 (Abn. 8), an Kindbettfieber 3 (Zun. 3), an Wechſelfieber 1 (Abn. 2), an Brechdurchfall 2 Kinder bis zu 5 Jahren (Abn. 2) und 0 Erwachſene (Abn. 1). Gemeldete Erkrankungen an Influenza 4 (Abn. 6) Perſonen. — Es ſtarben in der Woche vom 13. März bis zum 19. März: 207 (Zun. 17) Perſonen, darunter im erſten Lebensjahre 63, auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet in der Berichtswoche 16,3, in den Jahren 1881 bis 1890: 25,9. Todesurſachen waren: an Scharlach 0 (Abn. 0), Maſern und Rötheln 0 (Abn. 1), an Keuchhuſten 4 (Zun. 1), an Unterleibstyphus 2 (Zun. 2), an Diphtherie und Croup 4 (Zun. 3), an Kindbettfieber 0 (Abn. 3), an Schwindſucht 38 (Zun. 12), akuten Erkrankungen der Athmungsorgane 27 (Abn. 6), akuten Darmkrankheiten 2 (Abn. 1), darunter 2 Kinder bis zu einem Jahr (Abn. 1), an allen übrigen Krankheiten 124 (Zun. 11), an gewaltſamem Tod 6 (Abn. 1) Perſonen. — B. Landgebiet: Es wurden in der Woche vom 6. März bis 12. März 32 lebendgeborene und 1 todtgeborenes, darunter 33 eheliche Kinder angemeldet. — Es erkrankten 5 Perſonen; es ſtarben 16 Perſonen, darunter 5 Kinder im erſten Lebensjahr.

**Vom „Poſthof".** Am 1. April wird in dem neuerbauten Geſchäftshauſe „Poſthof", Ecke Steinſtraße und Pferdemarkt, ein Stadtpoſtamt, vorerſt ohne Telegrammannahme, eröffnet. Das neue Poſtamt wird die Bezeichnung „Hamburg 18" führen.

= **Mit dem neuen Eilbeker Bebauungsplan** beſchäftigte ſich geſtern Abend im „Eilbeker Kaſino" eine Verſammlung der Grundeigenthümer Eilbeks, welche von der Bebauungsplankommiſſion des Eilbeker Bürgervereins von 1875 einberufen war. Der genannte Verein hat eine Kommiſſion, beſtehend aus den Bürgerſchaftsmitgliedern A. Harten, Rechtsanwalt Kümpel, H. O. Perſiehl und Mahr niedergeſetzt, welche die Rechte und Wünſche der Eilbeker Grundeigenthümer bei der Feſtſetzung des Bebauungsplanes vertreten ſollen. Da nun der Bebauungsplan für den Theil Eilbeks, der öſtlich von der v. Eſſenſtraße und nördlich vom Eilbekerweg liegt, fertig geſtellt iſt, ſo war dieſer Plan der Gegenſtand der Beſprechung der Verſammlung. Perſiehl legte die Pläne vor und zeigte auf denſelben, daß man den Kanal — bedeutend ſchmäler als jetzt — bis zur Friedrichsbergerſtraße fortführen und daß man eben oberhalb der v. Eſſenſtraße an der Barmbeker Seite einen breiten Landungsplatz für Schuten und andere Schiffe anlegen will. Die Uferſtraße, die Eilenau und die Blumenau ſollen bis Wandsbek verlängert werden, und die Querſtraßen, die jetzt von der Wandsbeker Chauſſee nach dem Eilbekerweg führen, ſollen auf der anderen Seite weitergeführt werden. Der Eilbekerweg wird verbreitert. Dr. Rabe, dem faſt allein das ganze in Frage kommende Terrän gehört, war beſonders darüber ungehalten, daß man den Kanal nicht als ſchiffbare Waſſerſtraße bis nach Wandsbeks Grenze fortführen wolle, worauf Perſiehl ihm erwiderte, daß weder Senat noch Bürgerſchaft den Kanal bis nach Wandsbek verlängert ſehen wollen, damit die Alſter nicht noch mehr von Frachtſchiffen verunziert werde. Andere Redner wünſchen, daß der Kanal in ſeiner jetzigen Breite bis an die Friedrichsbergerſtraße verlängert und daß der Landungsplatz nicht nach der Barmbeker, ſondern nach der Eilbeker Seite gelegt wird. Ferner wurde noch bemängelt, daß das an Wandsbeks Grenze liegende Terrän für Fabrikanlagen beſtimmt iſt. Die Kommiſſion verſprach, alle Wünſche nach Möglichkeit zu berückſichtigen und bei der Bürgerſchaftskommiſſion um Abänderung vorſtellig zu werden. Zum Schluſſe ſtattete Perſiehl noch über ſeine Thätigkeit in der Bürgerſchaft Bericht ab.

**Gewerbegericht.** Heute fanden die Wahlen der Arbeitnehmer-Beiſitzer für das Gewerbegericht in der 5. Wahlabtheilung ſtatt. Gewählt wurden ſämmtliche von dem Gewerkſchaftskartell aufgeſtellten Kandidaten, nämlich: Friedrich C. Himpel, Bote, Hermann P. F. Meulke, Kutſcher, Hinrich Schleef, Ewerführer, Julius J. D. Heinecker, Speicherarbeiter, Karl H. F. Köhſel, Maſchiniſt, Heinrich J. D. Derheiber, Schauermann, und zwar mit je 788 Stimmen. Auch in dieſer Abtheilung war eine andere Kandidatenliſte nicht aufgeſtellt worden.

w. **Vom Hafen und von der Schifffahrt.** In letzter Nacht ſetzte ein heftiger Sturm aus Nordoſt ein, welcher das Waſſer elbabwärts trieb. Geſtern war noch ein hoher Waſſerſtand, ſo daß auch tiefgehende Schiffe, u. A. der Dampfer „Patria", mit 25 Fuß Tiefgang, nach hier kamen. Letzterer Dampfer brachte 202 Pferde von New-York mit nach hier. — In Folge des Sturmes und ſchlechten Wetters auf See kamen mehrere Schiffe aus See zurück, ſo auch der Ewer „Johanna", der Decksſchaden erlitten hat. Die von Leer nach Svendborg beſtimmte Tjalk „Albatros", holte in den Hafen von Cuxhaven ein. Die holländiſche Tjalk „Schouwen", die ſich auf der Reiſe nach Rudkjöbing befand, wurde durch Sturzſeen ſehr ſchwer mitgenommen. Der Koch des Schiffes wurde von einer Sturzſee erfaßt und über Bord geſchleudert, ſo daß er ſeinen Tod durch Ertrinken fand. An eine Rettung des Mannes war bei dem ſchlechten Wetter nicht zu denken. — Geſtern iſt bei Klein-Vogelſand, außer den ſchon gemeldeten Ewern, auch noch ein weiterer geſtrandet, welcher den Namen „Roſe" führt. Das Schiff iſt mit Kohlen beladen und von Altona nach Huſum beſtimmt. Es ſitzt ſehr gefährlich. Der Schiffer Schwarz und zwei Mann der Beſatzung ſind durch das Rettungsboot des dritten Feuerſchiffes geborgen worden. Später nahm der Schleppdampfer „Albatros" die Leute an Bord und landete ſie in Cuxhaven. — Der Hamburger Schooner „Heinrich", welcher mit Zucker beladen iſt, ſtrandete bei Saßnitz in der Oſtſee. Nähere Nachrichten ſind noch nicht verlautbart. — Der von Norfolk nach hier beſtimmte engliſche Dampfer „Strathtay" hat auf See Schaden an ſeiner Maſchine gehabt. Das Schiff iſt in Falmouth eingekommen. — Bei dem im Rothen Meer geſtrandeten Hamburger Dampfer „Adria" ſind die Bergungsarbeiten in Angriff genommen. Es ſind auch einige Taucher bei dem Schiffe. Wie es ſcheint, iſt die Lage deſſelben gefährlicher als man Anfangs meldete. — Der Dampfer „Kriemhild", welcher heute Morgen von hier abging, iſt bei Schulau auf Grund feſtgeworden. Sollte der Dampfer mit der nächſten Fluth nicht abgebracht werden können, ſo muß er ſchleunigſt geleichtert werden. — Der in drei Theile zerlegbare Dampfer „Mariscal", welcher auf der Werft von Janſſen u. Schmilinsky erbaut wurde, wird auf dem am Baakenhöft liegenden Dampfer „Calabria" verladen werden. — Der Dampfer „Palermo" traf mit 400 Tons Marmorblöcken hier ein, die mittels des großen Krahns am Kaiſpeicher A gelöſcht werden. — Eine Kolliſion fand geſtern Abend beim Strandhafen ſtatt. Der Schleppdampfer „Hurrah" hatte den Ewer „Margarethe" im Schlepptau und fuhr damit elbaufwärts, als der Schleppzug von dem Schleppdampfer „König Wilhelm II." angerannt wurde. Alle drei Schiffe haben mehr oder weniger Beſchädigungen erlitten. — Als die norwegiſche Bark „Gimle" heute Morgen in den Zollkanal beim Jonas einholte, lief ſie außer Kurs und auf den am St. Pauli Fährponton liegenden Fährdampfer „Sonnin". Letzterer Dampfer konnte noch rechtzeitig rückwärts gehen, ſodaß die Bark nur den Ponton traf. Letzterer hat einige Beſchädigungen erlitten. — Die Viehlöſchſtelle am Johannisbollwerk iſt zur Hälfte abgebrochen worden, weil ſie nicht mehr benutzt wird, da kein Vieh von Dänemark eintrifft. Jetzt legen die von Norwegen kommenden Eisſchiffe dort feſt und löſchen das Blockeis.

w. **Unglücksfall.** Der auf den Lagerſchuppen von Nathan, Philipp u. Ko. angeſtellte Vize W. Hormann fiel von einem Stapel Säcke herab, wodurch er ein Bein brach. Der Verunglückte iſt dem Seemannskrankenhauſe zugeführt worden.

w. **Schädigung der Arbeiter, deren Arbeitsplätze jenſeits der Elbe.** Heute Morgen früh, als die jenſeits der Elbe beſchäftigten Arbeiter auf einem Fährdampfer vom St. Pauli Fiſchmarkt nach Steinwärder abfuhren, wurde aus dem Elbdock bei Blohm u. Voß ein großer Dampfer geholt, welcher den Fährkanal, woſelbſt der Fährdampfer anlegen ſollte, vollſtändig verſperrte, ſo daß der Dampfer gezwungen war, nach dem nächſten Anlegeponton am Schanzengraben zu fahren. Sämmtliche auf dem Dampfer befindliche Arbeiter kamen deshalb zu ſpät nach der Arbeit und mußten Strafe zahlen. Sollte ſo etwas nicht vermieden können?

w. **In einer Konferenz der Geſchäftsreiſenden Hamburgs** wurde der Beſchluß gefaßt, in nächſter Zeit einen Verein der Geſchäftsreiſenden Hamburgs zu gründen. Vorläufig finden jeden Freitag, Abends 9 Uhr, bei W. Relling, Süderſtraße 5, Beſprechungen ſtatt.

w. **Schiffe mit Blockeis** aus Norwegen treffen jetzt täglich im Hafen ein. Die Fahrzeuge ſind faſt alle ſehr alt und morſch. Bekanntlich werden in Norwegen häufig ſolche Schiffe aufgekauft, die in anderen Ländern nicht mehr verwerthet werden können. Sie werden dann mit Holzladung befrachtet und können recht oft nur auf der Ladung ſchwimmend ihren Beſtimmungshafen erreichen. Solche Schiffe beladet man jetzt mit Eis und ſchickt ſie nach hier. Heute ſind wieder drei Barkſchiffe im Hafen eingetroffen, von denen die „Arnevig" im Jonashafen, die „Prudhe" und „Gimle" im Zollinlandshafen feſtgelegt wurden. Später traf noch die Bark „Alf" hier ein. Die Schiffe bringen insgeſammt etwa 3000 Tons Blockeis nach hier. Es werden in dieſen Tagen noch mehrere dieſer alten Kaſten hier erwartet.

**Verbrechen oder Geiſteskrankheit?** Im Sommer 1897 war der Kaufmann Martin Samſon in Hamburg, Sohn eines angeſehenen Geſchäftsmannes, in Folge einer Nikotinvergiftung und von Ueberarbeitung ſtark abgeſpannt und nervös, ſo daß er von dem Hausarzte zur Erholung in den Harz geſchickt werden mußte. Samſon jun. reiſte nach Elbingerode und machte häufig Spaziergänge in die Umgebung. Bei einer ſolchen Gelegenheit traf er eines Tages zwei Mädchen von 13 und 10 Jahren, beſchenkte ſie und ließ ſie durch ſein Fernrohr ſehen. Obendrein aber betaſtete er ſie in unſittlicher Weiſe und das Landgericht Halberſtadt verurtheilte ihn dann am 8. Dezember vorigen Jahres wegen Sittenverbrechens nach § 176, 3 zu neun Monaten Gefängniß. — Die Reviſion des Angeklagten wurde, obwohl der Vertheidiger, Rechtsanwalt Oppenheimer aus Hamburg, ſich Mühe gab, die Sache pathologiſch zu erklären, vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

**Unglücksfälle.** Der in der Lerchenſtraße 20 in Altona wohnende Arbeiter Eichmeyer wurde geſtern Abend Ecke Wilhelminenſtraße und Reeperbahn mit einer ſchweren Hand- und Kopfverletzung bewußtlos aufgefunden. Er verſtarb auf dem Transport nach dem Kurhauſe. — In Folge Entzündung eines Beines aus Anlaß eines im Februar d. J. erlittenen Unfalles durch einen Sturz von einer Treppe mußte ein Händler in's Eppendorfer Krankenhaus gebracht werden. — Beim Fenſterputzen bekam der Bruder des Schuhwaarenhändlers Bürger, Ecke Jakob- und Rotheſoodſtraße, einen Krampfanfall, ſtürzte von der Leiter und in eine Spiegelſcheibe, welche in Trümmer ging, und verletzte ſich ſchwer. Er fand Aufnahme im Allgemeinen Krankenhauſe. — Am Altenwall wurde ein junges Mädchen von einem Bleicherwagen umgefahren und leicht verletzt. Man brachte das Mädchen in ſeine Wohnung in der Zweiten Bernhardſtraße. — In der Bankſtraße wurde geſtern der am Billhorner Röhrendamm 173 wohnende Bahnarbeiter Meinecke von einem beladenen Rollwagen überfahren, wobei er einen Oberſchenkelbruch und eine Quetſchung eines Fußes davontrug. Man brachte ihn in's Krankenhaus.

**An den erlittenen Brandwunden verſtorben** iſt ein 2jähriges Kind, welches ſich, wie wir berichteten, in der Paulinenallee 1 durch Herabzerren einer Tiſchdecke mit heißem Kaffee verbrüht hat. Es iſt geſtern im Krankenhauſe ſeinen Verletzungen erlegen.

**Eine Wechſelgeſchichte.** Vor zwei Monaten lernte der Landmann Küken aus Billwärder in einer Wirthſchaft an der Wandsbeker Chauſſee den in Eilbek wohnenden Pferdehändler Auguſt Mencke jr. kennen, bei welcher Gelegenheit Erſterer ſeinem neuen Bekannten mittheilte, daß er Ende März zwei Hypothekpöſte in Höhe von ℳ 7300 ausgezahlt erhalte. Das Verhältniß zwiſchen den Beiden wurde bald ein freundſchaftliches und ſo wußte der Pferdehändler ſeinen neuen Freund denn ſchon Anfang Februar zu beſtimmen, ihm einen Gefälligkeitswechſel über ℳ 2100 auszuſtellen, welche Summe er zum Vieheinkauf brauchte. Etwa 14 Tage ſpäter ſprach der Pferdehändler bei dem Landmann in Billwärder vor und ſagte, er habe grade ℳ 500 baar übrig, ob ſein Freund dieſe haben wolle. Dieſer nahm das Geld, gab aber zugleich ein neues Akzept über ℳ 1750 heraus. Außerdem übergab er dem Pferdehändler ein Akzept über ℳ 180, das er von einem Viehhändler in Zahlung erhalten hatte, zum Inkaſſo, das der Pferdehändler aber ſofort für ℳ 160 weiter verkaufte, ohne das Geld abzuliefern. Am 1. März kaufte dann der Landmann von ſeinem Freund ein Pferd für ℳ 150 und da Erſterer knapp bei Kaſſe war, ließ ſich der Pferdehändler ein drittes Akzept über ℳ 1000 — einen 3 Monatswechſel — geben, wofür er die baar hergegebenen ℳ 500, ℳ 170 baar und den Kaufpreis in Rechnung ſtellte. Am letzten Sonntag erſchien nun bei dem Landmann in Billwärder der Angeſtellte des Inhabers eines Auskunftsbüreaus auf dem Zeughausmarkt, um ſich nach der Bonität eines von K. ausgeſtellten Wechſels über ℳ 2100 zu erkundigen. Der Landmann ſah ſofort, daß es ſich hier um eine Fälſchung handelte und daß der ſeinem Freunde am 1. März übergebene Wechſel von ℳ 1000 durch Fälſchung auf ℳ 2100 erhöht worden war. Er ging ſofort mit dem Angeſtellten zu dem Beſitzer des Auskunftsbüreaus und dieſer wußte ihn gegen Herausgabe des gefälſchten Wechſels zur Ausſtellung eines neuen zwei Tage ſpäter fälligen Akzepts über ℳ 2100 zu bewegen, wobei der Landmann noch eine der obengenannten Hypotheken von ℳ 2300 als Sicherheit zedirte. Der Landmann, dem es bei Ausſtellung dieſes neuen Akzepts nur darum zu thun geweſen, das Falſifikat in Händen zu bekommen, hatte nun nichts Eiligeres zu thun, als zu ſeinem Rechtsanwalt zu gehen, auf deſſen Anzeige jetzt der Pferdehändler in Unterſuchungshaft gezogen iſt, während der Inhaber des Auskunftsbüreaus, der gleichfalls verhaftet war, vorläufig wieder auf freien Fuß geſetzt worden iſt.

**Eine Dampferkolliſion auf der Alſter** fand geſtern Abend 7½ Uhr in der Nähe der Station Rabenſtraße ſtatt. Daſelbſt rannten die Dampfboote „Schwan" und „Eppendorf" hart aneinander, ſo daß dem „Schwan" die Vorderkajüte erheblich beſchädigt wurde und er in Reparatur gehen mußte.

**Vom Umſturz.** Heute Nachmittag 1½ Uhr drohte am Schuppen A der ehemaligen Zollvereinsniederlage in der Schönſtraße ein eiſerner Fabrikſchornſtein abzubrechen und umzuſtürzen. Zug 4 der Feuerwehr beſeitigte die Gefahr.

**Der jugendliche Gauner,** der ſchon wiederholt Kindern und jungen Leuten auf der Straße Geldbeträge abgeſchwindelt hat, treibt noch immer ſein Unweſen. Als am 21. d. M. ein Lehrling einer Firma am Johannisbollwerk ℳ 513,70 von der Vereinsbank geholt hatte, wurde er in der Rathhausſtraße von einem 18jährigen jungen Menſchen angehalten mit dem Bemerken, die Firma am Johannisbollwerk ſchulde dem Vater des jungen Menſchen ℳ 40. und er, der junge Menſch, ſei von dem Prinzipal des Lehrlings beauftragt, die ℳ 40 ſofort in Empfang zu nehmen. Er nahm den Lehrling mit nach der Dammthorſtraße 33, verſchwand dann einen Augenblick und erſchien in Hemdsärmeln wieder, um gegen eine mit Röhrs unterzeichnete Quittung die ℳ 40 in Empfang zu nehmen, die ihm der Lehrling auch aushändigte. Natürlich ſtellte ſich die ganze Geſchichte als Schwindel heraus.

**Eine Karambolage auf der Alſter** fand geſtern Abend bei der Alſterluſt zwiſchen dem Dampfboot „Matador" und dem Drehewer Nr. 3367 ſtatt, wobei der Ewer ſtarke Beſchädigungen erlitt.

**In's Kurhaus** brachte man einen Tiſchlergeſellen, der in der Taubenſtraße einen Schutzmann mit einem Meſſer bedrohte und auf der Wache in Tobſucht verfiel. Man glaubt, daß der Mann geiſteskrank iſt.

**Mit einem Gummiſchlauch** bearbeitete ein Arbeiter einen Bürſtenbinder, mit dem er in einer Bürſtenfabrik am Hammerſteindamm in Streit gerathen war, wobei er bei mehreren anderen Arbeitern Beiſtand fand. Schutzleute verhafteten den Gummiſchlauchhelden und veranlaßten die Ueberführung des verletzten Bürſtenmachers in ein Krankenhaus.

**Aus Rache** überfiel ein aus der Chemiſchen Fabrik in Billwärder an der Bille entlaſſener Arbeiter den Werkmeiſter, dem er den halben Bart ausriß. Der Attentäter wurde verhaftet, der Werkmeiſter in ärztliche Behandlung genommen.

**Diebſtähle.** Geſtohlen wurden: einem Klempner aus einem Neubau an der Wandsbeker Chauſſee 43 50 Kilo Bleirohr; Bundesſtraße 46 ein Fahrrad; einem Kellner in der Seilerſtraße 36 (Wirthſchaft) in St. Pauli eine goldene Remontoiruhr nebſt goldener Kette; Nagelsweg 43 eine goldene Uhrkette mit Medaillon, ein goldener Trauring mit dem Namen „Parbſt", ein goldener Siegelring, ein goldener Damenring und ein Opernglas.

**In Haft kamen:** ein obdachloſer Reiſender, der ſich in der Jägerſtraße des Logisbetruges ſchuldig gemacht hat; ein Schiffsreiniger Kadel, ſeit 1897 wegen ſchweren Diebſtahls bei einer Schiffsreinigerfirma am Schaarmarkt und auch von Altona aus wegen ſtrafbarer Handlungen geſucht, ſowie ein Gelegenheitsarbeiter, der die geſtohlenen Sachen verkauft hat; eine Ehefrau aus Groß-Borſtel, die unter falſchem Namen bei einem Juwelier in der Kleinen Johannisſtraße für ℳ 2195 Goldſachen auf Kredit entnommen und dieſelben dann ſofort für ℳ 525 in Verſatz gegeben hat.

**Turnfahrt eines Ladenkaſſendiebes.** In der Fruchtallee wurde geſtern Abend ein Ladenkaſſendieb verfolgt, der in ein Haus flüchtete, auf den Boden kletterte und ſich dann aus dem dritten Stockwerk an der Regenrinne hinabließ, um in der Dunkelheit der Nacht durch die Flucht zu entkommen.

**Wegen Erpreſſung von ℳ 20 000** iſt ein Architekt nebſt ſeiner Geliebten, welche der Beihülfe verdächtig iſt, verhaftet worden. Er hatte von dem Kaufmann, der mit der Geliebten des Architekten in ein intimes Verhältniß getreten war, ℳ 20 000 verlangt und erhalten unter der Drohung, er würde im Weigerungsfalle der Frau des Kaufmannes Mittheilung von dem Ehebruch machen. Er gab ſich dabei als der Ehemann des Frauenzimmers aus und legte einen Ehekontrakt vor.

## Vereine und Verſammlungen.

**(Die Herren Schriftführer werden erſucht, nur ſchmales Papier zu verwenden und auf einer Seite zu beſchreiben.)**

• **Deutſcher Holzarbeiter-Verband.** In dem Verſammlungsbericht in Nr. 71 vom 25. März muß es nicht heißen: Zahlſtelle Hamburg, ſondern „Zahlſtelle Altona".

**Eine gemeinſchaftliche Mitgliederverſammlung der drei ſozialdemokratiſchen Vereine Hamburgs** fand am 24. März bei Tütge ſtatt. In das Büreau wurden Stubbe, Blume und Stolten berufen. Zunächſt gab Genoſſe Dubber die Abrechnung über den Parteitag. Einer Ausgabe von ℳ 2830,53 ſteht eine Einnahme von ℳ 2113,46 gegenüber, ſodaß auf die Koſten ℳ 717,07 zuzuzahlen ſind. Auf Anfrage des Genoſſen Wertheim giebt Dubber Aufſchluß über die für die Mitwirkung auf dem Kommers gemachten Ausgaben. — Darauf wird in die Berathung über die Geſtaltung der diesjährigen Maifeier eingetreten. Genoſſe Heine referirt über die Vorberathungen in den Vorſtänden. Um den Zweck der Maifeier zu erreichen, gelte es eine nach außen möglichſt wirkſame Demonſtration zu veranſtalten und möglichſt ſtarke Theilnahme zu erzielen. Von Seiten der Vorſtände werde deshalb vorgeſchlagen, einen Feſtzug nach dem Viktoriafeſtplatz in Barmbek zu veranſtalten. Der bei früherer gleicher Gelegenheit hervorgetretene Uebelſtand, daß große Mengen der Theilnehmer nichts von der Rede verſtehen konnten, ſolle dadurch zu beheben verſucht werden, daß nicht von einer Stelle, ſondern von mehreren Tribünen geredet werden ſolle. In Bezug auf die Betheiligung ſchlagen die Vorſtände vor, daß jeder Theilnehmen eine Karte für 20 ₰ zu löſen habe, wofür er auch die Maifeſtzeitung erhalte. Arbeitsloſe ſollen ſelbſtverſtändlich die Karte ohne Entgelt erhalten. Inſoweit habe vollſtändiges Einverſtändniß zwiſchen den Vorſtänden und der Kartellkommiſſion geherrſcht. Letztere wünſche jedoch, daß zur Theilnahme am Feſtzuge nur organiſirte Genoſſen, alſo Mitglieder der ſozialdemokratiſchen Vereine und der Gewerkſchaften zugelaſſen werden ſollen. Es werde das damit motivirt, daß dadurch die Nichtorganiſirten bewogen werden ſollen, den Organiſationen beizutreten. Ferner ſei die Kartellkommiſſion der Meinung, daß die Demonſtration nach außen hin mehr imponiren werde, wenn man ſagen könne, daß alle Theilnehmer organiſirte Leute ſeien. Dem ſei jedoch entgegenzuhalten, daß der durch Maſſenbetheiligung zu erzielende Eindruck weſentlich beeinträchtigt werde. Die Zahl würde jedenfalls bedeutend geringer und die Außenſtehenden würden doch nicht glauben, daß nur Organiſirte theilgenommen haben. Uebrigens ſei es es eine merkwürdige Sache, Leute, die man täglich zur Organiſation auffordert, am 1. Mai ausſchließen zu wollen. Das würde viel böſes Blut ſetzen, was um ſo bedenklicher ſei, da wenige Wochen ſpäter die Reichstagswahlen ſtattfinden. Er erſuche deshalb, den Vorſchlägen des Vorſtandes zuzuſtimmen, die Alle als Theilnehmer zulaſſen wollen. Als Korrefent im Auftrage des Gewerkſchaftskartells ſpricht Genoſſe Lehne: Der Maifeier ſei in dieſem Jahre beſondere Aufmerkſamkeit zu ſchenken, weil auf politiſchem und wirthſchaftlichem Gebiet große Aufgaben zu erfüllen ſeien. Darum müſſe man der Maifeier ein neues Gepräge geben. Bisher habe ſie eigentlich Niemand recht befriedigt. Der Karakter einer Demonſtration für Verkürzung der Arbeitszeit ſei mehr und mehr geſchwunden, beſonders durch die Sonntagsfeiern. Nach Ueberzeugung des Gewerkſchaftskartells ſeien jetzt der Worte genug gewechſelt und man wolle endlich Thaten ſehen. Die Kartellkommiſſion ſchlage deshalb vor, daß nur organiſirte Genoſſen theilnehmen ſollen. Weil ſchwere Kämpfe bevorſtehen, müßten die Organiſationen nothwendig geſtärkt werden. Mit dem bisherigen Verfahren müſſe gebrochen werden; die Indifferenten dürften nicht immer lieb Kind ſein und die Partei nicht gewiſſermaßen Feſtkomite für die Indifferenten. Dieſe müßten es fühlen, daß man ſie abſeits ſtehen laſſe, wenn die organiſirten Arbeiter demonſtriren. Wenn dadurch die Zahl der Theilnehmer auch geringer werde, ſo werde der Eindruck doch ein bedeutenderer ſein, wenn man wiſſe, es ſeien lauter Organiſirte. Dieſe müßten immer alle Opfer bringen; da müſſe auch einmal gezeigt werden, daß ſie am Platze, und die Anderen müßten ſich ſchämen. Große Maſſen trieben auch andere Parteien zuſammen, z. B. bei der Zentennarfeier. Für die Forderungen des Pariſer Kongreſſes träten nur die organiſirten Arbeiter ein; wer nicht zur Organiſation gehöre, habe auch kein Recht, an der Maifeier theilzunehmen. Man ſolle nur an den Poſadowsky'ſchen Erlaß denken, der zeige, welche Bedeutung man den Organiſationen beilege. Wenn die Nichtorganiſirten ſähen, daß ſie abſeits ſtehen müſſen, würden ſie ſich ſchämen und den Organiſationen beitreten. Dadurch würde man neue Kämpfer heranziehen. Jedoch müſſe auch die Preſſe mehr für den Beitritt zur Organiſation eintreten. In der Kartellkommiſſion hätten die organiſirten Arbeiter erklärt, daß ſie ihrerſeits nur Mitglieder der Organiſation zulaſſen würden. — Genoſſe Lorenz wendet ſich gegen Lehnes Vorſchlag, der ungefähr daſſelbe ſei, als wenn die Partei bei den Reichstagswahlen nur Stimmen von organiſirten Arbeitern haben wolle. Bei der Maidemonſtration müſſe grade gezeigt werden, daß die Maſſen mit unſeren Forderungen ſympathiſiren. Leider ſeien Manche nicht in der Lage, den Organiſationen angehören zu können. Man müſſe aber Alle theilnehmen laſſen, die im Geiſte zu uns gehören. Genoſſe Neumann: Lehne fordere Thaten zu ſehen. Sein Vorſchlag ſei alles Andere, nur keine That. Treten für die Verkürzung der Arbeitszeit denn nur die Organiſirten ein? Bei Streiks brauche man auch die Unorganiſirten. Deshalb dürfe zwiſchen Organiſirten und Unorganiſirten keine Scheidewand aufgerichtet werden. Der Vergleich mit der Zentennarfeier ſei unzutreffend. Dort waren die Maſſen müßige Zuſchauer, bei uns beherrſche Alle derſelbe Gedanke. Die

Organiſirten allein könnten nichts ausrichten, wenn ſie nicht die Maſſen mitziehen. Daß man ſie ſechs Wochen vor der Wahl ausſchließen wolle, ſei gradezu abſurd. Es gelte, den Gegnern die Maſſe unſerer Anhänger zu zeigen; käme aber nur ein kleines Häuflein zuſammen, ſo würden wir ihnen lächerlich erſcheinen. Durch Redensarten, wie: die Partei ſei das Feſtkomite der Indifferenten, ſchädige man nur die Bewegung. Der Beſchluß des Pariſer Kongreſſes ſpreche nicht von einer Demonſtration der organiſirten, ſondern aller Arbeiter. Wir dürften Niemand abſtoßen und keine Schranken aufrichten, die wir nachher mühſam wieder niederreißen müßten. — Genoſſe Henſe ſtellt ſich auf den Standpunkt Lehnes. Man müſſe endlich einſehen, daß ohne Anſchluß an die Organiſation nichts zu erreichen ſei. Wer ſich der Organiſation nicht anſchließe, ſtehe nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung. Die Nichtorganiſirten dürften nicht theilnehmen, weil ſie uns bei den Kämpfen im Stich laſſen. — Genoſſe Stolten: Die Abſicht der Kartellkommiſſion, größere Mengen in die Organiſation zu bringen, ſei ja gut; aber man gehe von durchaus falſcher pſychologiſcher Beurtheilung der Maſſen aus und die Wirkung der geplanten Maßnahme würde die gegentheilige ſein. Man wolle mit dem Ausſchluß der Unorganiſirten dieſe zur Scham aufrufen, werde ſie damit aber nur erbittern, ſo daß ſie ſagen: Nun erſt recht nicht. Es ſei ja zu beklagen, daß ſo Viele der Organiſation fern blieben; aber durch die beabſichtigte Behandlung werde man ſie nicht heranziehen, ſondern abſtoßen. Es ſei eine Illuſion, wenn man glaube, es werde gelingen, Alle in die Organiſationen hineinzubringen. In dieſen werde ſich immer nur die Elite der Arbeiterſchaft zuſammenfinden; die Maſſen müßten in geeigneten Momenten mitgeriſſen werden. Ein ſolcher Moment, an die Maſſen heranzukommen, ſei die Maifeier; deshalb dürfe am wenigſten bei ſolcher Gelegenheit ein Trennungsſtrich gezogen werden. Nicht für uns allein ſei die Demonſtration beſtimmt, ſondern auch um auf die Gegner zu wirken. Der Pariſer Kongreß habe ſie in dem Sinne beſchloſſen, daß ſie ein Appell an die herrſchenden Gewalten ſein ſolle, von denen die Verkürzung der Arbeitszeit und die Arbeiterſchutzgeſetzgebung gefordert werde. Denen könne man aber nur durch Maſſenaufgebote imponiren. Der Aufſchwung der Gewerkſchaftsbewegung ſei konſtatirt. Es ſei durch nichts zu beweiſen, daß die Maifeiern nicht ihren Antheil daran haben. Gar mancher, der ſich durch den Impuls des Augenblicks zur Theilnahme bewegen laſſe, werde mit der Zeit ein zuverläſſiger Genoſſe. Deshalb müſſe die Theilnahme Allen freiſtehen. — Genoſſe Grünwaldt meint, es ſei eigenthümlich, daß das Gewerkſchaftskartell hier eine andere Stellung einnehme als die Partei. Es handle ſich um keine Prinzipien-, ſondern um eine Zweckmäßigkeitsfrage. Die Maifeier habe ja bisher Manchen nicht befriedigt. Aber es ſcheine nur ſo, als ob etwas Neues beabſichtigt ſei. Lehne habe geſagt, die Gewerkſchaften würden die Unorganiſirten nicht unter ſich dulden, ſie könnten ſich als Schwanz der politiſchen Partei anſchließen. Wenn dieſe Dummheit gemacht werde — nicht alle Gewerkſchaften würden ſie machen — ſo werde dadurch provozirt, daß ſich die bisher Unorganiſirten nur der Partei, nicht aber den Gewerkſchaften anſchließen. Es komme auf den Zweck an. Wo die Gegner ſich bei den Wahlen ſo viel Mühe geben, die Indifferenten zu gewinnen, da wäre es um ſo größere Thorheit, wenn wir ſie direkt abſtoßen wollten. Wir müßten die Indifferenten in die Bewegung hineinziehen. Uebrigens könne man auch an den Organiſirten blaue Wunder erleben. Er ſelbſt habe es bei einem Streik ſeiner Branche erlebt, daß Unorganiſirte geſtanden haben wie die Mauern, aber Organiſirte die Flinte in's Korn warfen. Es gebe Leute, die aus triftigen Gründen nicht der Organiſation angehören. Beim Sammeln für die Hafenarbeiter habe man auch nicht gefragt, ob die Geber organiſirt ſeien. Es komme auch auf den Eindruck nach außen an und da müßten wir zeigen, daß die Bevölkerung hinter uns ſtehe. Die Gegner würden nicht fragen, ob die Theilnehmer organiſirt ſeien; aus einer geringeren Betheiligung würden ſie auf einen Rückgang ſchließen. Der Ausſchluß beſtimmter Kreiſe würde unklug ſein; man ſolle die Gelegenheit grade benutzen, dieſe Leute zu faſſen. Wolle man etwa auch die Frauen ausſchließen? Er bitte, den Vorſchlag der Vorſtände anzunehmen. — Genoſſe Koenen bemerkt, wenn man draußen in der Welt von dem Vorſchlag der Kartellkommiſſion höre, werde man den Kopf ſchütteln und fragen, was denn paſſirt ſei. Er ſei überzeugt, wenn unſere Genoſſen auswärts nur die Freiheit hätten, einen Feſtzug zu veranſtalten, ſie würden mit beiden Händen zugreifen, um die Maſſen auf die Beine zu bringen. Es ſei ſchon eine Schädigung der Bewegung, daß die Frage überhaupt diskutirt werde. Wie ſolle man denn die Parole: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! verſtehen. Leider ſeien Viele noch nicht in der Organiſation, weil ſie noch nicht wiſſen, was ſie wollen. Wenn man es fertig bringen würde, einen Keil zwiſchen das Hamburger Proletariat zu treiben, dann werde die bisherige Aktionskraft verloren gehen. Auch die Kontrole ſei unausführbar. Benutze man nicht am 1. Mai die Gelegenheit, die Maſſen heranzuziehen, dann werde man auch zu anderer Zeit nicht auf ſie rechnen können. Man bekomme ſie nicht ohne Aufklärung in die Organiſation. Würden ſie nur durch Zwang hineingetrieben, ſo würde es nicht gelingen, ſie feſtzuhalten. Deshalb möge man den Vorſchlag des Kartells ablehnen. — Genoſſe Günther giebt zu erwägen, daß man nicht die Nothwendigkeit vergeſſe, die Jugend zu gewinnen, wozu ſolche Gelegenheiten benutzt werden müßten. — Genoſſe Stühmer erklärt, die Scheidewand zwiſchen Organiſirten und Unorganiſirten ſei längſt vorhanden. Er ſei mit dem Antrag der Kartellkommiſſion nicht einverſtanden, aber die Reden Einzelner hätten den Unorganiſirten einen Freibrief ausgeſtellt. Nicht die Unorganiſirten ſchlagen die Schlachten. Man müſſe zwar die Unorganiſirten haben und könne ohne ſie nicht gewinnen; aber die Organiſirten bringen immer die Opfer. Es ſei leider traurig, daß in Hamburg die Frage noch diskutirt werden müſſe. Man ſolle mit den Maſſen nicht blos imponiren, ſondern ſolle ſie organiſiren, ſonſt ſeien nie dauernde Vortheile zu erreichen. Es ſei richtig, daß die Jugend und die Indifferenten grade durch Demonſtrationen zu gewinnen ſeien. Dazu ſolle man den Tag benutzen und die Leute möglichſt gleich in die Organiſation aufnehmen, damit eine große Zahl neuer Mitglieder gewonnen werde. — Es wird nun ein Antrag auf Schluß der Debatte geſtellt, gegen den die erſt kurz vorher erſchienene Frau Steinbach ſpricht mit der Motivirung, daß eigentlich noch nicht viel zur Sache geſagt ſei. Der Schlußantrag wird mit großer Majorität angenommen. (Frau Steinbach verläßt wüthend den Saal, etwas von „Heidelbergern“ und organiſirten Genoſſen brummend.) Hierauf erhalten für den durch geſchäftliche Pflichten abgerufenen Referenten Heine Genoſſe Stolten und nach ihm noch Genoſſe Lehne das Schlußwort, Beide nochmals die beiderſeitigen Anſichten kurz zuſammenfaſſend. Darauf wurde zunächſt gegen ganz vereinzelte Stimmen die Arrangirung des Feſtzuges beſchloſſen. Der Antrag Lehne, daß nur organiſirte Arbeiter zugelaſſen werden ſollten, wurde mit großer Majorität abgelehnt. Die Erhebung von 20 ₰ für Karte und Maifeſtzeitung, ausgenommen von den Arbeitsloſen, wurde angenommen und das Arrangement im Einzelnen den Vorſtänden und dem Gewerkſchaftskartell übertragen.

**Steinſetzer und Berufsgenoſſen,** Lokalverband Hamburg. Verſammlung am 20. März in der „Leſſinghalle“. Genoſſe Wagner machte bekannt, daß die alten Verbandsbücher, ſoweit ſie in Ordnung ſind, an den erſten Kaſſirer abgeliefert werden ſollen, da wir dieſes Jahr wegen der Beitragsveränderung neue Bücher erhalten; dieſelben werden mit den alten zuſammen wieder ausgehändigt. Zur Wahl einer Agitationskommiſſion führte Wagner aus, daß der Antrag auf dem Verbandstage angenommen wurde, welcher beſagt: „In den einzelnen Provinzen und Landestheilen ſind Agitationskommiſſionen zu errichten, die die Agitation in den ihnen überwieſenen Bezirken zu beſorgen haben. Dieſe Agitationskommiſſionen ſtehen in Verbindung mit dem Zentralvorſtand und erhalten auch nach Prüfung der Verhältniſſe von demſelben die nöthigen Baarmittel.“ So iſt u. A. auch hier in Hamburg eine ſolche zu wählen für Schleswig-Holſtein, Meklenburg-Schwerin, Regierungsbezirk Lüneburg. In dieſe Kommiſſion wurden gewählt: C. Schütt, G. Wüpplinger, C. Schmedemann, F. Mahrt, H. Dammann. Die Agitationskommiſſion hat die Pflicht, die ihr vom Zentralvorſtand zur Agitation überſandten Broſchüren und Zeitungen in den ihr zugewieſenen Provinzen und Landestheilen zu verbreiten, ebenſo ſich mit den dort befindlichen Gewerkſchaftskartellen in Verbindung zu ſetzen, auch auf Wunſch der durch die Agitation gewonnenen Filialen oder Mitglieder geeignete Referenten zwecks weiterer Aufklärung hinzuſenden. — Nach dem Bericht der Unterſtützungskommiſſion haben im Laufe des vorigen Jahres nur 5 Kollegen auf vorhergehende Unterſuchung ſeitens der Kommiſſion Unterſtützung erhalten, dieſelbe betrug im Ganzen M. 92. Der Höchſtbetrag war M. 30. Hierzu wurde von Wieſe der Antrag geſtellt, daß nicht mehr, wie bisher, die Unterſtützungskommiſſion das Recht hat, bis zu M. 30 gewähren zu können, ſondern, daß von jetzt ab jedes Unterſtützungsgeſuch erſt von der Kommiſſion zu prüfen und dann der nächſten Mitgliederverſammlung zur endgültigen Beſchlußfaſſung zu unterbreiten iſt. Nach einer ſehr regen Diskuſſion wurde dieſer Antrag abgelehnt, dagegen ein Antrag Lemke einſtimmig angenommen: Die Unterſtützungskommiſſion bleibt bis auf Weiteres beſtehen, und zwar mit denſelben Befugniſſen, die ſie bisher innegehabt hat. Jedoch iſt dieſelbe verpflichtet, jedes Vierteljahr Bericht zu erſtatten. Ein Antrag, dem Genoſſen Sch. M. 50 leihweiſe zu überlaſſen, wurde angenommen. — Nach kurzer Diskuſſion wurde darauf einſtimmig beſchloſſen, den Betrag von M. 2 pro Jahr für den Streikfonds beſtehen zu laſſen. Wagner erinnert ſodann an den Beſchluß des Zentralvorſtandes, daß die während des Streiks ausgeſchloſſenen Mitglieder bei ihrer Wiederaufnahme den Beitrag für 13 Wochen zu zahlen haben, wohingegen nach einem von uns ſeinerzeit gefaßten Beſchluß Diejenigen, die wegen der Rammerfrage ausgeſchloſſen wurden, bei ihrer Wiederaufnahme einen Betrag von M. 20 an die Lokalkaſſe zu entrichten haben. Er findet dies für ungerecht und beantragt, daß auch Letztere bei Wiederaufnahme nur für 13 Wochen Beitrag entrichten ſollen. Schütt wollte den Antrag jedoch auch auf die ausgedehnt wiſſen, die in dieſem, ſowie im vorigen Jahr zwiſchen den Arbeitswilligen gearbeitet haben, und durch verhinderte ſcharfe Kontrole mit ihren Beiträgen im Rückſtande ſind. Nach einer ſehr lebhaften Diskuſſion wurde dieſer Antrag gegen einzelne Stimmen angenommen. Der Vorſtand machte bekannt, daß der Steinſetzer J. Schneider als Rammer zurückgetreten und jetzt in der fünften Bauabtheilung beſchäftigt iſt. Derſelbe hat gebeten, ihn auch ferner als Mitglied zu betrachten, denn er iſt durch mißliche Verhältniſſe gezwungen worden, dieſes zu thun. Seiner Bitte wurde auch von der Verſammlung entſprochen. Wagner ſetzt die Verſammlung noch davon in Kenntniß, daß die Streitigkeiten Lang und Baldauw erledigt ſind. Der Letztere hat das Schiedsgericht für ihn als rechtsgültig anerkannt; er ſchützte Unkenntniß vor.

**Fabrikarbeiter,** Zahlſtelle Winterhude-Eppendorf. Verſammlung am 17. März bei Käſebier. Wegen zu ſchlechten Verſammlungsbeſuches mußte der Vortrag ausfallen. Der Vorſitzende machte bekannt, daß der Referent gewillt ſei, in nächſter Verſammlung den Vortrag zu halten und bittet die Mitglieder, rege zu agitiren, damit der Beſuch ein günſtiger wird. Deichmann brachte den Situationsbericht vom Streik der Piaſſavaarbeiter bei Eggers u. Ko. J. fordert die Mitglieder auf, die Streikenden moraliſch ſowie finanziell thatkräftig zu unterſtützen. Alsdann wurden R. als Hülfskaſſirer und K. in die Unterſtützungskommiſſion gewählt. Das Sommervergnügen findet am 31. Juli bei Käſebier ſtatt. J. berichtet, daß er bei dem Direktor der Firma Calmann u. Ko. vorſtellig geworden ſei, und dieſer ihm verſprochen habe, die vorhandenen Mißſtände zu unterſuchen und eventuell abzuſtellen. Nachdem der Antrag M., für nächſte Verſammlung Laufzettel zu vertreiben, angenommen, erfolgte Schluß der Verſammlung.

## Neueſte Nachrichten.

**Berlin,** 25. März. (R. T.) In der geſtrigen Magiſtratsſitzung theilte Oberbürgermeiſter Zelle mit, daß er ſich entſchloſſen habe, in Folge ſeines vorgerückten Alters und weil er allen Anforderungen, die ein ſo großes Gemeinweſen an ſeine Kräfte ſtelle, nicht mehr genügen könne, vom 1. Oktober 1898 ab in den Ruheſtand zu treten.

Der „Reichsanz.“ meldet. Das Reichseiſenbahnamt ſtellte den meiſt betheiligten Bundesregierungen Vorſchläge zu für die Reviſion und weitere Ausbildung der Grundſätze über die Dienſtdauer und Ruhezeiten der Eiſenbahnbetriebsbeamten. Die Vorſchläge ſollen demnächſt unter Leitung des Amtes konmiſſariſch berathen werden.

**Berlin,** 25. März. (R. T.) Der Kreuzer „Geier“, Kommandant Korvettenkapitän Jacobſen iſt geſtern in Port of Spain, Trinidad, eingetroffen. Der Kreuzer „Beowulf“ iſt am 28. d. M. in Wilhelmshaven eingetroffen. Der Kreuzer „Frithjof“ hat geſtern, von Kiel kommend, auf Scilly-Rhede geankert.

**Lübek,** 25. März. (R. T.) Das bei ſchwerem Sturm heute Nacht eingetretene Hochwaſſer ſtieg auf etwa 2 m über Null und überſchwemmte die niedriger gelegenen Stadttheile und Küſtenorte. Von Travemünde trieben Ausrüſtungsſtücke des wahrſcheinlich in Folge des Sturmes auf der Oſtſee untergegangenen ſchwediſchen Gaffelſchooners „Karl Auguſt“, Kapitän Lundſtröm, aus Halmſtad an, der ſich auf der Fahrt von Wismar nach Lübek befand. Morgens trat das Waſſer zurück, ſo daß die Gefahr beſeitigt iſt.

**Kiel,** 25. März. (R. T.) Das Schulſchiff „Charlotte“ iſt heute Mittag aus Weſtindien hier eingetroffen.

**Flensburg,** 25. März. (R. T.) Der Sturm hat heute Vormittag an Heftigkeit etwas nachgelaſſen. Es macht ſich ein langſames Fallen des Waſſers bemerkbar. Der Dampferverkehr auf der Föhrde iſt heute Mittag wieder aufgenommen worden. Aus Apenrade, Hadersleben, Sonderburg, ſowie aus Jütland werden ebenfalls Ueberſchwemmungen gemeldet.

**Eſſen a. d. Ruhr,** 25. März. (R. T.) Der „Rhein.-Weſtf. Ztg.“ wird gemeldet: Der mit zwei Lokomotiven beſpannte Eilzug Nr. 1304 fuhr heute Nacht 1 Uhr auf dem Bahnhofe Oelde bei der Kreuzungsweiche Nr. 2 auf den ausfahrenden Güterzug Nr. 601. Für den Güterzug war richtig das Ausfahrtsſignal gegeben, für den Eilzug ſtand am Bahnhofs-Abſchlußmaſt das Signal „Halt“, was vom Lokomotivführer des Eilzuges nicht beachtet wurde. Vom Zugperſonal iſt eine Perſon des Güterzuges und der führende Lokomotivführer des Eilzuges anſcheinend leicht verletzt. Beide Lokomotiven des Eilzuges, ſowie ſieben Wagen des Güterzuges ſind erheblich beſchädigt. Beide Geleiſe ſind vorausſichtlich bis 2 Uhr Nachmittags geſperrt. Der Betrieb iſt erheblich geſtört und wird vorläufig theils durch Umleiten der Züge, theils durch Umſteigen aufrecht erhalten.

**London,** 25. März. (R. T.) Die „Times“ melden aus Peking vom 24. d. M.: China nahm geſtern ſämmtliche ruſſiſchen Forderungen an. Die Zugeſtändniſſe ſind folgende: „1) die Verpachtung Port Arthurs auf 25 Jahre als befeſtigten Marineſtützpunkt; 2) die Verpachtung von Talienwan als offenen Hafen und zugleich als Endſtation für die Transmandſchuriſche Eiſenbahn von einer ähnlich langen Zeitdauer und mit dem Rechte auf Befeſtigung und dem Rechte für Rußland, eine Eiſenbahn von Petuna nach Talienwan und Port Arthur unter denſelben Bedingungen wie bei der mandſchuriſchen Bahn, zu erbauen.“ Das Telegramm fügt hinzu, daß China ſeine Stellung wahre durch Beibehaltung nomineller Oberhoheitsrechte. Die Verpachtung ſei aber im Uebrigen gleichbedeutend mit einer Abtretung.

**London,** 25. März. (R. T.) Die „Times“ melden aus Santiago über die Schwierigkeiten zwiſchen Chile und Argentinien: jede der beiden Mächte werde binnen zwei Monaten der anderen eine neue Grenzlinie vorſchlagen. Im Falle, daß es zu keiner Einigung komme, werde Chile die argentiniſche Regierung auffordern, einem Vertrage über die Fortſetzung der Grenze zuzuſtimmen, oder ſich damit einverſtanden zu erklären, daß die ganze Angelegenheit dem Schiedsſpruche Englands unterbreitet werde. Wenn Argentinien ſich weigere, dies zu thun, ſolle der Krieg erklärt werden. Man nehme aber allgemein an, daß Argentinien dieſe Bedingungen annehmen werde.

**London,** 25. März. (R. T.) Unterhaus. Aſhmead Bartlett fragt an, ob die Pekinger Meldung der „Times“, daß China die Forderungen Rußlands zugeſtanden, richtig ſei. Parlamentsſekretär des Auswärtigen Curzon erwidert: Die Regierung habe keine Beſtätigung der beſagten Gerüchte erhalten.

**Paris,** 25. März. (R. T.) Die Deputirtenkammer nahm ohne Berathung den Geſetzentwurf an, der die Regierung ermächtigt, für Madagaskar eine Anleihe im Betrage von 5 Millionen Franks zu emittiren. Dieſelbe iſt hauptſächlich zur Anlage von Verkehrswegen beſtimmt.

**Paris,** 25. März. (R. T.) Der „Figaro“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Miniſter des Aeußern Hanotaux, in der dieſer erklärt, die Beziehungen Frankreichs zu allen Nationen ſeien die beſten; bezüglich der Behauptung einzelner Blätter, daß die Beziehungen Frankreichs zu England wenig herzliche ſeien, genüge es, darauf hinzuweiſen, daß die Königin Viktoria und der Prinz von Wales in Nizza bezw. Cannes weilen und Lord Salisbury am Montag nach Frankreich komme. Es ſeien wohl gewiſſe Schwierigkeiten da, doch ſeien dieſe ſchon zur Hälfte gelöſt. Bezüglich der Nigerfrage befinde man ſich bereits auf dem Wege zu einem Einvernehmen. Dieſe Affäre würde wohl jahrelang dauern. Frankreich dürfe den oſtaſiatiſchen Beſitz nicht zu vermehren ſuchen, ſondern müſſe lediglich die dortige Kolonie gegen Ueberraſchungen ſchützen. Frankreich müſſe vor Allem die Zerſtückelung und den Zuſammenbruch Chinas verhindern, wodurch eine ſchwere Erſchütterung Europas hervorgerufen werden könnte. Frankreich werde Alles thun, um Konflikte zwiſchen Spanien und Nordamerika fernzuhalten. Hier wie überall wünſche Frankreich mit aller Kraft den Frieden.

**Kopenhagen,** 25. März. (R. T.) Ein Schneeſturm verurſachte in der verfloſſenen Nacht und heute zahlreiche Schiffsunfälle und Verkehrsſtörungen, beſonders auf Fünen. Bei Börkop (Jütland) fand in Folge der herrſchenden Dunkelheit ein Zuſammenſtoß zweier Züge ſtatt, bei dem drei Güterwagen zertrümmert wurden. Der Verkehr iſt noch heute Mittag nicht wieder aufgenommen. Bei Bornholm werden ſeit der letzten Nacht 26 Lachsſchifferboote vermißt.

**Madrid,** 25. März. (R. T.) Die Regierung beſtreitet die Abſicht, neue Verſtärkungen nach Kuba zu entſenden. Der „Nacional“ veröffentlicht einen angeblichen Brief des Inſurgentenführers Maximo Gomez an General Blanco, in dem der Erſtere die ihm geſtellten Bedingungen zur Unterwerfung zurückweiſt.

**Rom,** 25. März. (R. T.) Deputirtenkammer. De Nava fragt an, was die Regierung in der Simplon-Angelegenheit, ſowie bezüglich ihres Antheiles an dem Ertrage der Gotthardlinie im Verfolg der Verſtaatlichung der ſchweizeriſchen Bahnen zu thun gedenke. Der Miniſter des Aeußeren, Visconti-Venoſta, erklärt, die Regierung werde darüber mit der Schweiz in Unterhandlungen treten und nicht verfehlen, ſich auch mit Deutſchland in's Vernehmen zu ſetzen, daß ſich hinſichtlich der Gotthardbahn in gleicher Rechtslage wie Italien befinde.

**Konſtantinopel,** 25. März. (R. T.) Meldung des Wiener Corr.-Bür.: Die in Petersburg geführten Verhandlungen über die Art der Deckung für die vereinbarte Abzahlung der rückſtändigen Kriegsentſchädigung haben zu einer prinzipiellen Entſcheidung darüber geführt, daß dieſe Abzahlung durch Anweiſung an die Fahrtaxe einiger Vilajets erfolgen ſoll. Für die Einzelheiten der Verhandlungen ſind dem türkiſchen Botſchafter in Petersburg Inſtruktionen zugegangen.

Die Botſchafter Italiens, Frankreichs und Englands überreichten der Pforte identiſche Verbalnoten, worin eine Anzahlung auf die Entſchädigungsforderng für die Plünderung ihrer Unterthanen während der armeniſchen Wirren im Jahre 1896 aus der Kriegsentſchädigung verlangt wird.

**Jokohama,** 25. März. (R. T.) (Meldung des „Reuter'ſchen Büreaus“). Der amerikaniſche Rathgeber im koreaniſchen Miniſterium des Aeußern, Greathouſe, iſt verabſchiedet worden. Den ruſſiſchen Inſtruktionsoffizieren hat die koreaniſche Regierung eine Entſchädigung von 3300 Lſtrl. gezahlt.

**New-York,** 25. März. (R. T.) Nach Meldungen aus den Ueberſchwemmungsgebieten hat ſich die Situation gebeſſert. Die Eiſenbahnen haben am meiſten gelitten.

## Briefkaſten.

**F. N.** Wir haben „C. P.“ Mittheilung davon gemacht.

**Ein Gärtner.** Die Ueberſetzung lautet: „Ich bin im Begriff, noch einmal der Welt ein großes Beiſpiel meiner Mäßigung zu geben.“ — „Deines Zurückweichens.“

**C. B. 98.** 1) Wenden Sie ſich an das Kommando einer der Werft-Diviſionen in Kiel oder Wilhelmshaven. 2) An den Regimentskommandör des betreffenden Regiments. In beiden Fällen iſt vorherige Vorſtellung bei der hieſigen Erſatzkommiſſion nöthig. 3) Trifft nur für Matroſen, nicht für Seeſoldaten zu.

**Schiffbek.** Sie brauchen Ihr Kind dann nicht zur Impfung zu ſchicken, wenn Sie an deſſen Stelle dem Impfarzt einen von einem Privatarzt ausgeſtellten Schein über erfolgte Impfung Ihres Kindes vorlegen. Im anderen Falle erhalten Sie Strafe zudiktirt.

**Qu.** Dagegen läßt ſich gar nichts machen; der Paſtor braucht den Jungen überhaupt nicht zu konfirmiren. Der Junge muß aber, auch wenn er nicht konfirmirt iſt, mit vollendetem 16. Lebensjahre aus der Schule entlaſſen werden.

**Abonnent vom Schulterblatt.** 1) Wenden Sie ſich an den Brandmeiſter in einer der Feuerwachen. 2) Trambahn: Große Gärtnerſtraße 102 in Altona; Straßenbahn: Stadthausbrücke 11.

**Abonnentin, Wilhelmsburg.** Sie müſſen warten bis 2. Mai (dem nächſten Stichtag). Haben die Leute dann nicht bezahlt, dann müſſen Sie auf Zahlung und Ausſetzung klagen und beantragen, daß das Urtheil ſofort rechtskräftig erklärt wird. Vielleicht hilft Einigung in Güte; nehmen Sie aber Zeugen mit oder laſſen Sie ſich ein etwaiges Zugeſtändniß ſchriftlich geben.

## Angeordnete Aufgebote.

### Standesamt Nr. 1.

Chriſtoph Auguſt Theodor Frucht mit Catharina Margareta Louiſe Feddern. — Otto Heinrich Wilhelm Friedrich Miekow mit Anna Hermine Auguſte Hollmann. — Hinrich Friedrich Hugo Wulff mit Eliſabeth Chriſtine Emma Diederichs. — Friedrich Johann Chriſtian Fienke mit Friedericke Wilhelmine Johanna Chriſtine Bunners. — Carl Heinrich Moeller mit Eliſabeth Henriette Krapp. — Heinrich Reinhold Mücke mit Martha Catharina Czerwinski. — Johann Heinrich Chriſtoph Conſtantin mit Anna Marie Eliſabeth Meyer. — Richard Heinrich Adolf Eberlin mit Magdalena Maria Sophia Eliſabeth Pohlmann. — Alfred Heinrich Rudolf Hellge mit Erneſtine Johanna Wilhelmine Drebelow. — Johann Cordt Hinrich Behrens mit Maria Eliſabe, geb. Thies, verw. Jebſen. — Georg Ludwig Schnepel mit Mathilde Friedrike Sofie Beeſe. — Johann Carl Wilhelm Frenz mit Luiſe Auguſte Dorothee Ernſt.

### Standesamt Nr. 2.

Ernſt Emil Karl Thiel mit Anſelma Os. — Carl Julius Weber mit Catharine Maria Dorothea Backhaus. — Eduard Chriſtian Heinrich Jahnens mit Maria Geſa Friederike Braunn. — Johannes Ottomar Jankewitz mit Louiſe Othilda Friederike, geb. Wetzel, verw. Judenberg. — Carl Heinrich Ernſt Lindhorſt mit Ingeburg Auguſte Sophie Fedderſen.

### Standesamt Nr. 3.

Julius Heinrich Friedrich Ingwerſen mit Maria Dorothea Eliſabeth Sommer. — Albert Karl Johannes Dunſt mit Charlotte Wilhelmine Marie Dudy. — Johann Georg Krauſs mit Henriette Charlotte Martha Schulz.

Hamburg, den 24. März 1898.

### Standesamt Nr. 19.

Auguſt Friedrich Adolph Bunte mit Anne Marie Carſtens.

Fuhlsbüttel b. Hamburg, den 23. März 1898.

### Standesamt Nr. 20.

Ferdinand Friedrich Patze mit Elsbeth Martha Liere.

Hamburg, den 24. März 1898.

### Standesamt Nr. 21.

Karl Emil Girrbach mitt Emma Lütje. — Claus Johann Sick mit Johanne Maria Schütt. — Karl Otto Barth mit Emma Marie Schulz. — Emil Ernſt John Julius Rademacher mit Eliſe Maria Wilhelmine Beuck. — John Emil Strohm mit Johanna Wilhelmine Neubert. — Herrmann Friedrich Brunnenberg mit Brigitte Caroline Kuſs.

### Standesamt Nr. 22.

Karl Ernſt Pannwitz mit Anna Emilie Glaeſer.

Hamburg, den 23. März 1898.

## Auktionen.

26. März.

10 Uhr: Dammthorſtr. 32, Kammgarn, Buckſkins, Mobilien, 1 Uhr: 1 Geweihſammlung, Piano, Geldſchrank, Kiſtenkarre, 1 kompl. Fettwaaren-Inventar ꝛc. (Herm. Cohn).
10 „ Admiralitätſtraße 3, Pfänder (Gerichtsv.).
10 „ St. Georg, Bergſtraße 24, Mobilien, 11 Uhr: 1 Brockhaus- und 1 Meyer-Lexikon, diverſe Sachen und Waaren, Hausſtandsſachen ꝛc. (Gerichtsv.).
10 „ Kl. Reichenſtraße 17, Kleiderſtoffe (Landjunk).
10½ „ Steindamm 146, Möbel- und Bettengeſch. (H. Carlſen).
11 „ St. Pauli, Neuer Pferdemarkt 18, Arbeitspferde, Geſchirre, Wagen (S. S. Meyer).

## Meteorologiſche Beobachtungen.

W. Campbell u. Ko. Nachfolger.
Hamburg, 25. März, 12 Uhr Mittags.

| Thermometer (° C) Mittags | Maxim. | Minim. | Barom. (mm) | Wind | Atmoſph. |
|---|---|---|---|---|---|
| + 3,5 | + 5,0 | + 0,5 | 761,0 | NO | bedeckt |

**Eintritt der Fluth und Ebbe in Hamburg**
am 26. März:
Fluth: 3 Uhr 15 Min. | Ebbe: 7 Uhr 45 Min.

**Waſſerſtand der Oberelbe.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Bei Auſſig | 24. | März | + 1,76 m. |
| „ Dresden | 24. | „ | + 0,56 m. |
| „ Barby | 24. | „ | + 3,14 m. |
| „ Magdeburg | 24. | „ | + 3,50 m. |
| „ Wittenberge | 24. | „ | + 3,38 m. |
| „ Dömitz | 23. | „ | + 2,60 m. |
| „ Lauenburg | 24. | „ | + 2,64 m. |

**Allgemeine Prognoſen der Wetterkarten der Seewarte.**
Am 26. März:
Nordweſtdeutſchland: Etwas kälteres, vorwiegend trübes Wetter mit Niederſchlägen und ſtarken, ſtellenweiſe ſtürmiſchen, meiſt nordöſtlichen Winden.

## Anzeigen.

(Für den Anzeigentheil iſt die **Redaktion** dem Publikum nicht verantwortlich.)

Am 24. März, Nachm. 4 Uhr, entſchlief ſanft nach ſchweren Leiden meine innigſt geliebte Frau

**Eduine Albrecht,**
geb. **Lüke,**
im 29. Lebensjahre.
Tiefbetrauert von ihrem
**Gatten, Eltern u. Geſchwiſtern.**

Beerdigung: Sonntag, 27. März, Nachm. 2 Uhr, vom Sterbehauſe, 1. Friedrichſtr. 13, I., St. Pauli.

### Todes-Anzeige.

Am 24. März verſchied nach langen, ſchweren Leiden meine innigſt geliebte Frau und meiner Kinder liebevolle Mutter

**Elise Hintz, geb. Loges.**
Tief betrauert von ihrem
**Gatten und Kindern.**

Beerdigung am Sonntag, 27. d. M., Nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehauſe, Gr. Karlſtr. 57, Ottenſen.

### Danksagung.

Hiermit ſagen wir allen Freunden und Bekannten für die Betheiligung und Kranzſpende bei der Beerdigung unſerer lieben Mutter **Amalie Schmidt** unſeren herzlichſten Dank.

Wandsbek, 25. März 1898.
**Die Hinterbliebenen.**

### Arbeitsmarkt

**Rockſchneider f. Platz bek. Poolſtr. 7, 4.**

**Geſucht Korbmacher auf Rohrarbeit. Hammerbrookſtr. 48.**

**Geſ. Schuhmacher auf mittlere Arbeit. Altona, Gr. Elbſtr. 54.**

Geſ. Schuhmacher a. gen. Herrenarb. Dauernde Beſchäftigung. Altona, Stuhlmannſtr. 9, pt. r.

Geſ. Schuhmacher a. Repar. Altona, Adlerſtr. 6.

**Geſ. ein tüchtiger Schloſſer auf Herde. Ofenfabrik, Spitalerſtr. 36.**

**Geſucht eine ſaubere Morgenfrau. Theodor Quast, Gr. Michaelisſtr. 32.**

Geſucht zu Oſtern ein **Lehrling** für meine Feilenhauerei unter günſtigen Bedingungen.
**Ad. Hilbert, Heide i. Holſt.**

Geſ. gebt. Z.-A. a. ſchr. F. 10, 15. Gählerſtr. 28, H. 1, 1.

**Rohtabak-Lager**
**Alois Doutiné,** Lornſenſtr. 29, pt. r., **Alt.**

### Vermiethungen

**Ein leeres Vorderzimmer**
inkluſive Bedienung, Kaffee ꝛc., in der Stadt oder in einem der nahegelegenen ehemaligen Vororte, wird ſpäteſtens zum 1. Mai von einem einzelnen Herrn geſucht. Offerten mit Preisangabe werden unter **„E. F., Hamburg“** an die Redaktion des „Hamb. Echo“ erbeten.

**Etagen,** 3 Zimmer, M. 245—285. **Amandaſtr. 48.**

**Bildungsverein f. Arbeiter.**
**Böhmkenstrasse 4.**

Am 4. April beginnen neue Unterrichtskurſe f. deutſche, engliſche, franzöſiſche, **däniſche, ſpaniſche, ruſſiſche** u. **portugieſiſche** Sprache, deutſchen Aufſatz, Korreſpondenz, gewerbliche und kaufmänniſche Buchführung, Schreiben, Stenographie (Einheitsſyſtem), Rechnen, Raumberechnung, Geometrie, Algebra, **Elektrotechnik,** Zeichnen, Singen u. Turnen. Für deutſche, franzöſiſche u. engliſche Sprache werden außer den **Abendklaſſen** auch **Nachmittagsklaſſen** von 2—4 Uhr eingerichtet. Eintritt 50 ₰, monatlicher Beitrag 75 ₰. Eine für **ein** Fach und das Halbjahr gültige Unterrichtskarte M. 3, für Elektrotechnik M. 6, für jedes weitere Fach halbjährlich M. 1,50 extra. Beitrag für das Knabenturnen vierteljährlich M. 1,50, für Brüder M. 1. Singen und Turnen für Erwachſene **frei. Anmeldungen** vom 25. März ab Abends zwiſchen 8 und 10 Uhr.

**Künstliche Zähne, per Zahn**
Ganze Gebiſſe M. 50, 6 J. Gar. **M. 2,** Plomb., Zahnziehen ſchmerzl.
**Charly v. Bargen's Zahn-Atelier, Steinſtr. 42.**

**Tischdecken,** Stück M. 1,50, 2, 3 bis M. 10.
**Kleiderstoffe,** Mtr. 80 ₰ an, reine Wolle.
**F. H. Wiebrecht,**
**Altona, Große Johannisſtraße 64.**

**Für Wagenlackirer.**
Meine **Wagenlackir-Anſtalt,** allein am Platze, will ich Umſtände halber **ſofort vermiethen oder verkaufen.**
**Ludwigsluſt. H. Senger.**

An die
**Mitglieder der drei Sozialdemokratiſchen Vereine Hamburgs.**

Nachſtehend die Adreſſen der für dieſes Jahr amtirenden Neunerkommiſſionsmitglieder:

I. Wahlkreis: B. Kohn, Woltmannſtraße 15, I.
„ H. Kauke, Hammerlandſtraße 220, pt.
„ F. Ludwigs, Roſenſtraße 18, pt.
II. Wahlkreis: J. Sältz, Gr. Bäckergang 89, pt.
„ G. Hartmann, 1. Friedrichſtraße 17, Haus 4, I.
„ W. Kohlig, Jägerſtraße 34, Keller.
III. Wahlkreis: H. Lorenz, Heitmannſtraße 38, pt.
„ H. Ostfeld, Billhorner Röhrendamm 113, Keller.
„ Kimmel, Hofweg 64.

**Vorſitzender der Kommiſſion iſt H. Kauke und Schriftführer H. Ostfeld.**

**A. M. Polack & Co.,**
Herren-Garderoben-Magazin.
63 Hütten. **Konfirmanden-Anzüge** 63 Hütten.
in grosser Auswahl zu besonders billigen Preisen.

**Asthma**
**(Athemnoth)** findet ſchnelle und ſichere Linderung beim Gebrauch von **Dr. Lindenmeyers Salus-Bonbons.** In Beuteln à 25 u. 50 ₰, ſowie in Schachteln à M. 1 in den Haupt-Niederlagen: Kohlhöfen-Apotheke, 25 Kohlhöfen; Reichsadler-Apotheke, 61 Steinſtraße; Apotheke **A. Dreesen,** Röhrendamm 250, ſowie in den meiſten hieſigen Apotheken.

**Knackstedt & Näther**
Photographen,
Grosse Bleichen 30.
Uhlenhorst, Hofweg 50.
Eppendorfer Landstrasse 190.
Cuxhaven, Deichstr. 17.
12 Kabinets M. 10 und 12.
12 Visites M. 4,50 und 6,—.
Sonntags den ganzen Tag geöffnet.

**Nähmaſchine,** Syſtem Ringſchiffchen, f. M. 18 z. verk. Karl Theodorſtr. 5, K. I.

**Betten,**
Daunen, Federn,
Bettſtellen,
Matratzen
in allen Preislagen.
Ständige Ausſtellung
kompleter Betten.
**Philipp von Halle,**
Schweinemarkt 31/32,
Ecke der Spitalerſtraße.

**Bruchbänder,** tadelloſer Sitz, ſolide Preiſe.
**C. Bewig,** Bandagiſt, Altona, Königſtr. 71.

**Konfirmanden-Anzüge**
in allen Grössen vorräthig.
**Philipp Hess,**
Herrengarderoben-Geschäft. ◦ Neuer Steinweg 11.

**Nothgedrungen**
müſſen unſere **koloſſalen Läger geräumt** werden, um für die täglich eintreffenden Waaren Platz zu ſchaffen; daher bietet ſich für **Jedermann eine ſelten günſtige Gelegenheit,** ſeinen Bedarf an **eleganten, gut ſitzenden** und **dauerhaften Garderoben** zu **ſpottbilligen Preiſen** zu decken, da wir dieſelben, um eine möglichſt ſchnelle Räumung zu erzielen, im Preiſe ganz erheblich herabgeſetzt haben.

**Herren-Anzüge,** in ſchönen Muſtern ... von M. 7,50 an.
**Herren-Anzüge,** in Cheviot ... von M. 8,50 an.
**Herren-Anzüge,** Rockfaçon ... von M. 18,00 an.
**Herren-Paletots,** Cheviot, alle Farben ... von M. 9,00 an.
**Herren-Paletots,** Satin, alle Farben ... von M. 12,00 an.
**Herren-Paletots,** Kammgarn, alle Farben ... von M. 15,00 an.
**Herren-Pelerinen-Mäntel** ... von M. 8,00 an.
**Herren-Hohenzollern-Mäntel,** Tuchſtoffe ... von M. 12,00 an.
**Herren-Hosen,** ſchöne Muſter ... von M. 1,80 an.
**Herren-Hosen,** in großer Auswahl ... von M. 2,50 an.
**Burschen-Anzüge,** in verſchiedenen Stoffen ... von M. 4,00 an.
**Knaben-Anzüge und Mäntel** ... von M. 3,00 an.
**Knaben-Hosen,** in Cheviot und Trikot ... von M. —,60 an.
**Schlafröcke,** in größter Auswahl ... von M. 7,50 an.

**Konfirmanden-Anzüge** von M. 5 an.
Bei Einkauf eines Konfirmanden-Anzuges
**1 Konfirmanden-Hut gratis!**

**Kaufhaus Germania**
Stadthausbrücke 15. Steindamm 108.

# Vorläufige Anzeige!

Einem geehrten Publikum von **Hammerbrook** und **Umgegend** die ergebene Mittheilung, daß ich am

**Sonnabend, den 26. d. M.,**

**Banksstrasse 80/84**

ein

## Herren- u. Knaben-Garderoben-Magazin

verbunden mit ſämmtlichen Arbeiterartikeln,

eröffne. Achtungsvoll

Grosse Auswahl. — Billige Preise.
Koulante Bedienung.

**S. Schenk,**
Hammerbrook, Bankſtr. 80/84.

---

Reizende Neuheiten!

## Konfirmations-Geschenke

in anerkannt reichhaltigster Auswahl zu mässigsten Preisen.

**Silberne Brochen** schon von **60** ₰ an.

**W. Mahnke, Juwelier, Niedernstr. 6 u. 7.**

Silberne Damen- u. Herren-**Remontoir-Uhren,** 8steinig, 2 Jahre schriftl. Garantie, schon von ℳ **10** an.

**Granatwaaren, Korallenwaaren.**

Gegründet 1848. * * Fernsprecher I, 4802.

Eigene Werkstellen im Hause.

Reizende Neuheiten!

---

**Leinen- und Manufakturwaaren, Betten- und Wäsche-Fabrik**
von
**R. Button,**
**Hamburgerſtraße Nr. 208/210, Barmbek.**

Billigſter Verkauf
**guter Waaren für Arbeiter,**
als: Arbeitskittel, Hemden und Hoſen.
Guter Zuſchnitt!! Gute Waare!!
Damen-Wäſche in allen Preiſen.
**Bettwaaren und Gardinen**
in enormer Auswahl.
**Beſonders Arbeiterfamilien empfohlen!!!**

---

*Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig.*

Vollständig erschien soeben:

## Meyers Konversations-Lexikon.

*Fünfte, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage.*

Mehr als 147,100 Artikel und Verweisungen auf 18,100 Seiten Text mit mehr als 10,500 Abbildungen, Karten und Plänen im Text und auf 1088 Tafeln, darunter 164 Farbendrucktafeln und 286 Kartenbeilagen.

***17 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.***

**Meyers Konversations-Lexikon ist das anerkannt neueste, reichhaltigste, bedeutendste und verbreitetste Werk seiner Art.**

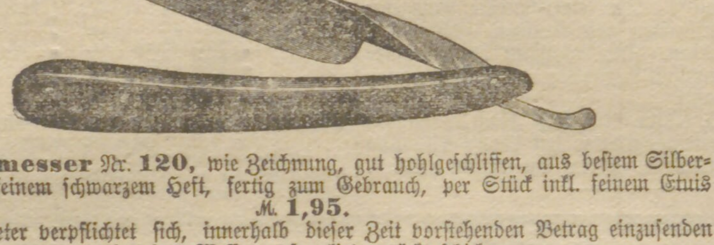
*Der reich illustrierte Verlags-Katalog des Bibliographischen Instituts in Leipzig steht kostenfrei zu Diensten.*

---

Bitte ausſchneiden und einſenden!

Die Firma **Gustav Gondrom** in **Solingen** ſendet dem Einſender dieſer Annonce auf Wunſch portofrei

**8 Tage zur Probe:**



**Fabrikation u. Versandt.**

**Solinger Stahlwaaren und Optik.**

**1 Rasirmesser** Nr. **120,** wie Zeichnung, gut hohlgeſchliffen, aus beſtem Silberſtahl, mit feinem ſchwarzem Heft, fertig zum Gebrauch, per Stück inkl. feinem Etuis ℳ **1,95.**

Unterzeichneter verpflichtet ſich, innerhalb dieſer Zeit vorſtehenden Betrag einzuſenden oder das Meſſer unfrankirt zurückzuſchicken.

**Name (bitte recht leserlich):** .................... **Wohnort u. Poststation (bitte recht deutlich):** ....................

**Umsonst** und portofrei verſende an Jedermann meinen reichhaltig illuſtrirten **Prachtkatalog** über ſämmtliche **Solinger Stahlwaaren,** wie Taſchenmeſſer, Tiſchmeſſer und Gabeln, Raſirmeſſer und Scheeren, ferner **Fernrohre, Feldstecher, Operngucker etc. etc.** in allen Preislagen.

**Risiko ausgeschlossen.**

---

# Konfirmanden-Anzüge

**von ℳ 5 an bis zu den feinſten.**

| | |
|---|---|
| **Konfirmanden-Anzüge, Cheviot** . . . . . . | ℳ 8. |
| **Konfirmanden-Anzüge, Kammgarn** . . . . | ℳ 10. |
| **Konfirmanden-Anzüge, wie beſtellt** . . . . | ℳ 13. |

**Bei Einkauf eines Konfirmanden-Anzuges 1 Konfirmandenhut gratis.**

**Fortſetzung des enorm billigen Verkaufs!**
**In großen Poſten ſind noch vorräthig:**

| | |
|---|---|
| **Herren-Jacket-Anzüge** . . . . . . . | à ℳ 7 u. 9 |
| **Herren-Kammgarn-Anzüge** . . . . | à ℳ 12 u. 13 |
| **Herren-Nouveauté-Anzüge** . . . | à ℳ 14 u. 15 |
| **Herren-Paletots** . . . . . . . . . . . . | à ℳ 6 u. 8 |
| **Herren-Nouveauté-Paletots** . . . | à ℳ 10 u. 12 |
| **Starke Herren-Hoſen** . . . . . . . . | à ℳ 1 u. 2 |
| **Herren-Jackets** . . . . . . . . . . . . | à ℳ 2 u. 3 |
| **Jünglings-Anzüge** . . . . . . . . . | à ℳ 4 u. 5 |
| **Knaben-Anzüge** . . . . . . . . . . | à ℳ 1,50 u. 2 |
| **Rock-Anzüge, Kammgarn** . . . . . . . . | à ℳ 15 |
| **Gehrock-Anzüge, Kammgarn** . . . . . . | à ℳ 20 |

**Ladenpreis viel mehr.**

Nur

## Goldne Neun,

**9 Graskeller 9, Ecke Rödingsmarkt.**

**Frack-Verleih-Inſtitut. — Schwarze Anzüge leihweiſe.**
**Spezialität: Kellner-Garderobe.**

---

**Altona,**
Reichenstrasse 1-5,
am Nobisthor.

Vereinigte Damen-Mäntel-Fabriken

## Wallbruch & Co.

**Hamburg,**
Schulterblatt 128,
vis-à-vis Belle-Alliance.

**Wir empfehlen in grosser Auswahl zu bekannt billigsten Preisen:**

**Regenmäntel** mit dreitheiligem Kragen in allen Farben, aus erprobten Stoffen, beste Verarbeitung, 8 ℳ, 10 ℳ, Frauenmäntel mit abnehmbarem Kragen **10** ℳ, **12** ℳ, **15** ℳ, auch in schottisch karrirten Stoffen. **Jackets** in allen Farben, offen, geschlossen und neueste Blousen-Façons **5** ℳ, **8** ℳ, **10** ℳ, mit Seide gefüttert **12** ℳ, **15** ℳ, **Sammet, Moirée, Seiden-Crêpon** und neueste **Fantasie-Kragen** mit Seide gefüttert von **5** ℳ an. **Modelle** in **Kragen** und **Jackets in bekannt schönstem Geschmack** von **15** ℳ an. **Wasserdichte Staubmäntel** von **6,50** ℳ an. **Gummimäntel** in den neuesten Dessins von **7,50** ℳ an. **Costumes, Rock und Jacket, 7,50** ℳ, **10** ℳ, **15** ℳ **Frauen-Kragen,** anschliessend und lose, **60 cm.** lang, von **7,50** ℳ an. **Konfirmations-Kragen** von **2** ℳ an. **Costumes-Röcke** von 4 ℳ an, ganz gefüttert.

**Jeder Gegenstand wird aus dem Fenster verkauft.**

---

# Alle Schuhmacher todt zu machen

iſt durchaus nicht meine Abſicht, aber meine verehrten Kunden reell, billig und höflich zu bedienen, auf jeden Fall meine Pflicht. Soeben von meiner Reiſe von Frankfurt a. M. retournirt, habe daſelbſt einen großen Poſten **Schuhwaaren** eingekauft, hauptſächlich

**feine Herren-Schnürſtiefel und -Schuhe, ſtarke Arbeitsſtiefel**

und auch einen großen Poſten

## Konfirmanden-Stiefel

zu ſolch **billigen Preiſen,** wie ſie am hieſigen Platze Keiner anzubieten vermag. **Daß ich das größte Lager in Hamburg-Altona habe, glaubt kein Menſch, und die Preiſe am allerbilligſten ſind, das macht die Ueberzeugung wahr.**

**J. W. Meyer,** Partiewaaren-Schuhlager,
Altona, Große Johannisſtraße 43, im eigenen Hauſe.

---

### Für den Unterſtützungs-Fonds der Heilſtätte für unbemittelte Tuberkuloſe-Kranke in Geeſthacht

| | |
|---|---|
| den Brutto-Ertrag einer Prüfungs-Aufführung der Schülerinnen von Fräulein **Fanny Oppenheim** am 14. März im Logenhauſe mit ........... | ℳ 1360,— |
| von Frau **Johannes Soltau Wwe.** ..................... | „ 50,— |
| von Herrn **H. E. Benſe** ..................... | „ 200,— |

empfangen zu haben, beſcheinigt mit herzlichſtem Dank und iſt zur Entgegennahme weiterer Beiträge für den obigen Zweck mit Freuden bereit.

**Bank-Konto:**
**Filiale der Deutſchen Bank**
**für Heilſtätte Geeſthacht.**

**Für die Heilſtätte Geeſthacht:**
**F. A. Riege,**
z. Z. Kaſſirer.

---

# Konfirmanden-

## Schuhe und Stiefel

für

**Mädchen und Knaben**

kauft man in grosser Auswahl

**am besten und billigsten**

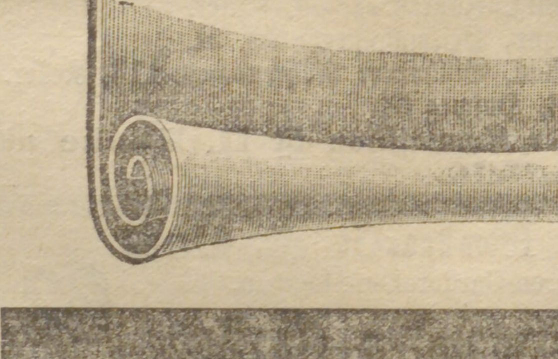
in der

## Schuh-Bazar-Vereinigung

**Aug. Theodor Werner,**
Hamburg,
Stadthausbrücke No. 11/13,
St. Georg, Steindamm No. 74,
Eimsbütteler Chaussee No. 21,
Grindelallee No. 146a.

**Enorm billige Preise.**

---



**J. H. Riebesell,**
Steindamm 87,
Ecke Bergſtraße.

# Butter

iſt **billiger** geworden.
Feinſte Meierei-Butter ℳ 1,
beſte Margarine Pfd. 50 ₰,
Schweineſchmalz Pfd. 35 ₰.
Täglich friſche Hannov. Eier, 25 und 30 Stück für ℳ 1,20.

---

**Heute, Sonnabend, den 26. März:**

## 2. Stiftungsfest

des

## Arbeiter-Radfahrer-Vereins „Solidarität“

verbunden mit

**Ball, komisch. Vorträgen, Kunst- und Reigenfahren,**
im **„Engl. Tivoli“,** Kirchenallee 41, St. Georg. Anfang 8 Uhr.

Hierzu ladet ergebenſt ein
**Das Festkomite.**

---

Wo kauft man die besten und billigsten neuen und gebrauchten **Mobilien?**
Bei **J. Lewald,** 2. Elbstrasse 16.

---

**Hohe Preiſe**
für getrag. Herren-, Damen- u. Kindergard. zahlt Frau **Schwarz, Bartelsſtr. 47.** Poſtk. gen.

---

**Wm. Leifermann,** Stadthausbr. 19—21.
Nähmaſch. **aller** Syſteme. N. hocharm. Tretmaſch. v. ℳ 42, N. Handnähmaſchinen v. ℳ **25.** gebr. Maſchinen v. ℳ **10** an. **General-Vertretung** d. a. Welt- u. Fachausſtellungen **höchſt** prämiirt. **Victoria- u. Meißen-Nähmaſchinen.** K. Reiſ. 5 Jahre Garantie. Abzahlung v. ℳ **1,50** an.

---

**Konfirmanden-Anzüge, ſchwarze Kleiderſtoffe auf Abzahlung.**
**Steinſtraße 117, 1. Et.**

---

**Ia Engl. Leder-Hosen,**
ſowie ſämmtliche **Arbeiter-Artikel,** nur eigene Anfertigung, empfiehlt zu bill. Preiſen
**Röhrendamm 100. Ph. Daltrop.**

---

**Eleg.** Hausſt. ℳ 190, 2 Plüſchgarn. ſpottb.
Konventſtraße 28, I., b. Vize.

---

**Pflanzkartoffeln, Schalotten, Gemüſe-, Blumen-, Gras-Samen**
in bekannter vorzüglicher Qualität.
**Dünger** für Garten und Land.
**P. A. Fiedler, Samenhandlung,**
**19** Wandsb. Chauſſee **19,** Conventſtr. gegenüb.

---

Man achte auf die Schutzmarke!

C. Brady

Schutzmarke.

# Maria-zeller Magen-Tropfen,

vortrefflich wirkend bei **Krankheiten des Magens,** ſind ein

**Unentbehrliches altbekanntes Haus- und Volksmittel.**

Die **Mariazeller Magen-Tropfen** haben ſich ſeit vielen Jahren auf das Beſte bewährt, was Hunderte von Zeugniſſen beſtätigen. Preis à Flaſche ſammt Gebrauchsanweiſung 80 ₰, Doppelflaſche ℳ 1,40. Zentral-Verſand durch Apotheker **Carl Brady, Apotheke z. „König von Ungarn“, Wien I,** Fleiſchmarkt, vormals Apotheke zum „Schutzengel“, Kremſier, Mähren.

**Man bitte die Schutzmarke und Unterſchrift zu beachten.**

Die **Mariazeller Magen-Tropfen** ſind echt zu haben in

**Hamburg und Umgegend, Altona und Ottensen in allen Apotheken;**

in **Pinneberg:** Apoth. **Schönemann;** in **Helgoland:** in der Apotheke.

**Vorſchrift:** Aloë 15,00 Zimmtrinde, Korianderſamen, Fenchelſamen, Aniſſamen, Myrrha, Sandelholz, Kalmuswurzel, Zittwerwurzel, Enzianwurzel, Rhabarbara, von jedem 1,75. Weingeiſt 60% — 750,00.

Alle dieſe Spezies werden grob zerkleinert und 8 Tage hindurch in **750 gr** 50%igen Weingeiſt bei öfterem Umrühren digerirt (ausgelaugt) und ſodann filtrirt.

---

**Kautabak.**
**2** Rollen **15** ₰.
**8** do. (mittel) **55** ₰.
**Ad. Mehmel, Dovenfleet 49.**

---

**Tabak-, Zigarren- und Zeitungsgeſchäft**
**Hugo Schneider, Mattentwiete 16.**

---

**Zentral-Verein deutſcher Former und Berufsgenoſſen.**
**Zahlſtelle Altona-Ottenſen.**
**Sonnabend, 26. März 1898:**

## 1. Stiftungsfest mit Ball

im **Ottenſener Geſellſchaftshaus „Thalia“,**
**Bahrenfelderſtraße 134.**
**Anfang 8½ Uhr.**
Um zahlreiche Betheiligung bittet
**Das Fest-Komite.**

---

**Echten Bremer Schwarzen,**
Pfd. ℳ 1,20, Händl. Pfd. od. 24 Düt. ℳ **1.**
**Ad. Mehmel, Dovenfleet 49.**

---

**C. Kohz,** Zigarren-Geſchäft, Hamburgerſtr. **93.**

---

**Bitte Mama!**
würze deinen Braten mit **„Allerlei“,** das ist ein neues pikantes Fleisch- und Fischgewürz, das schmeckt so gut.
à Packet kostet nur 10 ₰. Ueberall käuflich.
Alleiniger Erzeuger
**E. Hagenmüller, Hartha i. S.**

---

**Meiereibutter,** allerfeinſte, jetzt ℔ **105** ₰, **Mohr'ſche Süßrahm-Margarine,** unübertreffbar, ℔ **45** u. **55** ₰, kleine Schinken, delikat, i. G. ℔ **60** ₰. **Täglich friſche Eier,** prima, **28** und **30** Stück ℳ **1,20.**
**Niedernſtr., zur goldenen Nr. 10.**

---

**ff. Kräuter-Dampf-Pries-Hansa-Bitters und Tafelweine etc. Alstertwiete 19.**

---

**Dicke Flohmen pr. Pfd. 40 ₰**
**Schweinenieren pr. Pfd. 30 ₰**
**Pökel-Schweinefleiſch pr. Pfd. 50 ₰**
**ger. Schweinsköpfe pr. Pfd. 40 ₰.**
**Schaub & Co., Pinnasberg 41, St. P. und Hansaplatz 5, St. Georg.**

---

**Gebrannter**

# Kaffee,

**kräftig und aromatiſch,**
**pro Pfund ℳ 1.**
**Feiner Santos Pfd. 80 ₰.**

**Kaffee-Rösterei**
**C. Retelsdorf.**
**St. Georg,** Steindamm 64,
**Hamburg,** Schlachterſtraße 29,
**St. Pauli,** Wilhelmsplatz 9,
**Eimsbütteler Chauſſee 25,**
**Wandsbek,** Lübeckerſtraße 162,
**Altona,** Gr. Johannisſtr. 83 a.

---

**Fleischkochanstalt.**
**Nächſter Verkauf am Sonnabend, den 26. und Dienstag, den 29. März, Vormittags 8 Uhr. Die Verwaltung.**

---

**St. Pauli.**
**Grosse Bierhallen.**
**Bei freiem Entree.**
**Täglich 2 Vorführungen.**
**Lebende Photographien.**
**Gr. Konzert.** Muſikdirektor **Ehrike.**

---

# Theater.

Sonnabend, den 26. März:

**Stadt-Theater.** **Die luſtigen Weiber von Windſor,** Oper mit Ballet in 3 Akten, von Nicolai. Hierauf: **Coppelia,** Ballet in 2 Abthl., von Delibes. Mittel-Preiſe. Anfang 7½ Uhr.

**Thalia-Theater.** **Drittes Gaſtſpiel des Frl. Thea Göhrs** von Berlin. **Zu ermäßigten Preiſen. Madame Sans-Gêne,** Luſtſpiel in 4 Akten, von Sardou. Anfang 7 Uhr.

**Altonaer Stadt-Theater.** Zum 3. Male: **Johannes,** Tragödie in 5 Akten und 1 Vorſpiel, von Hermann Sudermann. Mittel-Preiſe. Anfang 7 Uhr.

**Carl Schultze-Theater.** Sonnabend, 26. März. Anfang 7½ Uhr (Dtzb. ung.). **Zu erhöhten Preiſen:** **Letztes Gaſtſpiel der engliſchen Geſellſchaft vom Lyceum-Theater in London** unter Dir. des Mr. **Forbes Robertson und Mitwirkung der Mrs. Campbell. The second Mrs. Tanqueray,** Play in 4 acts, by Pinero. — Sonntag Nachmittag **3** Uhr: **Jungfrau von Belleville.** Abends **7** Uhr: **Der erſte Karneval,** lyriſches Mimodrama in 1 Akt unt. **perſönlicher Leitung des Dichter-Komponiſten Prof. Henri Bereny.** Vorher: **Gaſtſpiel des Frl. Andrée v. Lindentheater in Berlin: Fledermaus.**

**Ernst Drucker-Theater.** Sonnabend: **Gr. Volksvorſtellung.** (Kinder 10, 20, 30, 50 ₰.) **Gr. Erinnerungsfeier der Erhebung Schleswig-Holſteins im Jahre 1848.** Anfang 7½ Uhr.

Sonntag, den 27. März:

**Stadt-Theater.** Mittags **1** Uhr: Bei ermäßigten Preiſen. **Wilhelm Tell,** Schauſpiel in 5 Akten, von Schiller. — **Abend-Vorſtellung.** Anfang **7** Uhr **Die Königin von Saba,** Oper mit Ballet in 4 Akten, von Goldmark. Große Preiſe.

**Thalia-Theater.** Nachmittags **3** Uhr: **Viertes Gaſtſpiel des Frl. Thea Göhrs** von Berlin. Zu ermäßigten Preiſen. **Mein Leopold,** Volksſtück mit Geſang in 3 Akten, v. L'Arronge. Muſik von Bial. — Abends **7** Uhr: **Letztes Gaſtſpiel des Frl. Thea Göhrs. Fritzchen und Lieschen,** muſikaliſches Genrebild in 1 Akt, von Henrion. Muſik von Offenbach. Hierauf: **Sie weint,** Luſtſpiel in 1 Akt, von Sileſius. Hierauf folgt: **Bei Waſſer und Brot,** dramatiſcher Scherz mit Geſang in 1 Akt, von Jacobſen. Muſik v. Röder. Zum Schluß: **Guten Morgen, Herr Fiſcher!** Vaudeville-Burleske in 1 Akt, v. Friedrich. Muſik von Stiegmann.

**Altonaer Stadt-Theater.** **Fritzchen,** Drama in 1 Akt, von Sudermann. Hierauf, zum 3. Male: **Das neue Ghetto,** Schauſpiel in 4 Akten, von Herzl. Mittel-Preiſe. Anfang 7½ Uhr.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanſtalt Auer & Co. in Hamburg.

# Beilage zum Hamburger Echo Nr. 72.

Sonnabend, den 26. März 1898.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Große Theaterſtraße 44. — Verantwortlicher Redaktör: Guſtav Wabersky in Hamburg.

## Aus den Parlamentskommiſſionen.

**Die Reichstagskommiſſion für das Saccharingeſetz** trat am Donnerstag wieder zuſammen. Dr. Paaſche hat einen völlig umgearbeiteten Entwurf über den Verkehr mit künſtlichen Süßſtoffen vorgelegt, über den ſich eine ausgedehnte Generaldiskuſſion entwickelte. Die Vertreter der Regierung erklärten ſich mit der Tendenz dieſes Vorſchlages einverſtanden. Eine vom Abg. Schwarze (Z.) vorgelegte Reſolution, welche die Regelung der Frage bis zur nächſten Seſſion der Regierung anheimgeben wollte, fand nicht die Zuſtimmung der Mehrheit. Wurm wies darauf hin, daß ein Geſetz, das den Verbrauch verbietet, ſo lange ein Schlag in's Waſſer ſein werde, bis eine genügende Anzahl geeigneter Beamter die Nahrungsmittel-Kontrole ausübe; die Polizei reiche hierzu nicht aus. Gar ſo eilig ſei es auch gar nicht mit der Verfolgung des Saccharin; in der nächſten Seſſion komme ein Geſetzentwurf auch noch zurecht und könne dann ſorgfältiger vorbereitet und erwogen ſein. Der Regierungsvertreter erklärte, daß er glaube, es laſſe ſich auf Grund des Entwurfs von Paaſche ſchon in der Kommiſſion ein Geſetz ſchaffen. — In der nächſten Sitzung, am Dienstag, wird die Spezialberathung des Geſetzentwurfs begonnen.

**Die ſechste Kommiſſion des Reichstages** hat die zweite Leſung der Novelle zur Konkursordnung beendet, nachdem zwiſchen der Regierung und der Kommiſſion über die Frage des Zwangsvergleichs Uebereinſtimmung dahin erzielt war, daß ein ſolcher nicht ſtattfinden darf, wenn die Maſſe weniger als ein Fünftel der Schuldſumme beträgt. Zum Berichterſtatter für das Plenum iſt Abg. Baſſermann beſtellt.

## Arbeiterbewegung.

**Achtung, Schneider!** In Hadersleben ſind in mehreren Geſchäften Lohndifferenzen ausgebrochen. Um Fernhaltung des Zuzugs wird gebeten.

**In der Blechwaarenfabrik von Unger und Sohn in Braunſchweig** ſind am 24. d. M. ſämmtliche 76 dort beſchäftigten Arbeiter in den Ausſtand getreten. Verhandlungen mit dem Arbeitgeber haben noch zu keinem Reſultat geführt.

**Die Kupferſchmiede-Innung in Berlin** will die Forderung der Arbeiter ablehnen und iſt bereit, es auf einen Streik ankommen zu laſſen. Sie will mit der Lohnkommiſſion überhaupt nicht verhandeln, ſondern nur mit dem Geſellenausſchuß. Dieſer iſt mit der Forderung aber nicht an die Meiſter herangetreten. Es wird angeführt, daß es ganz unmöglich ſei, einen Minimal-Stundenlohn feſtzuſetzen. Zwar würde ein Durchſchnittslohn von ℳ 21 für den Geſellen angenommen, doch der eigentliche Verdienſt richte ſich immer nur nach der Leiſtungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters. Zuzug iſt bis zur Erledigung der Differenzen daher fernzuhalten.

**In der Fabrik der Saganer Wollſpinnerei und Weberei** iſt in Folge von Lohndifferenzen ein Streik ausgebrochen. Die Ausputzer, welche bei einem Stundenlohn von 17 ₰ wöchentlich ℳ 11 verdienten, ſtellten die Forderung, den Stundenlohn auf 20 ₰ zu erhöhen. Trotzdem die Meiſter, welche meiſtens Engländer ſind, Wochenlöhne bis über ℳ 100 erhalten, behauptet die Direktion, die geringe Forderung der Arbeiter nicht bewilligen zu können. Bis jetzt ſind durch dieſen Streik etwa 70 Perſonen betroffen. Da aber nunmehr ſämmtlichen Arbeitern gekündigt wurde, droht der Kampf ein ſchwerer zu werden.

**Sämmtliche Zimmerer von Ohrdruf, Gräfenhain, Crawinkel und Hohenkirchen** haben am 21. März einmüthig die Arbeit eingeſtellt. Betheiligt ſind 120 Mann. Die bisherigen Löhne ſchwankten bei 11- und 12ſtündiger Arbeitszeit zwiſchen 18 und 22 ₰. Gefordert wird 10ſtündige Arbeitszeit und 28 ₰ Minimallohn. Alle Verſuche, auf gütlichem Wege zum Ziele zu kommen, ſcheiterten an dem protzenhaften Verhalten der Unternehmer, indem dieſelben Verhandlungen von vornherein rundweg ablehnten.

**An dem Streik der Baumwollenweber in Mittweida i. S.** ſind 329 Perſonen betheiligt, darunter 59 verheirathete und 66 ledige Männer, 83 verheirathete und 121 ledige Frauen.

**In dem Ausſtand der Grubenarbeiter in Hänichen,** der hauptſächlich in Folge von Lohnforderungen entſtanden iſt, haben die betheiligten Arbeitgeber und Arbeiter das Freiberger Bergſchiedsgericht als Einigungsamt angerufen, das, da eine Vereinbarung zwiſchen den Parteien nicht zu Stande gekommen iſt, unter Vorſitz des Bergamts-Direktors Dr. Wahle folgenden Schiedsſpruch gefällt hat: 1) Der Schichtlohn iſt a. für Häuer auf ℳ 2,80 bis ℳ 3, b. für Lehrhäuer auf ℳ 2,40 bis ℳ 2,60, c. für Förderleute auf ℳ 2 bis ℳ 2,40 feſtzuſetzen. An den Beſtimmungen über das Verdingen der Arbeiten in der Arbeiterordnung für die Werke des Hänicher Steinkohlenbau-Vereins iſt nichts zu ändern. 2) Das Verfahren von Ueber-, Neben-, Bei-, Sonn- und Feiertagsſchichten ſoll nur geſtattet bezw. gefordert werden, wenn es zur Sicherung des Werkes oder der Belegſchaft nothwendig iſt. 3) Der Abſchluß jedes Monatsgedinges iſt den Betheiligten durch Anſchlag bekannt zu machen. 4) Der Arbeitgeber iſt berechtigt, jeden ausſtändigen Bergarbeiter, der ſich nicht bis ſpäteſtens den 23. März, Abends 8 Uhr, zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt hat, auf Grund der Beſtimmungen in § 80 Abſatz 2 unter a des Allgemeinen Berggeſetzes für das Königreich Sachſen vom 16. Juni 1868 zu entlaſſen. Die vorſtehenden Beſtimmungen unter 1 bis 3 haben vom 1. April 1898 in Kraft zu treten und ſind in die Arbeits-Ordnung aufzunehmen.

## Tages-Bericht.

### Aus Altona.

**„Wir wollen allezeit, wie die Gefallenen, unſere Pflicht gegen Gott und das Vaterland zu erfüllen ſuchen!"** Alſo ſprach Hauptpaſtor Paulſen geſtern am Grabe der gefallenen Märzkämpfer der Schleswig-Holſtein-Erhebung. — Möchte man doch immer die Einſicht bekunden, daß die „Vertheidigung der Nationalität gegen die Fremdherrſchaft" eine „Pflicht gegen Gott und das Vaterland" iſt. Von dieſer Einſicht iſt aber bei dem Kampf in Nordſchleswig gegen die Dänen, im Elſaß gegen die Franzoſen und in den weſtlichen Provinzen gegen die Polen nichts zu ſpüren. Da blaſen dieſelben Leute, die hier bei der Schleswig-Holſtein-Feier ſo ſchöne und ſalbungsvolle Reden von der „Pflicht gegen Gott und das Vaterland", von der „Vertheidigung der Nationalität", von dem „Abſchütteln der Fremdherrſchaft", von „nationalem Recht" u. dergl. gehalten haben, in ein ganz anderes Horn. Warum aber ſoll das, was bei den Schleswig-Holſteinern recht war, bei den Dänen, Franzoſen und Polen nicht billig ſein? Warum ſollen dieſe nicht das Recht und die Pflicht haben, für ihre Nationalität gegen die deutſche Fremdherrſchaft in's Feld zu ziehen, ebenſo wie die Schleswig-Holſteiner dereinſt gegen die däniſche Fremdherrſchaft in's Feld gezogen ſind, wofür ſie jetzt von Junker, Pfaff und Bourgeois gefeiert werden, von denſelben Leuten, die fortgeſetzt zum Kampf gegen die „ihre Pflicht gegen Gott und das Vaterland erfüllenden" Dänen, Polen und Franzoſen hetzen und ſchüren. Während man den Kampf der Schleswig-Holſteiner für ihre Nationalität nicht laut genug preiſen kann, tritt man jedem Verſuch der Polen, Dänen und Elſaß-Lothringer, die „Fremdherrſchaft abzuſchütteln", ihre „Nationalität und ihr nationales Recht zu vertheidigen", entgegen. — Erkläre mir, Graf Oerindur, dieſen Zwieſpalt der Natur!

**Einen Nothſchlachtraum** gedenkt die Stadt Altona in dem ſtädtiſchen Viehſchuppen an der Viehſtraße zu errichten. Die Beſchreibungen, Zeichnungen und Pläne dazu liegen im Stadtbauamt, Flottbeker Chauſſee 9, zu Jedermanns Einſicht aus. Einwendungen gegen dieſe Anlage ſind bei dem Stadtausſchuß in Kiel innerhalb 14 Tage anzubringen.

**Aus dem Zuchthauſe in's Zuchthaus.** Der Mechaniker Alfred Scheeſe, der bereits 16 Mal wegen Diebſtahls und anderen Eigenthumsvergehen vorbeſtraft iſt und erſt am 13. Februar aus dem Zuchthaus entlaſſen wurde, machte ſich bald darauf in einer Wirthſchaft mit einem Einjährig-Freiwilligen des 31. Regiments bekannt und benutzte die Gelegenheit, als dieſer für kurze Zeit den Wirthſchaftsraum verließ, ihm aus ſeinem Mantel ein Zigarrenetui und eine Uhr zu ſtehlen. Der Dieb wurde bald darauf ergriffen und angeklagt. Das hieſige Landgericht verurtheilte ihn in Berückſichtigung ſeiner vielen Vorſtrafen zu 3 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverluſt und Stellung unter Polizeiaufſicht.

**Soziales Elend.** Unter dieſer Stichmarke theilten wir am Sonntag mit, daß in Dockenhuden ein 6 Jahre alter Knabe umherirrend angetroffen ſei und angegeben habe, daß ſein Vater, ein Hafenarbeiter, lange arbeitslos und die Familie in die größte Noth gerathen ſei, ſo daß man ihn in ein Haus zum Betteln geſchickt habe. Wie uns mitgetheilt wird, iſt der Vater des Knaben, Strewe, ein feſtangeſtellter Beamter, der weder mit Sorgen zu kämpfen, noch ſeinen Sohn zum Betteln fortgeſchickt habe.

**Eine ſchwere Kopfwunde** zog ſich geſtern Abend am Schulterblatt ein unbekannter Mann zu, der von einem Krampfanfall heimgeſucht wurde und mit dem Kopf auf einen Kantſtein aufſchlug. Die Sanitätskolonne der Feuerwehr brachte den Verunglückten nach dem ſtädtiſchen Krankenhauſe.

**Seine Kinder verlaſſen** hat ein in der Kleinen Mühlenſtraße wohnhaft geweſener Arbeiter. Die Frau des Mannes iſt vor 10 Wochen geſtorben und ſeitdem hatte er mit ſeinen vier Söhnen im Alter von 2 bis 9 Jahren ſchlimme Tage durchzumachen. Er hatte keine Arbeit und wußte das zum Leben Nothwendige nicht herbeizuſchaffen. Wie er in einem Brief an ſeinen Hauswirth mittheilt, hofft er, daß es ſeinen Kindern beſſer ergehen wird, wenn er fort iſt. Wie man annimmt, hat er ſich nach Berlin gewendet. Die Kinder wurden der Verſorgungsanſtalt übergeben.

**Ueberfahren** wurde geſtern Abend in der Breitenſtraße ein Krämerburſche, als er die Straße überſchritt und einem Motorwagen auswich, von einer daherkommenden Droſchke. Ein Rad ging ihm über die Bruſt hinweg, wodurch er nicht unbedeutend gequetſcht wurde. Der Kutſcher hat keine Schuld an dem Unfall. Der Verletzte wurde nach der elterlichen Wohnung in der Kleinen Mühlenſtraße gebracht.

**Viel Lärm um eine Kleinigkeit.** Eine Ehefrau in Wilſter kaufte vor längerer Zeit bei einem dortigen Manufakturiſten im Ausverkauf ein baumwollenes Hemd. Als ſie bezahlt hatte, wurde ſie angehalten und nun fand man in ihrem Korb zwei wollene Hemden. Ihrer Angabe, daß ſie das zweite Hemd aus Verſehen mit dem erſten Hemd zuſammen in den Korb hineingepackt habe, wurde nicht geglaubt. Sie wurde der Behörde übergeben und vor dem Schöffengericht in Wilſter angeklagt. Daſſelbe verurtheilte ſie wegen Diebſtahls zu 1 Tag Gefängniß. Die Angeklagte legte Berufung ein und drang beim hieſigen Landgericht mit ihrem Einwand, daß es ſich um einen Irrthum handle, durch. Das Landgericht ſprach ſie koſtenlos frei.

**Einen bitterböſen Rauſch** hatte ſich geſtern Abend ein alter Mann angetrunken, der die ſogenannte Erhebungsfeier mitgemacht hatte. Er ſtand in der Juliusſtraße und hielt ſich an einem Stacket feſt. Gleich kam eine Frauensperſon herbei, nahm ihn unter den Arm und ſchleppte ihn von dannen nach der Kleinen Gärtnerſtraße zu. Ecke der Friedensſtraße ließ ſie ihn aber wieder los, wie zwei Eimsbütteler Geſchäftsleute, die das Paar verfolgten, beobachteten, und ging die Friedenſtraße hinunter. Jetzt erbarmten ſich die beiden Geſchäftsleute des alten Mannes und brachten ihn nach Hauſe. Das hätte bald unangenehme Folgen für ſie gehabt, denn kurz vor ſeiner Wohnung bemerkte der Alte, daß ſeine goldene Uhr mit Kette abhanden gekommen war und beſchuldigte nun ſeine Begleiter des Diebſtahls. Zum Glück entſann er ſich auf Anregung der Begleiter, daß die Frauensperſon ſich an ſeiner Weſte zu ſchaffen gemacht hatte. Ihm war es jetzt klar, daß die ihm die Uhr geſtohlen hatte und entließ ſeine Begleiter mit einem Dank für ihre freundliche Mühewaltung.

**Eine Kolliſion** fand kürzlich zwiſchen einem Poſtwagen und einem Motorwagen der Straßenbahn hierſelbſt ſtatt. Der Poſtillon ſoll die Kolliſion verſchuldet haben, weil er trotz wiederholter Signale nicht ausgebogen ſein ſoll, ſondern vor dem Motorwagen mit ſeinem Wagen „herumbummelte". Auf Anzeige nahm ihn das Polizeiamt wegen Uebertretung der Straßenordnung in eine Geldſtrafe von ℳ 3. Er verlangte gerichtliche Entſcheidung, kam aber heute beim Schöffengericht bedeutend ſchlechter weg. Die Beweisaufnahme fiel ſehr ungünſtig für ihn aus, worauf der Amtsanwalt, der ſeine Berufung an das Schöffengericht als eine ganz frivole bezeichnete, die Erhöhung der Strafe auf ℳ 30, eventuell 6 Tage Haft beantragte. Das Schöffengericht erkannte auf ℳ 10 Geldſtrafe, eventuell 2 Tage Gefängniß. Außerdem hat der Angeklagte auch die nicht unbedeutenden Koſten zu tragen.

**Diebſtähle.** In der Sedanſtraße wurde geſtern Abend die Wohnung einer Plätterin mittels Nachſchlüſſels geöffnet. Aus derſelben wurden dann einige Schmuckſachen und Garderobenſtücke geſtohlen. — Ferner ſtahl man einem Geſchäftsmann in der Schumacherſtraße von ſeiner Hausdiele einen Korb mit 12 Flaſchen voll Spirituoſen und einem Händler in der Lindenſtraße einige Emaillebehälter.

### Aus Wandsbek.

× **Die Erhebungsfeier Schleswig-Holſteins** nahm keinen beſonders glänzenden Verlauf, denn außer 200 Schuljungen betheiligten ſich nur etwa 100 Erwachſene an dem Feſtzuge, ein Beweis, daß die getroffenen Veranſtaltungen nicht nach dem Geſchmack der Mehrheit der Bevölkerung waren. In der Feſtrede wies der Bismarckianer Rauch nach, daß der eigentliche Befreier Schleswig-Holſteins Bismarck geweſen ſei, der Wilhelm I. gerathen habe, die Herzogthümer an ſeine Krone zu ſchmieden. Nun wiſſen wenigſtens die alten Kämpen von 1848/51, die damals ſo ſchmählich von den Preußen im Stich gelaſſen worden ſind, wem ſie ihre „Freiheit" zu verdanken haben. Herr Hauptpaſtor Kedenburg bemerkte in ſeiner Rede, daß nicht alle Wünſche der Schleswig-Holſteiner in Erfüllung gegangen wären. Wenn den Kämpfern von 1848/51 in jenen Tagen prophezeit worden wäre, daß nach 50 Jahren ein preußiſcher Junker an der Spitze der preußiſchen Provinzialregierung Schleswig-Holſteins ſtehen, daß 80 pZt. der Bevölkerung auf kommunalpolitiſchem Gebiet rechtlos und mit ſonſtigen preußiſchen „Freiheiten" ausgeſtattet ſein würden, dann hätten ſie vielleicht etwas Geſcheidteres gethan, als zu den Waffen gegriffen, ſo fügen wir hinzu. — Der Bürgerverein von 1848 hatte aus den von uns bereits mitgetheilten Gründen eine Feier veranſtaltet, die von den offiziellen Arrangements gewaltig abſtach. Eine große Anzahl Kämpfer von 1848/51, viele Stadtverordnete und Lehrer, ſowie Vereinsmitglieder und Gäſte hatten ſich zu dem Feſtkommers eingefunden. Der Veteran Lehrer Dittmann hielt die Feſtrede. Die alten Veteranen wurden in zahlreichen Toaſten beſonders geehrt. Nach Abwicklung des offiziellen Theiles des Kommerſes, in dem die Liedertafel „Urania" mitwirkte, fand bis zu ſpäter Stunde eine zwangloſe Unterhaltung ſtatt, in der viele alte Erinnerungen von Seiten der alten Kämpfer ausgetauſcht wurden.

× **Grober Unfug** wurde in der Nacht zum Freitag in der Königſtraße von einer Anzahl von der Erhebungsfeier zurückkehrender und daher in patriotiſcher Stimmung befindlicher Schüler verübt, indem ſie die Laternen ausdrehten. An der Fortſetzung weiteren Unfugs wurden die Burſchen verhindert und dann verjagt.

### Aus Harburg und Wilhelmsburg.

r. **Eine ſchwere Verletzung des rechten Auges** erlitt geſtern der auf einer Werft auf Steinwärder beſchäftigte Keſſelſchmied B. in Georgswärder dadurch, daß ihm beim Herausſchlagen von Nieten eine derſelben in's Auge flog, ſodaß er ſofort die Sehkraft verlor. Der Verletzte begab ſich zu einem Augenarzt, der die Ueberführung in's Krankenhaus anordnete, da das Auge herausgenommen werden muß.

r. **Ein kleines Feuer** entſtand geſtern Abend in der Wohnung des Arbeiters P. an der Alten Schleuſe dadurch, daß eine Küchenlampe von der Wand fiel, wobei der Petroleumbehälter zertrümmert wurde und das Petroleum ſich auf Tiſch und Fußboden ergoß, ſo daß Alles in Flammen gerieth. P. erſtickte das Feuer und beſchränkte es auf ſeinen Heerd.

### Aus Lübeck.

**Der Büreauvorſteher Strunck aus Eutin,** der als Privatbeamter des Bürgermeiſters Mahlſtedt eine Reihe öffentlicher Kaſſen verwaltete, hat nahezu ℳ 9000 unterſchlagen, außerdem auch noch ℳ 700 Mündelgelder. Strunck iſt völlig geſtändig und hat ſich freiwillig dem Gerichte geſtellt. Zu der Verhandlung wider ihn war kein Zeuge geladen. Strunck hat ſich dicht bei Eutin ein großes Haus gekauft und in ihm eine Penſion eingerichtet. Statt der erwarteten vollen, bekam er nur die Sommerkonzeſſion, auch wurden weniger Gelder in das Haus gegeben, als er erwartete. Dadurch kam er auf die abſchüſſige Bahn. Der Staatsanwalt tadelte ſcharf, daß gar keine Kontrole ſtattgefunden habe, aber wegen des großen Vertrauens, das Strunck entgegengebracht wurde, ſei auch eine empfindliche Strafe am Platze. Er beantragte 3 Jahre 3 Monate Gefängniß. Strunck bat um mildere Strafe. Er bereue ſeine That auf das Tiefſte. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Gefängniß, unter Anrechnung von 2 Monaten Unterſuchungshaft.

**Sturm und Hochwaſſer.** Der ſeit Donnerstag Morgen herrſchende Nordoſtwind brachte die niedriggelegenen Theile der Stadt gegen Abend in Hochwaſſergefahr. Der Pegel der Struckfähre zeigte gegen 6 Uhr Nachmittags 6,50 m, während von Travemünde ein Waſſerſtand von 6,70 m gemeldet wurde mit der Angabe, daß das Waſſer rapid ſteige. Gegen 6 Uhr wurden die erſten Warnungsſchüſſe abgegeben. Der Wind iſt keineswegs ſo ſtark, daß eine Hochwaſſersgefahr befürchtet werden konnte. Es muß demnach in der Oſtſee ein großes Unwetter herrſchen, welches das Waſſer ſtoßweiſe in die Trave drängt. Die an der Weichgrenze Lübeks gelegenen Wieſen, wie auch eine niedrig gelegene Stadttheile ſind bereits vom Waſſer überſpült. Man begann noch am Abend, einige in Gefahr befindliche Speicher zu räumen. Nach einer ſpäteren Meldung iſt die Unterſtadt vollſtändig überſchwemmt.

### Aus Bremen.

**Vom Norddeutſchen Lloyd.** Nach der dem Aufſichtsrath des Norddeutſchen Lloyd vorgelegten Abrechnung betragen die im Jahre 1897 erzielten Ueberſchüſſe ℳ 11 946 863 gegen ℳ 10 677 557 im Vorjahre, davon ſind den Verſicherungsfonds und dem geſetzlichen Reſervefonds überwieſen ℳ 933 963 gegen ℳ 825 654 im Vorjahre. Nach Abzug der Zinſen auf Anleihen, der allgemeinen Geſchäftsunkoſten und der Beiträge an Berufsgenoſſenſchaften und Invaliditäts- und Altersverſicherung mit zuſammen ℳ 2 346 973 ſind weitere ℳ 6 651 254 gegen ℳ 5 880 164 im Vorjahre zu Abſchreibungen verwendet. Die reſtlichen ℳ 2 014 071 ſollen nach dem Vorſchlage des Aufſichtsrathes zur Zahlung von 5 pZt. Dividende an die Aktionäre verwendet, und ein Reſtbetrag von ℳ 14 671 auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die ordentliche Generalverſammlung wird am 25. April ſtattfinden. — Der Aufſichtsrath des Norddeutſchen Lloyd beſchloß in ſeiner letzten Sitzung, neben der Reichspoſtdampferlinie nach Oſtaſien, eine Frachtdampferlinie zwiſchen Bremen, Hamburg, Rotterdam, Antwerpen und Oſtaſien einzurichten. Für dieſe Linie, welche zunächſt als vierwöchentlicher Dienſt eingerichtet werden ſoll, werden 6 große Frachtdampfer in Auftrag gegeben werden. Außerdem wurde der Bau von 2 neuen Reichspoſtdampfern beſchloſſen.

### Aus Schleswig-Holſtein.

**Elmshorn.** Eine von ungefähr 500 Perſonen beſuchte Volksverſammlung tagte im Lokale des Herrn Roſſow, „Zur Harmonie". Es referirte Genoſſe Baerer-Harburg unter wiederholtem Beifall der Verſammlung über: „Die bevorſtehende Reichstagswahl und die Sozialdemokratie". Dann wurde zur Maifeier Stellung genommen und beſchloſſen, dieſelbe wie folgt zu begehen: Morgens Frühkonzert, Nachmittags Konzert und Anſprache über die Bedeutung des 1. Mai, Abends Ball nebſt Aufführung von den Tage entſprechenden lebenden Bildern. Es wird hierzu eine Kommiſſion von 7 Perſonen gewählt, welche das Weitere zu veranlaſſen hat.

**Sturm und Hochwaſſer.** Nachrichten über Sturm und Hochwaſſer liegen von der ganzen Oſtſeeküſte vor. Aus Flensburg wird berichtet: In Folge eines mit einem ſeit Donnerstag Vormittag herrſchenden orkanartigen heftigen Schneetreiben verbundenen Nordoſtſturmes wurden die niedrig gelegenen Straßen in der Nähe des Hafens vollſtändig überfluthet. Das Waſſer dringt in die Häuſer ein und verurſacht erheblichen Schaden. Der geſammte Dampferverkehr auf der Föhrde iſt eingeſtellt. Das Waſſer ſteigt noch. — Aus Kiel berichtet unſer m.-Korreſpondent: Das ſchon am Donnerstag Mittag zum Theil recht ſtürmiſche Wetter iſt zum Abend und in der Nacht immer ſchlechter geworden. Das Waſſer im Hafen ſtaute ſich derart an, daß ſtellenweiſe das Bollwerk faſt einen halben Meter überſpült wurde; natürlich waren die Straßen am Hafen faſt völlig unter Waſſer geſetzt. — Der däniſche Poſtdampfer vermochte am Freitag Morgen nicht an ſeinen Anliegeplatz heranzukommen und machte mitten auf dem Meere feſt, von wo in Booten trotz des hohen Wellenganges die Poſt und die Paſſagiere an Land geſchafft wurden. — Die Fährdampfer haben am Donnerstag Abend und Freitag Morgen ſchon den Dienſt zum Theil einſtellen müſſen. — Verſchiedene Kohlenwagen bei den Kohlendampfern haben über Nacht bis an die Achſen im Waſſer geſtanden. — Am Freitag Mittag war noch die Dampfſpritze der ſtädtiſchen Feuerwehr beſchäftigt, das Waſſer aus den vollgelaufenen Kellern der „Deutſchen Reichshallen" herauszupumpen. — Seit langen Jahren iſt die Höhe des Waſſerſtandes nicht derart geweſen, wie gegenwärtig.

## Auswärtiges.

**Auch ein Beitrag zur Kennzeichnung der Berliner Polizeizuſtände.** Eine am Donnerstag in Moabit zur Verhandlung gelangte Anklageſache lieferte ein merkwürdiges Bild. Ein Berliner Bürger hatte eines Abends ein Renkontre mit einem Schutzmann gehabt und hatte darauf die Anzeige an das Polizeipräſidium gelangen laſſen, der Schutzmann habe ihn unſittlich berührt und ihm unſittliche Zumuthungen gemacht. Sehr bald erhielt er die Quittung über den richtigen Eingang ſeiner Beſchwerde, nämlich eine Anklage wegen wiſſentlich falſcher Anſchuldigung. Als die Sache nun zur Verhandlung gelangte, verlangte der Vertheidiger, Rechtsanwalt Morris, die Feſtſtellung, was denn eigentlich aus der Beſchwerde ſeines Klienten geworden ſei; und da wurde denn feſtgeſtellt, daß der Schutzmann von ſeiner vorgeſetzten Behörde gar nicht einmal befragt worden iſt, ob der Inhalt der Beſchwerde richtig oder falſch ſei, letztere iſt zur Erhebung der Anklage wegen falſcher Anſchuldigung brevi manu an die Staatsanwaltſchaft geſchickt worden und dieſe iſt ebenfalls ohne jedwede Prüfung auf die Sache eingegangen. Der Vertheidiger führte daraufhin aus, daß eine ſolche Erledigung von Beſchwerden in Deutſchland bisher nicht üblich war und ordentliche Richter dies nicht billigen können. Er beantragte, die Sache ſo lange auszuſetzen, bis eine Prüfung der Beſchwerde auf ihre Begründung hin erfolgt ſei. Der Gerichtshof beſchloß nach dieſem Antrage.

**„Jakob Caſanova!"** rief der Gerichtsdiener am Mittwoch vor der Thür der dritten Strafkammer des Landgerichts Berlin I zur Erheiterung des Publikums und des Gerichtshofes und gleich darauf meldete er, daß „Niemand erſchienen" ſei. Es handelte ſich um ein ſogen. objektives Verfahren, welches ſeitens der Staatsanwaltſchaft gegen eine neue illuſtrirte Ausgabe der Memoiren Caſanovas aus dem Verlage von Alois Hynck in Prag eingeleitet war. Die Staatsanwaltſchaft hatte beim Amtsgericht die Beſchlagnahme der bisher erſchienenen Lieferungen dieſes Werkes beantragt, das Amtsgericht dem Antrage jedoch nicht ſtattgegeben, weil es dem Buche den Werth eines kulturhiſtoriſch bedeutenden Quellenwerkes beilegte und auch die Illuſtrationen nicht als anſtößig gelten ließ. Auf die ſeitens der Staatsanwaltſchaft hiergegen eingelegte Beſchwerde war die fünfte Strafkammer bezüglich des Textes der Auffaſſung des Landgerichts beigetreten, hatte jedoch einige Illuſtrationen für anſtößig erklärt und deshalb deren Beſchlagnahme verfügt. Die dritte Strafkammer hatte nunmehr über den Antrag der Staatsanwaltſchaft auf Einziehung dieſer Bilder zu befinden. Nachdem Rechtsanwalt Paul Jonas des Längeren dargelegt, daß dieſe Bilder in keiner Beziehung Anſtoß erregen könnten, wurde der Antrag der Anklagebehörde abgelehnt, das Landgericht erklärte in Uebereinſtimmung mit dem Amtsgericht die Bilder für nicht anſtößig und gab ſie frei.

**Ausgelöſchtes Kirchenlicht.** Bäckermeiſter und Weinwirth Weigand in Lohr, der als ultramontaner Gemeindebevollmächtigter und Spitalverwalter die letztgenannte Vertrauensſtellung dazu benutzte, ſich rechtswidrige Vermögensvortheile zu verſchaffen, wurde vom Schöffengericht Würzburg wegen Verbrechens im Amte, begangen durch fortgeſetzte Unterſchlagung und Urkundenfälſchung, unter Zubilligung mildernder Umſtände, zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die unterſchlagene Summe, die durch Kaution und bei Verwandten gedeckt wurde, betrug ℳ 3000. Die Veranlaſſung zu den Unterſchlagungen waren mißliche Vermögensverhältniſſe.

**Ein gemüthlicher Verbrecher** wurde dieſer Tage vom Schwurgericht Ulm abgeurtheilt. Der Bürſtenmacher Anton Pfiſterer von Stetten, Oberamt Laupheim, wurde wegen Verbrechensbedrohung, Urkundenfälſchung und Körperverletzung zu zwei Jahren Zuchthaus, ℳ 150 Geldſtrafe, eventuell weiteren 20 Tagen Gefängniß und zehn Jahren Ehrverluſt verurtheilt. Der Angeklagte iſt im Armenhauſe zu Stetten geboren und hat dort auch ſeinen Wohnſitz, d. h. nicht immer, denn, wie er unter allgemeiner Heiterkeit erzählt, reſidirt er auch häufig „z' Ludwigsburg und Aalen", denn „dort iſch Eſſe beſſer, nur net g'ſalze gnu". Der Angeklagte erzählt weiter, „i ka' mache, was i will, i werd immer g'ſchtroft". Die Strafliſte weiſt aber auch eine lange Reihe von Gefängniß- und Zuchthausſtrafen auf wegen Brandſtiftung, Diebſtahl, Betrug, Unterſchlagung u. ſ. w. Das Leben im Armenhaus zu Stetten ſchildert Pfiſterer als ein recht idylliſches, ſein Verhältniß zu den Mitbewohnern bezeichnet er als „guet oder ſchlecht, wi's g'rad kommt; 's iſch halt ſo untereinander 'ganga". Im Armenhaus knüpfte er auch mit einer anderen Inſaſſin, der 59jährigen Marianne Natterer „zarte Beziehung an, „'s Oberamt hei's zwar verbote g'het, aber i bin doch zu ihr gange. Der Menſch will do' au e Vergnüge habe." Am 2. September v. J. wurde Pfiſterer aus dem Zuchthaus entlaſſen und beehrte dann wieder ſeine Heimathsgemeinde mit ſeiner Anweſenheit, die freilich nicht allzu lange währte. Im Oktober fühlte Pfiſterer wieder Sehnſucht nach ſeiner Ludwigsburger Reſidenz und ſo fertigte er ſich eine Anweiſung von ℳ 10, die er mit der Unterſchrift der Ortsarmenbehörde reſp. des Schultheißen und einiger Gemeinderäthe verſah. Dieſe Anweiſung präſentirte er dem Gemeindepfleger Braun, der indeß ſeinen Freund Pfiſterer ſchon kannte und die Anweiſung nicht einlöſte. Im November verſuchte er einen neuen Schwindel; der Schultheiß hatte ihm eine Anweiſung von vier Mark gegeben, auf welcher er den Betrag 4 in 14 umänderte. Die Fälſchung ſcheint indeß nicht recht gelungen zu ſein, denn als er die Anweiſung ſeiner „Flamme" zeigte, erkannte dieſe gleich die Manipulation und bemerkte, daß, wenn dieſer Schwindel herauskomme, dann werde er (Pfiſterer) wieder in's Zuchthaus geſteckt werden. Pfiſterer ſcheint nun eine Anzeige gefürchtet zu haben, denn er faßte gegen die Natterer einen Groll, dem er am 11. Dezember deren Tochter Ottilie gegenüber Luft machte. Mit Holzmachen beſchäftigt, äußerte er: „Siehſt Mädle, mit dem Aertle, des i do in der Hand hab', muß Dei alte H . . . noch hin werde." Am nächſten Tage kam er Abends heim und prügelte die Natterer gehörig

---

## Der todte Muſikant.

Roman von Robert Miſch.

(21. Fortſetzung.) (Nachdruck verboten.)

Das war denn doch zu viel für Herrn Klemm, deſſen übrig gebliebener Kranz deutlicher als Worte von einer verfehlten Beſtimmung zu ſprechen ſchien. Und das vom biederen Kapellmeiſter gegebene Beiſpiel kühn nachahmend, warf er ſeinerſeits deſſen Kranz verächtlich zu Boden, hängte den ſeinen dafür um die Photographie mit den ſichtlich improviſirten Worten:

„Und ich bekränze Dein Bild, großer Meiſter, im Namen der Liedertafel!"

„Hören's, Sie — dös is aber a Unverſchämtheit!" rief Luckinger.

Weiter kam er nicht; denn Klemm hatte ſich blitzſchnell umgedreht und ſeinen Mannen ein kleines Zeichen gegeben, worauf ſie einen wohleinſtudirten Kantus in die Luft ſchmetterten: „Heil, Heil dem Meiſter, Heil ſei dem Meiſter, dem großen Meiſter Heil!"

Der Text und die wäſſerige Melodie ließen auf eine muſikaliſche Eingebung des Herrn Seifenfabrikanten ſchließen, welche Vermuthung ſich ſpäter auch als richtig erwies.

Zunächſt gab es aber ein höchſt unharmoniſches Konzert; denn die über die Behandlung ihrer Kränze gereizten Herren Goltz und Luckinger ließen natürlich ihre Stimme dazwiſchen ertönen. Es gab eine Zankſzene à la „Meiſterſinger", die Luckinger plötzlich unterbrach, indem er auf die Uhr ſchaute. Mit den Worten: „Herrgott, i komm' zu ſpät zur Prob'!" ſtürzte er ab.

Auch die anderen Herrſchaften entfernten ſich, nachdem ich im Namen der in (Lach-) Thränen zerfließenden „Wittwe" einige Dankesworte gemurmelt, daß ſie gerührt von ſo viel Liebe und Anerkennung ſei und die Kränze ſtets hoch in Ehren halten würde. Als zuletzt Herr Goltz gegangen war mit der Drohung, er verſchiebe die Durchſicht der Kiſte auf eine gelegenere Zeit, konnte auch ich mich endlich von Herzen auslachen. O Komödie des Lebens! Mundus vult decipi. —

### 13. Kapitel.

**Roland landet in München. — Wie es ihm hier geht und wie er ein verkanntes Genie kennen lernt.**

In einer Vorſtadt Münchens liegt ein Haus, das der Beſitzer in den oberen Stockwerken für die Kunſt hatte bauen laſſen: Zimmer mit Nordlicht im vierten, Ateliers mit Oberlicht im fünften Stock, ganz unten die Bildhauer-Werkſtätten mit ihren Fenſtern nach einem Gartenhof hinaus.

Im vierten Stock hauſte der Kunſtmaler Limborn. Das war ein alter Freund Rolands, mit dem er eine Zeit lang Thür an Thür bei derſelben Berliner Zimmervermietherin und, als es bei Beiden zeitweiſe nicht recht „langen" wollte, ſogar in einer Bude zuſammengewohnt hatte. Später verloren ſie ſich aus den Augen, wie das im Leben zu gehen pflegt. Der Maler war nach München gepilgert und hatte ſich dort feſtgeſetzt und verheirathet. Eine Zeit lang wechſelten die Jugendfreunde noch Briefe, allmälig ſchlief auch das ein. Der Maler ſchlug ſich ſchlecht und recht durch's Leben, verkaufte hier und da ein Bild, zeichnete Plakate und Illuſtrationen und kümmerte ſich im Uebrigen, in ſein junges Eheglück und den Verkehr mit ein paar gleichgeſinnten Kameraden eingeſponnen, wenig um die Außenwelt. Als echter Bohème und Maler, unter denen man die ſorgloſeſten und weltfremdeſten Menſchen antrifft, las er nicht einmal Zeitungen und hatte daher von Rolands Tod und jungem Ruhm nicht die leiſeſte Ahnung. Vielleicht pfiff er eine oder die andere Melodie der populär gewordenen Spielmannslieder einem Leierkaſten nach. Aber wer ihr Verfertiger war, kümmerte den luſtigen Vogel nicht.

Er war daher nicht wenig erſtaunt, als eines Tages ein wachsbleiches Geſicht mit einem verwilderten Vollbart in ſeinem Atelier auftauchte, als deſſen Inhaber er nach einiger Mühe Hans Roland wieder erkannte. Die beiden Freunde fielen ſich in die Arme.

„Menſch, wie ſiehſt Du aus? Wo kommſt Du her? Wie geht es Dir?"

„Ich komme aus Südamerika und es geht mir ſchlecht."

Limborn alarmirte ſeine Mali, ſtellte den alten Freund vor, holte eine Flaſche Wein aus dem Winkel, der bei ihm die Stelle des Weinkellers vertrat, und Roland fing zu erzählen an. Er verſchwieg nichts, er legte eine vollſtändige Seelenbeichte ab.

Als er ſich nach der Heimath zu ſehnen anfing und grade den Gedanken einer heimlichen Entfernung erwog, erſparte ihm das Schickſal plötzlich die Wahl, indem es einen dicken Strich durch ſeine Pläne machte. In Chile erkrankte er an einem gefährlichen Sumpffieber, deſſen Keim er aus Braſilien mitgebracht. Man zahlte ihm zwei Monate Gehalt aus und ließ ihn in einem Krankenhauſe zurück mit der Weiſung, nach Argentinien nachzukommen, ſobald er wieder hergeſtellt ſei.

Hier lag er viele Wochen. Kaum geneſen ſchiffte er ſich, voll Grauen vor dem Tropenklima und von Sehnſucht getrieben, nach Europa ein. Aber als er ſich nun der Heimath näherte, ging plötzlich eine Wandlung in ihm vor.

„Ich ſchäme mich, ſo zu meiner Frau zurückzukehren — ſiech und arm wie Hiob; denn die Krankheit und die Rückreiſe auf eigene Koſten haben alle meine Erſparniſſe verſchlungen."

„Blos darum haſt Du in München Station gemacht?" fragte der Maler.

„Natürlich darum! — Soll ich wie ein davongelaufener Schuljunge heimkehren, wie ein Bettler?"

„Na, und was willſt Du jetzt thun?"

„Mich nach einer Stellung umſehen. Ich möchte am liebſten in Süddeutſchland bleiben. Vielleicht findet ſich hier etwas für mich. Dann brauche ich mich wenigſtens nicht mehr zu ſchämen und kann die Meinen nachkommen laſſen. Aber ſo — nein! Haben ſie ſo lange gewartet, können ſie auch noch ein Weilchen ohne mich leben."

„Aber Du wirſt doch Deiner Frau ein Lebenszeichen geben, daß Du hier biſt?"

„Nein — nicht eher, als bis ich was gefunden habe! Meine Frau ſoll ſehen, daß ich jetzt auf eigenen Füßen ſtehen kann. Du brauchſt nicht zu fürchten, daß ich Dir läſtig falle. Ein paar Groſchen habe ich ja noch übrig, und Klavierſtunden werde ich ja wohl auch kriegen, bis ſich was Paſſendes für mich gefunden hat."

„Behalte Deine paar Nothpfennige!" ſagte der Maler gekränkt. — „Für einen guten Freund reicht's immer noch. Und wir haben hier neben dem Atelier ein kleines Stübchen mit dem Nöthigſten. Die Modelle ziehen ſich da aus, und zuweilen behalte ich einen Freund über Nacht hier, dem der Heimweg zu ſpät und zu weit iſt. Na, kurz — dort quartiren wir Dich ein, ſo lange, wie Du bleiben willſt. — Und vorläufig ſcheint mir das ſehr nöthig; denn ſeitdem wir hier miteinander plaudern, wirſt Du jeden Moment bleicher und — um Gotteswillen, Hans!"

Roland war aſchfahl mit geſchloſſenen Augen zurückgeſunken; ſeine Zähne klapperten wie im Schüttelfroſt. Limborn flößte ihm ſchnell ein Glas Rothwein ein, das ihn langſam wieder zu ſich brachte.

„Ja, ſiehſt Du," ſtotterte Roland mühſam, „es wird Dir gar nichts weiter übrig bleiben, als mir ein paar Tage Gaſtfreundſchaft zu gewähren. Ich fühlte es ſchon unterwegs, daß ich nicht weiter kommen würde."

Frau Mali bat ihn, ſich nicht durch vieles Sprechen aufzuregen.

„Vorläufig legen Sie ſich in's Bett! Alles Andere wird ſich dann finden."

Roland erkrankte heftig am Klimawechſel, wie der Arzt ſagte, am Kummer und an ſeeliſchen Aufregungen, wie ſeine Gaſtfreunde richtig vermutheten. Aber dank ſeiner geſunden Natur und der ſorgfältigen Pflege der jungen Malersfrau konnte er bereits nach acht Tagen das Bett wieder verlaſſen.

Es iſt ein ſchöner Frühlingsnachmittag. Durch das rieſige Atelierfenſter ſieht man auf die mattgrüne Thereſienwieſe, den großen Feſtplatz Münchens. Vor einem Hintergrund zartgrünen Laubes erhebt ſich die Koloſſalgeſtalt der ehernen Bavaria. Roland ſteht am Fenſter und ſchaut hinaus. Deutſcher Frühling, deutſche Sonne, deutſche Luft, die ihn umweht: Wie lange hatte er das entbehrt, wie hat er ſich danach geſehnt! In ſeinen Adern fühlt er die Geneſungswonne und eine zarte Blutröthe färbt ihm bereits wieder Wangen und Lippen. Ihm iſt froh und doch auch weh zu Muthe. Er wird leben, er will leben; aber ſeine Zukunft liegt dunkel vor ihm. Von Neuem muß er den Kampf mit dem Schickſal aufnehmen. Er hat den Muth dazu; denn er iſt ein Anderer geworden, ein Mann, der verzichtet hat auf die großen Ideale ſeiner Jugend und nur das Nächſte im Auge hat, das Erreichbare, ſich und den Seinen ein erträgliches Daſein zu erobern. Freilich hat es ſchwere Kämpfe gekoſtet, bis er ſich zu dieſer Reſignation durchgerungen hat. Und im Grunde ſeiner Seele iſt er ein müder Mann.

Unwillkürlich lenken ſich ſeine Schritte nach dem alten Klavier, auf dem der Malersmann und ſeine Freunde herumpauken, wenn ſie vergnügt ſind. Man merkt es dem Inſtrumente an: es klingt zitterig und verſtimmt. Was thut's, wenn er nur ſeine Stimmung in Muſik ausſtrömen kann. Seit Monaten hat er keine Taſte mehr berührt. Er ſehnt ſich nach Muſik. — Er fängt leiſe zu präludiren und zu phantaſiren an — Fremdes und Eigenes durcheinander. Unwillkürlich kommt ihm eines ſeiner Spielmannslieder in die Finger, deſſen reſignirte Stimmung ſo ganz ſeiner momentanen Gemüthsverfaſſung entſpricht.

Erſt leiſe und zaghaft, dann ſelbſtvergeſſen hingegeben ſingt er die Worte dazu, die er einſt in fernen Jugendtagen gedichtet. Woher hatte er ſie damals genommen, dieſe Worte eines müden, zerbrochenen Lebens, die er erſt jetzt begreift und nachfühlt?

„Ich habe geküßt manchen rothen Mund,
Hab manch' luſtiges Liedel geſpielt.
Doch jetzt bin ich alt und mein Herz iſt wund,
's hat die Liebe, die Liebe gefühlt.

Und bald iſt mein Lied und mein Leben aus,
Muß ſterben im Winkel allein.
Ich habe nicht Weib und nicht Kind und nicht Haus,
's hätt' können auch anders wohl ſein!"

Frau Mali iſt unbemerkt eingetreten und lauſcht den wehmüthigen Tönen. Als er mit einigen nachzitternden Moll-Akkorden geendet, ſagt ſie leiſe:

„Das iſt aber ſchön, Herr Roland! Iſt das von Ihnen?"

„Jawohl, Text und Melodie! Eins von meinen Spielmannsliedern."

„Ich weiß nicht — das kommt mir ſo bekannt vor; das muß ich ſchon mal irgendwo gehört haben."

„Unmöglich, Frau Mali!" ſeufzte der Muſiker wehmüthig. — „Es iſt noch ungedruckt: kein Verleger wollte es nehmen. Wie hätte es da wohl bis nach München dringen ſollen?!"

(Fortſetzung folgt.)

## Carl Schultze-Theater.

Gaſtvorſtellung der engliſchen Schauſpiel-Geſellſchaft vom Londoner Lyceum-Theater.

Wie kein anderer ausländiſcher Dichter iſt Shakeſpeare in Deutſchland bekannt und eine ganze Reihe ſeiner dramatiſchen Schöpfungen gehören zum eiſernen Beſtand der deutſchen Bühnen. An der Darſtellung Shakespeareſcher Geſtalten haben ſich die erſten deutſchen Künſtler verſucht und glänzende Leiſtungen ſind zu verzeichnen. Um ſo intereſſanter iſt es darum, einmal ein Stück des großen Briten von ſeinen Landsleuten dargeſtellt zu ſehen. Dazu bot die Aufführung des „Hamlet" durch die engliſche Geſellſchaft von Mr. Forbes Robertſon im Carl Schultze-Theater Gelegenheit.

Daß ausländiſche Schauſpielertruppen hier auftreten, iſt nichts Seltenes; in der großen Handelsſtadt ſollte ja immer auf ein zahlreiches Publikum gerechnet werden können. Leider iſt dieſe Rechnung aber mitunter falſch, wie ſich bei den Hamlet-Aufführungen zeigte; der Beſuch war nicht ſehr befriedigend, wie wir vorweg bemerken wollen. Und doch hätten Mr. Forbes Robertſon und ſeine Geſellſchaft wirklich ein volles Haus verdient.

Es handelt ſich — zum Unterſchied von manchen andern fremden Gaſtſpiel-Enſembles — hier nicht um einen auf eine beſondere Rolle eingearbeiteten Virtuoſen, dem die Mitwirkenden nur als dunkle Folie zu dienen haben, davon er ſich um ſo glänzender abhebt. Wir haben beim „Hamlet" der engliſchen Geſellſchaft wirklich den Anſchein, als habe er in dem Beſchluß der Stadtverordneten ein Mißtrauensvotum geſehen."

Auch die „Volksztg." erklärt, nachdem ſie auf den ſeit Jahren beſtehenden Mißklang zwiſchen Magiſtrat und Stadtverordnetenkollegium in Berlin hingewieſen: „Die Affäre mit dem Märzdenkmal, desgleichen die Kranzaffäre müſſen dem Faſſe den Boden ausgeſchlagen haben. Der geſtrige Beſchluß der Stadtverordnetenverſammlung, der den Oberbürgermeiſter Zelle in die Lage bringt, Namens des Magiſtrats den Oberpräſidenten Achenbach verklagen zu müſſen, weil er den bekannten Kranzbeſchluß beanſtanden zu müſſen glaubte, markirt mit gradezu erbaulicher Deutlichkeit, mit wohlthuend erfriſchender Schärfe den unauflöslichen Zwieſpalt, der zwiſchen der Selbſtverwaltung, wie man ſie ſich am Magiſtratstiſch denkt, und derjenigen herrſcht, die in der Stadtverordnetenverſammlung, trotz Allem, was ſonſt wohl vorgekommen, doch immer noch als das Minimum des Aufrechtzuerhaltenden anerkannt wird."

Das linksfreiſinnige Blatt hält es für ſelbſtverſtändlich, daß von reaktionärer Seite die Wahl des Oberbürgermeiſters von Berlin zu einer Kraftprobe gemacht werden wird. „Daß das oſtelbiſche Junkerthum von den höchſtbeſoldeten Aemtern der Kommunen ſo gut wie gänzlich ausgeſchloſſen iſt, das iſt den journaliſtiſchen Wortführern der Oſtelbier aus der Seele der Betheiligten heraus ſchon lange ſchmerzlich geweſen. Die Nachfrage des Adels nach gut dotirten Aemtern wird immer ſtärker ſein als das Angebot der ſtaatlichen Stellen allein iſt, die das Junkerthum von jeher als ſeine Domäne zu betrachten pflegt. Eine Erweiterung der Möglichkeit, an die höchſten Gehälter auch der kummunalen Selbſtverwaltung heranzukommen, wird daher ſchon längſt von den oſtelbiſchen Intereſſenten gewünſcht. Zudem werden es ſich die Reaktionären nicht nehmen laſſen, zu beweiſen, daß auch aus politiſchen Gründen die Stelle des Berliner Oberbürgermeiſters dem Liberalismus entriſſen werden müſſe, und handelte es ſich ſelbſt um den abgeblaßten Liberalismus des rechten Flügels der Freiſinnigen des Rothen Hauſes. Wir werden demgemäß bald ſehen, daß es einen lebhaften Kampf geben wird um die zum Oktober frei werdende Stelle."

Ob die Berliner Kommunalliberalen dem Anſturm widerſtehen werden?

**Die Anerkennung des Rechtes auf Revolution** folgert die bürgerlich-demokratiſche „Frankf. Ztg." aus der offiziellen Feier der Erhebung Schleswig-Holſteins 1848. Das Blatt ſchreibt:

„Es war natürlich im Jahre 1848. Da traten etwa 70 Ständemitglieder Schleswig-Holſteins — das damals bekanntlich däniſch war — in Rendsburg zuſammen und ſandten eine Deputation nach Kopenhagen — der Hauptſtadt Dänemarks — um von ihrem König — der eben der däniſche war — Verſchiedenes zu erbitten, was im Geiſte der Zeit lag. So forderten ſie u. A. die Vereinigung der beiden Provinzialſtändeverſammlungen zum Zwecke der Berathung einer ſchleswig-holſteiniſchen Verfaſſung, ferner den Beitritt Schleswigs zum Deutſchen Bunde. Am 24. März ließ der König — der däniſche — der Deputation antworten, „daß er (Dänemarks König) geſonnen ſei, dem Herzogthum Holſtein eine freie Verfaſſung zu gewähren und ſich den Beſtrebungen für ein deutſches Parlament anzuſchließen; daß er aber weder das Recht, noch die Macht, noch den Willen habe, Schleswig dem Deutſchen Bunde einzuverleiben, dagegen die unzertrennliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark durch eine gemeinſame freie Verfaſſung kräftigen wolle." Die braven Schleswig-Holſteiner hatten aber bereits Unterricht im Putſchismus genommen, und ſo trat — als die Kunde von einer Maſſendemonſtration in Kopenhagen nach Kiel kam — hier eine Proviſoriſche Regierung zuſammen, beſtehend aus Graf Reventlow, Prinz Friedrich von Auguſtenburg, Advokat Beſeler u. A. m. Binnen Kurzem war das ganze Land dieſer Proviſoriſchen Regierung unterworfen, und der legitime König — eben der däniſche — ſah ſich durch ſie zweier Länder beraubt — beraubt durch eine Revolution, und zwar durch eine Revolution, wie ſie ſchöner gar nicht gedacht werden kann — durch eine Revolution par excellence. Die Sache ſteht alſo ſo: Hie Legitimität — däniſcher König, hie Revolution, Auguſtenburger und Genoſſen. Offenbar iſt es nun, daß nichts logiſcher wäre, als wenn die „ſtaatserhaltenden" Elemente, die in Beſchimpfung der Berliner und anderer Freiheitskämpfer des Jahres 1848 nicht genug ſich leiſten können, auch in der ſchleswig-holſteiniſchen Sache ſagen würden L'honneur à legitimité! Was ſehen wir aber in der That? Die ſchleswig-holſteiniſche Erhebung von 1848 wird mit Pauken und Trompeten von den offiziellen Perſönlichkeiten gefeiert, Herzog Ernſt Günther hält die Feſtrede! Dank Euch für dieſe That! Ihr habt damit gezeigt, daß auch Revolutionen von Königstreuen in Gnaden aufgenommen werden, wenn ſie nur ihren Intereſſen dienlich ſind; Ihr habt aber damit — ohne es zu wollen — das Recht auf Revolution anerkannt! Und dafür darf man ſchon danken, ſelbſt wenn man ein Lachen nicht zu unterdrücken vermag."

Herr v. Köller, Sie unglücklicher Kämpfer gegen den „Umſturz", Sie vom Lucanus beſuchter königlich preußiſcher Miniſter und nunmehriger Oberpräſident von Schleswig-Holſtein — wie wird Ihnen bei dieſer Logik?! Allerdings, die Logik war ja nie Ihre ſtarke Seite!

**Ein zeitgemäßes Thema** kommt zur Beſprechung gelegentlich einer Umfrage, welche die Kopenhagener „Nationaltidende" unter Bezugnahme auf die däniſchſprechenden Nordſchleswiger veranſtaltet hat. Die Redaktion hat an hervorragende Politiker und Staatsmänner folgende Fragen gerichtet: „1) Iſt das Prinzip, wonach die preußiſche Regierung die Verwaltung gegenüber der däniſchen Bevölkerung in Nordſchleswig führt, und wobei ſie der Benutzung der däniſchen Sprache in der Kirche und Schule alle möglichen Hinderniſſe entgegenſtellt, mit den humanen und ziviliſatoriſchen Grundſätzen des modernen Staatslebens in Uebereinſtimmung? 2) Meinen Sie, daß Kulturwerthe, die auch außerhalb der Grenzen Schleswigs Bedeutung erhalten könnten, dadurch vernichtet werden?"

Aus allen Ländern Europas ſind dem Blatte Antworten zugegangen, ſo aus Oeſterreich vom Führer der jungtſchechiſchen Partei Dr. Herold, aus England vom Prof. Max Müller, James O'Brien, Sir John Lubbock, Henry Courtney u. ſ. w. Die genannten Politiker haben ihren Antworten, die in Betreff der erſten Frage verneinend, und in Bezug auf die zweite bejahend lauten, lange Betrachtungen und Erklärungen, die jedoch nichts Neues von Intereſſe enthalten, beigefügt. Aus Deutſchland hat das Blatt Antworten von A. Bebel, Dr. Majunke (Schleſien), Dr. Adolph Wagner (Berlin), Paul Singer und Anderen erhalten.

Bebel ſchreibt: „Jedes Volk und jeder Volkstheil, die eine andere Mutterſprache ſprechen als das herrſchende Volk, haben vom Standpunkte ihrer Menſchenrechte wie vom Standpunkte der allgemeinen Kulturintereſſen zu fordern, in ihrer Mutterſprache unterrichtet zu werden. In der Sprache verkörpert ſich das eigenthümliche Weſen eines Volkes, durch das es ſich von jedem anderen Volke unterſcheidet. Durch die Sprache bringt es ſeine Gefühle und Bedürfniſſe in ihrer einzig wahren Form zum Ausdruck. Ein Volk nöthigen, in einer ihm fremden Sprache ſeinen Gefühlen und Bedürfniſſen Ausdruck zu geben, iſt gleich zu achten einer Verſtümmelung ſeines innerſten Weſens. Gewiß iſt es kein Fehler, wenn ein Volk in die Lage kommt, auch die Sprache eines anderen Kulturvolkes, mit dem es in Berührung ſteht, zu erlernen, aber dies darf nicht auf Koſten der eigenen Mutterſprache geſchehen. Ich betrachte jede Schädigung eines Volkes in ſeiner Mutterſprache als eine Schädigung allgemeiner Kulturintereſſen, und eine Nation, die auf der Höhe ihrer Zeit ſtehen will, darf eine ſolche Handlungsweiſe ſich nicht zu Schulden kommen laſſen. Hier gilt mehr als in hundert anderen Fällen der Satz: „Was Du nicht willſt, daß man Dir thu', das füg' auch keinem Andern zu"."

Paul Singer äußert ſich folgendermaßen: „Ohne auf die ſtaatsrechtlichen und politiſchen Geſichtspunkte einzugehen, beſchränke ich mich darauf, einige kurze Bemerkungen über die Sprachenfrage zu machen, und ich bin in voller Uebereinſtimmung mit Ihnen der Meinung, daß es in direktem Widerſpruch mit den humanen und ziviliſatoriſchen Grundſätzen des modernen Staatslebens ſteht, wenn ein Volksſtamm in dem Gebrauch ſeiner Mutterſprache eingeſchränkt oder gehindert wird. Es iſt eine der elementarſten Forderungen der Kultur, allen Staatsangehörigen die volle Freiheit im Gebrauch ihrer Mutterſprache zu gewährleiſten und dafür Sorge zu tragen, daß Kirche, Schule, Geſetzgebung und Verwaltung derartig eingerichtet ſind, daß für das Verſtändniß der Sprache eines zum Staatsverband gehörigen fremdſprachigen Volksſtammes kein Hinderniß beſteht. Das Verfahren der preußiſchen Regierung — vorausgeſetzt, daß Ihre Schilderung richtig iſt — den Staatsbürgern däniſcher Abſtammung den Gebrauch ihrer Mutterſprache in öffentlichen und Rechtsangelegenheiten zu erſchweren, iſt nicht vereinbar mit den grundſätzlichen Forderungen der Gleichberechtigung, die die volle uneingeſchränkte Freiheit des Gebrauches der, in der Volksſeele wurzelnden, durch Sitte und Gewohnheit zu einem unantaſtbaren Recht gewordenen Mutterſprache verlangt."

In den Tagen, da der erſte Verſuch, die Deutſchen in Schleswig-Holſtein von fremder Herrſchaft zu befreien, offiziell ſo lärmend gefeiert wird, iſt es wohl angebracht, auch der natürlichen Rechte der Dänen, welche bei Neugeſtaltung der politiſchen Verhältniſſe unter die Herrſchaft Preußens kamen, zu gedenken.

**Das däniſche Schulreformgeſetz** iſt geſcheitert, da trotz des weitgehenden Entgegenkommens des Folkethings mit dem Landesthing keine Einigung zu erzielen war. In einem gemeinſamen Ausſchuß der beiden Things ſollte die Einigung erzielt werden, aber da die Rechte des Folkething mit der Majorität des Landesthing ging, konnte keine annehmbare Form zu Stande gebracht werden. Auch bei dieſem Geſetz zeigt ſich, wie reformhemmend bei Allem das Landesthing (das Herrenhaus) wirkt. Uebrigens ſprach der ultrareaktionäre großmächtige Graf Ahlefeld-Laurvig am Schluß ſeine große Befriedigung über das Scheitern des ganzen Entwurfes aus, „da zur Durchführung des Geſetzes allzu große Summen erforderlich geweſen wären." Für die Volksbildung iſt dieſen reichſten Grundbeſitzern jeder Heller zu viel, für Fürſtenſchlöſſer bewilligen ſie (wie kürzlich für den Prinzen Chriſtian) die unglaublichſten Summen.

v. **Die niederländiſche Sozialdemokratiſche Arbeiterpartei** hält an den beiden Oſtertagen in Amſterdam ihren jährlichen Kongreß ab. Seit dem vorigen Kongreß hat die Partei koloſſal an Bedeutung und auch an materieller Kraft gewonnen. Die 28 Abtheilungen mit 1000 Mitgliedern, die ſie im vorigen Jahre zählten, ſind mindeſtens verdoppelt, zwei Mandate im Parlament ſind erobert, verſchiedene in Gemeinderäthen u. ſ. w. Der Kongreß wird alſo unter günſtigen Umſtänden tagen, auch ſchon, weil die grimmigen Gegner der Partei, die ſog. Revolutionäre, in dieſem Jahre ihre ganze Partei zuſammenſtürzen ſehen. Auf der Tagesordnung ſteht in erſter Reihe das Verhalten der Partei der Gewerkſchaftsbewegung gegenüber. Dieſe Frage iſt ſehr aktuell, da die Gewerkſchaftsbewegung durch die Anarchiſten noch gegen unſere Partei auszuſpielen verſucht wird. Weiter ſoll der Kongreß die Stellung der Partei dem Militarismus gegenüber überlegen und ein Antrag für Propaganda für die Genoſſenſchaften behandelt werden. Zur Preſſe beantragt der Parteivorſtand, daß der Kongreß ihn beauftrage, das Parteiorgan „De Socialdemokraat" drei Mal wöchentlich erſcheinen zu laſſen, ſtatt zwei Mal.

Domela Nieuwenhuis hat ſeine Stelle als Redaktör des „Recht vor Allen" niedergelegt, und iſt mit ſeinem Anhang aus dem Sozialiſtenbund ausgeſchieden. Die übergroße Mehrheit der Abtheilungen thut das Gleiche. Corneliſſen iſt nach Frankreich gezogen.

**Ueber die Verlegung der belgiſchen Wahlen** iſt es in der Kammer zu heftigen Zuſammenſtößen gekommen. Nach den bisher geltenden geſetzlichen Beſtimmungen ſind die Parlamentswahlen in Belgien am erſten Sonntag des Monats Juli vorzunehmen, ein Zeitpunkt, der ſehr unpraktiſch gewählt iſt, weil den Sommer hindurch viele belgiſche Feldarbeiter in Nordfrankreich beſchäftigt ſind und daher an den Wahlen nicht theilnehmen können, wozu ſie laut Geſetz verpflichtet ſind. Nach einer ſtatiſtiſchen Zuſammenſtellung beträgt die Zahl der auf dieſe Weiſe abweſenden Wähler allein in den beiden flandriſchen Provinzen über 40 000. Deshalb hat die katholiſch-demokratiſche Kammerfraktion, wie ſeinerzeit gemeldet, den Antrag geſtellt, die Wahlzeit auf den dritten Sonntag des Monats Oktober zu verlegen. Die Regierung mußte zugeben, daß der Monat Juli als Wahltermin große Unzukömmlichkeiten mit ſich bringe, lehnte aber auch den Monat Oktober ab und entſchied ſich für den Monat Mai. Der Miniſter des Innern, Schollaert, hat in der Kammer den Monat Mai als Wahltermin in aller Form vorgeſchlagen, damit aber in ein wahres Weſpenneſt geſtochen. Denn dieſer Wahltermin ruft gleichfalls nach vielen Richtungen hin zur Kritik heraus. Vor Allem beträgt die Zahl der auch ſchon im Monat Mai abweſenden belgiſchen Feldarbeiter noch immer mehr als 20 000, ſo daß 20 000 belgiſche Wähler ihres Wahlrechtes beraubt erſcheinen. Dann aber proteſtirten die Oppoſitionsparteien dagegen, daß die gegenwärtige Wahlperiode, welche doch mindeſtens bis zum Juli ausgedehnt ſchien, um zwei volle Monate abgekürzt werden ſolle. Thatſächlich ſind die Parteien mit den Wahlvorbereitungen nicht fertig, und die geſetzliche Feſtſtellung der Wahlzeit für den Monat Mai würde manche derſelben in arge Verlegenheit bringen. Schließlich wurde noch ein gewichtiges verfaſſungsrechtliches Bedenken gegen den von der Regierung vorgeſchlagenen Wahltermin geltend gemacht. Nach der Verfaſſung ſind die belgiſchen Abgeordneten auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Ihr Mandat datirt vom Juli 1894, endet alſo erſt im Juli 1898. Erfolgen die Neuwahlen aber ſchon im Mai d. J., ſo müßten die gegenwärtigen Kammermandate auch an dieſem Tage erlöſchen, d. h. eine Abkürzung von zwei Monaten erfahren. Nach zweitägigen heftigen Kämpfen in der Kammer beſchloß die Regierungsmehrheit, die Wahlen auf den 22. Mai anzuſetzen. Regierung und Rechte wollen mit dem früheren Vollzug der Wahlen den antiklerikalen Feldzug der chriſtlichen Demokraten, Liberalen und Sozialiſten nach Möglichkeit eindämmen und kürzen. Die Sozialiſten, die ſtets zuerſt auf dem Poſten ſind, haben bereits einen geharniſchten Wahlaufruf erlaſſen, „um das Manöver der Regierung zu vereiteln".

**Einen die Verſtaatlichung von Grund und Boden bezweckenden Antrag** ſtellte in der belgiſchen Kammer der ſozialiſtiſche Abgeordnete Defnet. Der Antrag geht dahin:

Wenn eine Erbſchaft oder eine Schenkung über 5 ha groß iſt, ſollen die Erben oder Beſchenkten einen Theil des Landes im Werthe der Erbſchaftsſteuer an den Staat abgeben, jedoch ſo, daß dadurch das Erbe oder die Schenkung nicht unter 5 ha beſchnitten wird. Dieſelbe Maßregel ſoll bei Verkäufen oder bei Tauſchgeſchäften gelten, wenn bei letzteren eine der getauſchten Flächen über 5 ha größer iſt als die andere. Gleichzeitig ſollen die Erbſchafts- und Beſitzwechſelabgaben vervierfacht werden, der höchſte Satz von 13,80 Prozent indeß nur bis zu 40 Prozent erhöht werden. Uebrigens ſollen dieſe Beſtimmungen nur in Gemeinden von weniger als 5000 Einwohnern in Kraft treten.

Die Wirkung einer Beſtimmung im Sinne des Antrages wäre natürlich der allmälige Heimfall des größten Theils des Landes an den Staat. Selbſtverſtändlich wird der Antrag nicht durchbringen, ſondern von der Kammer abgelehnt werden. Immerhin hat er den agitatoriſchen Vortheil, an einem beſtimmten Beiſpiel zu zeigen, daß der Uebergang vom privatkapitaliſtiſchen zum ſozialiſtiſchen Staat ſehr wohl durch geſetzgeberiſche Maßnahmen vorbereitet und durchgeführt werden könnte, und daß es durchaus nicht einer Revolution im Heugabelſinne bedarf.

**Eine Reihe internationaler Konferenzen** wird demnächſt in Brüſſel ſtattfinden. Von Frankreich und England ſind jetzt die offiziellen Zuſagen wegen der Theilnahme an der internationalen Zuckerkonferenz ertheilt worden. Damit iſt das Zuſtandekommen der Konferenz geſichert und die offiziellen Einladungen ſind erfolgt. Der Zeitpunkt der Konferenz ſteht jedoch noch nicht feſt. Die internationale Afrikakonferenz ſoll am 17. Mai in Brüſſel zuſammentreten. Schließlich ſoll ſich eine Konferenz, betreffend die Regelung der Alkoholfrage zu Brüſſel in der zweiten Aprilhälfte verſammeln.

**Ueber den Verkauf von Kriegsſchiffen,** vermuthlich an die Vereinigten Staaten, entſpann ſich am Freitag in der italieniſchen Kammer eine eigenartige Auseinanderſetzung. Der Marineminiſter Brin antwortete auf Anfrage der Abgg. Farina und Santini über die Gerüchte, betreffend den Verkauf italieniſcher Kriegsſchiffe nach dem Auslande, die Regierung habe zwar die von einigen (?) fremden Staaten gemachten Anerbietungen wegen des Ankaufs der im Bau begriffenen Kriegsſchiffe in ernſtliche Erwägung gezogen, ſie könne jedoch augenblicklich über die ſchwebenden Unterhandlungen keine Mittheilungen machen. Er könne indeß die Erklärung abgeben, daß die Regierung darauf bedacht ſei, ſich ſtrikte an die Vorſchriften des Komptabilitätsgeſetzes zu halten. Was das Unternehmen betreffe, um das es ſich handele, ſo entſpreche es den Staatsintereſſen und verſchaffe zahlreichen Arbeitern Beſchäftigung. Santini und Farina bekämpften lebhaft den Verkauf der Schiffe; Erſterer befürchtete, dies könnte diplomatiſche Verwicklungen nach ſich ziehen. Farina glaubte, es ſei nicht angängig, daß ein Verkauf ſtattfinde; die Schiffe „Vareſe" und „Garibaldi" könnten nicht verkauft werden, ohne daß ein beſonderes Geſetz dies genehmigte. Der Marineminiſter wies die Beſchuldigung zurück, daß die Operation, um die es ſich handle, das Anſehen der Marine ſchädigen könnte. Ihm liege immer der Gedanke am Herzen, die „nationale Arbeit" dadurch zu fördern, daß die eigenen Schiffe in Italien gebaut würden, ohne Heranziehung des Auslandes. Die Schiffe, die jetzt verkauft werden ſollten, ſtänden noch nicht in der Schiffsliſte als Eigenthum des Staates aufgeführt, es ſeien die im Bau befindlichen Schiffe „Garibaldi" und „Vareſe". Außer dem Vortheil der nationalen Arbeit trage der Verkauf zur Erhöhung des Anſehens des Staates bei, denn, wenn die Vereinigten Staaten wegen des Ankaufs italieniſcher Schiffe unterhandelten, ſo bedeute das, daß ein ſo induſtrielles Volk den Fortſchritt des italieniſchen Schiffsbaues hochſchätze. Er könne verſichern, daß, wenn die Verhandlungen wegen des Verkaufes der beiden Schiffe nicht zum Abſchluſſe kommen, ſchon ein Vertrag mit auswärtigen Häuſern wegen des Ankaufes ähnlicher Schiffe bereit liege. Die Regierung müſſe die Frage nach jeder Richtung reiflich erwägen, ehe ſie deshalb eine abſchlägige Antwort ertheile. Die Vertheidigungskraft der italieniſchen Flotte erleide durch den Verkauf keine Einbuße, da es ſich um zwei noch nicht vollendete Schiffe handle, die durch andere und beſſere erſetzt werden könnten. Es ſei noch keine endgültige Entſcheidung getroffen, die Regierung werde ſich von den wahren Intereſſen des Landes und von dem doppelten Standpunkte der nationalen Arbeit und der Vertheidigung leiten laſſen. Es ſei ein Lebensintereſſe für Italien, daß der Markt der Kolonien in Südamerika der italieniſchen Arbeit offen und erhalten bleibe; irgend welche Komplikationen könne die vorliegende Frage nicht herbeiführen. — Schließlich brachten Nobili, Santini und Gen. den Antrag ein, die Regierung aufzufordern, daß ſie der Kammer einen entſprechenden Geſetzentwurf vorlege, ehe ſie zu dem Verkauf der Schiffe ſchreitet. Auf den Vorſchlag des Marineminiſters wurde die Berathung des Antrages auf Sonnabend feſtgeſetzt.

**Im Kongoſtaat** iſt die Lage am Oberkongo ſo mißlich, daß die kongoſtaatliche Regierung in Brüſſel ſich genöthigt ſieht, eine theilweiſe Aufklärung zu veröffentlichen. Wie erinnerlich, hatten ſich am 15. Februar 1897 die ſchwarzen Truppen der kongoſtaatlichen Nilarmee empört, ihre Offiziere ermordet und waren unter Mitnahme aller Waffen und der Munition nach dem Süden in ihre Heimath aufgebrochen. Trotz zahlreicher Kämpfe gelangten ſie an den Albert Edward-See, drangen in engliſches Gebiet in Toru ein und beläſtigten auch in dem deutſchen Herrſchaftsgebiet liegende Länder. Lieutenant Henry ſchlug zwar die Meuterer, konnte ſie aber auf ihrem Marſche nicht aufhalten, ſondern mußte ſich nach dem Aruwimi zurückziehen. Darauf wurde der Kommandant Van Gèle nach dem Kriegsſchauplatze geſandt, der im Januar am Stanleypool eingetroffen und ſich im Februar nach der Station an den Fällen begeben hat. Auf ſeinen Meldungen beruht augenſcheinlich der Aufklärungsbericht der Kongoregierung. Die Meuterer haben ſich in mehrere ſtarke Abtheilungen getrennt, die ſchwer zu erreichen ſind; ſie weichen dem Kampfe aus und bewegen ſich in einem Kreiſe, der durch den achtundzwanzigſten Meridian öſtlich von Greenwich, den Süden des Albert Edward-Sees und den Norden des Tanganyikaſees begrenzt wird. Der nach dem Aufruhr der Nilarmee nach Manyema geeilte Kommandant Dhanis hat jetzt vier ſtarke Truppenkolonnen in Marſch geſetzt, um die Meuterer zu Paaren zu treiben. Kapitän Doorme ſucht ſie von der Front anzugreifen; es iſt ihm gelungen, eine Abtheilung Meuterer am 20. Dezember zwiſchen den Flüſſen Lowa und Oſo im Weſten des 28. Grades anzutreffen. Die von dem Batelaführer Solibota geführten Meuterer wurden nach heißem Kampfe geſchlagen; Lieutenant Melaerts fiel im Kampfe. Die von dem Hauptmann Long und dem Lieutenant De Berg geführten Kolonnen ſuchen durch einen Flankenmarſch längs der Ufer des Tanganyikaſees die Meuterer zu umgehen, während die vierte von dem Lieutenant Henry geführte Kolonne vom Rücken aus die Meuterer angreifen ſoll. Kommandant Dhanis ſelbſt ſteht mit einer ſtarken Truppe im Mittelpunkte der Operationen, um bei bedrohter Lage eingreifen zu können. — Aus dieſer Darlegung ergiebt ſich der Ernſt der Lage, obwohl die Kongoregierung wohl nicht die volle Wahrheit geſagt haben wird. Den Kongotruppen ſtehen ebenbürtige ſchwarze Soldaten gegenüber, deren Führer von den Belgiern die Kriegführung erlernt haben und die über europäiſche Waffen verfügen. Zudem ſtehen ihnen jederzeit neue ſchwarze Hülfstruppen zur Verfügung.

**Die Kriſis in Transvaal** in Folge der Abſetzung des den Engländern dienſtbaren Oberrichters Kotze ſpitzt ſich zu. Der Richter Ameshof begründete in einem offenen Schreiben ſeinen Rücktritt damit, daß er als ehrenhafter Mann nach der Beleidigung des Oberrichters nicht weiter im Amte bleiben konnte. Während der neun Jahre ſeiner Amtsthätigkeit ſeien die Richter durch die Regierung bisweilen ſo unwürdig behandelt worden, wie es in ziviliſirten Staaten unmöglich ſei. Die geſammte Korreſpondenz zwiſchen den Richtern und der Regierung ſeit 1896 ſoll veröffentlicht werden.

Wenn die Boerenrepublik ſämmtliche Richter und ſonſtige Juriſten nunmehr los würde, ſo könnte dort ein Zuſtand eintreten, um den manche alte europäiſche „Kulturländer" den ſüdafrikaniſchen Staat beneiden dürften.

**Zum ſpaniſch-amerikaniſchen Konflikt** liegen folgende Nachrichten vor. Dem Reuter'ſchen Büreau wird aus Waſhington gemeldet:

Der Kapitän Marix mit dem Bericht der Unterſuchungskommiſſion betreffend die Exploſion auf der „Maine" iſt am Donnerstag hier eingetroffen und auf dem Bahnhof, wo eine große Menſchenmenge verſammelt war, von einem Beamten des Marinedepartements empfangen worden. Der Bericht ging am Freitag an den Marineſekretär Long, dann an den Präſidenten Mac Kinley ab. Demnächſt gelangt er im Kabinetsmeeting zur Verleſung. Am Montag wird er dem Kongreß zugehen mit einer kurzen Botſchaft über die der Exploſion vorangegangenen Ereigniſſe. Der Bericht wurde nach Madrid telegraphirt, wo er von dem amerikaniſchen Botſchafter der ſpaniſchen Regierung vorgelegt werden wird. Es verlautet, daß keine Reklamation an Spanien gerichtet werden ſoll, jedoch ſei die Vorlegung der Thatſachen gleichbedeutend mit dem Verlangen nach Aufklärung. Mac Kinley wird indeſſen auf der Intervention zur Linderung des Elends auf Kuba binnen einer Woche oder zehn Tagen nach Uebermittelung des Berichtes an den Kongreß beſtehen.

Nach einer weiteren dem Reuter'ſchen Büreau zugegangenen Meldung aus Waſhington über den angeblichen Inhalt der „Maine"-Kommiſſion ſolle dieſer Bericht die Kataſtrophe zwei auf einander folgenden Exploſionen zuſchreiben, von denen die erſte durch eine unterſeeiſche bewegliche Mine erfolgt wäre, wogegen die zweite in einer kleinen Pulverkammer ſtattgefunden habe. Selbſtverſtändlich bedürfen auch gegenwärtig alle Meldungen über den Inhalt des Berichtes der Beſtätigung.

Eine Depeſche der „World" aus Habana meldet, daß, wenn die Vereinigten Staaten eine Entſchädigung für den Verluſt der „Maine" verlangen, Spanien ſeine Gegenforderung von mehreren Hundert Millionen Dollars für den Schaden, den die Flibuſtier-Expeditionen verurſachten, aufſtellen würde.

In Amerika rüſtet man weiter. Nach telegraphiſchen Nachrichten kaufte das Marinedepartement acht Dampfyachten und 4 Schleppdampfer, die als Hülfsſchiffe der Flotte dienen ſollen. 16 Schiffe, die zum Leuchtdienſt gehören, ſind dem Marinedepartement überwieſen worden. — Wie verlautet, haben die Mitglieder des weſtlichen Theiles der Seeſtreitkräfte Befehl erhalten, ſich bereit zu halten zum Uebertritt nach dem öſtlichen Theil, wo ſie an Bord der Hülfsſchiffe dienen ſollen.

**Einen Schlag gegen das Wahlrecht** bereitet die republikaniſche Partei des Staates New-York vor. Sie hat einen Geſetzesvorſchlag ausgeheckt, welcher nicht nur eine weſentliche Beeinträchtigung des geheimen Stimmrechts involvirt, ſondern überhaupt den kleinen Parteien die größten Hinderniſſe in den Weg legt. Es wird nämlich durch jenen Entwurf beſtimmt, daß jeder Wähler bei der Regiſtrirung angeben muß, an welcher Partei-Nominations-Verſammlung er theilnehmen will; ohne dieſe Erklärung hat er nicht das Recht der Betheiligung an einer ſolchen Verſammlung. Außerdem ſoll künftig nur dann eine Partei zu einem Platz auf dem offiziellen Wahlzettel berechtigt ſein, wenn ſie bei der vorhergegangenen Wahl mindeſtens drei — ſtatt ein — Prozent der Geſammtſtimmenzahl für ihre Kandidaten erzielte! Von weniger Bedeutung iſt die ſchon beſchloſſene Einführung von zwei- ſtatt einjähriger Legislaturwahlen; die endgültige Entſcheidung über dieſe Verfaſſungsänderung hat, wenn die Legislatur in ihrer nächſten Seſſion nochmals dafür ſtimmt, im Jahre 1900 durch Volksabſtimmung zu erfolgen.

**Die auſtraliſche Föderations-Konvention,** welche die jetzt vollkommen unverbunden neben einander ſtehenden autonomen Kolonien des jüngſten Welttheils zu einem Bundesſtaat unter der Oberhoheit der britiſchen Krone nach Art der Dominion of Kanada vereinigen ſoll, hat vom 20. Januar bis 15. März wieder in Melbourne getagt, nachdem ſie ſchon im vorigen Jahre zwei Seſſion in Adelaide und in Sydney abgehalten hatte. Vorläufig ſind jedoch die Ausſichten auf das baldige Zuſtandekommen der „Vereinigten Staaten von Auſtralien", deren gänzliche Loslöſung vom Mutterlande Manche über kurz oder lang erwarten, recht geringe. Die Verhandlungen der Konvention haben ergeben, daß die Intereſſen-Gegenſätze wie auch mancherlei Eiferſüchteleien zwiſchen den einzelnen Kolonien noch viel zu große ſind, um eine Einigung in naher Zeit erwarten zu laſſen. Da iſt vor Allem der Gegenſatz zwiſchen dem freihändleriſchen Neu-Süd-Wales und dem hochſchutzzöllneriſchen Victoria, dann der zwiſchen größeren und kleineren Kolonien hinſichtlich der Vertretung in dem künftigen Bundes-Parlament und der Befugniſſe desſelben namentlich in finanzieller Beziehung; man ſtritt ſich, ob den Anwohnern des Oberlaufes eines Fluſſes die Ableitung von Waſſer zur Berieſelung der Felder geſtattet ſein ſoll, wodurch die Schiffbarkeit des Unterlaufes beeinträchtigt würde, ferner ob die einzelnen Kolonien ihre Eiſenbahn-Tarife ſelbſtſtändig regeln ſollen, ob die recht anſehnlichen Schulden derſelben auf den Bund übernommen werden ſollen u. ſ. w. Die Beſchlüſſe über dieſe und andere Fragen ſind meiſt mit ſehr geringen Mehrheiten gefaßt worden, ſo daß der Ausgang der Volksabſtimmung über den vereinbarten Verfaſſungsentwurf, welche über die Annahme oder Ablehnung entſcheiden ſoll, recht ungewiß iſt. Auch in den beſtehenden kolonialen Einzel-Parlamenten macht ſich ſtarker Widerſtand geltend, theils aus ſachlichen Rückſichten, theils weil manche der zahlreichen Gewerbspolitiker unter den jetzigen Verhältniſſen beſſer auf ihre Rechnung zu kommen glauben; ſo hat das Parlament der „Mutter-Kolonie" Neu-Süd-Wales für die Annahme der Bundesverfaſſung in der Volksabſtimmung eine ſo hohe Mindeſt-Stimmenzahl vorgeſchrieben, daß ihre Erreichung im höchſten Grade zweifelhaft iſt. Queensland, deſſen Zuckerrohr-, Baumwoll- und Kaffeepflanzer von einem Bundesparlament unter Einfluß der Arbeiterpartei das Verbot der Einfuhr farbiger Arbeiter fürchten, hat ſich ebenſo wie das vom auſtraliſchen Kontinent ziemlich weit entfernte Neu-Seeland an der Konvention gar nicht betheiligt. Bereits empfiehlt denn auch unter dieſen Umſtänden das einflußreichſte Preßorgan der neben Neu-Süd-Wales bedeutendſten Kolonie Victoria die abermalige Verſchiebung der Föderations-Aktion.

Die vorſtehend erwähnten farbigen Arbeiter ſind im Grunde genommen nichts weiter als Sklawen auf Zeit. Es ſind Südſee-Inſulaner, welche zu längeren, meiſt ſiebenjährigen Kontrakten „überredet" werden, wenn der Lieferant von Menſchenfleiſch es nicht vorzieht, die Leute einfach gewaltſam fortzuſchleppen, wobei es ihm auf etwas Blutvergießen nicht ankommt. Daß die Plantagenbeſitzer von Queensland ein Bundesparlament, wo auch andere Stimmen als die ihrigen ſich erheben, ſehr fürchten müſſen, liegt auf der Hand.

## Hamburger Neuigkeiten.

Hamburg, 26. März.

—a— **„Ich ſchaffe keine Märtyrer mehr!"** ſagte neulich im Reichstage Herr v. Podbielski unter Bezugnahme auf die Praxis Stephans, Poſtbeamte, welche ſich durch Betheiligung an Organiſationsbeſtrebungen oder auf ähnliche Weiſe mißliebig gemacht, zu maßregeln. Wir wollen nun die Aufrichtigkeit des Poſtminiſters nicht in Zweifel ziehen; aber rathen möchten wir ihm, ſich einmal umzuſehen, was die ihm unterſtellten Behörden in dieſer Beziehung thun. Und da wollen wir ihn gleich auf einen bezeichnenden Fall aufmerkſam machen. Am 15. Februar fand hier in Hamburg eine Verſammlung von Poſtunterbeamten ſtatt, in welcher viele der Anweſenden das Verbrechen begingen, dem Redner, welcher Mißſtände bei der Poſt tadelte, Beifall zu ſpenden. Das durfte nicht ungerochen bleiben und ſo wurden denn der Briefträger Caeſar und der Poſthülfsbote Lange gekündigt. Nicht genug mit dem warnenden Exempel! Im Laufe der verfloſſenen Woche wurden ſämmtliche Poſtunterbeamte von einer Verfügung in Kenntniß geſetzt, welche die Unterſchrift: „Vorbeck, kaiſerlicher Ober-Poſtdirektor", trägt. Nach Verleſung des Aktenſtücks mußten die Poſtunterbeamten daſſelbe unterſchreiben. Der Inhalt dieſer denkwürdigen Verfügung iſt ungefähr der, die Unterbeamten hätten ſich eines großen Vergehens ſchuldig gemacht, weil ſie nicht gleich die Verſammlung verließen, als ſie merkten, daß dieſelbe eine ſozialdemokratiſche ſei. (In Parentheſe ſei bemerkt, daß dieſe Verſammlung keineswegs eine Veranſtaltung der ſozialdemokratiſchen Partei war, daß die Leitung der letzteren nicht einmal Kenntniß von derſelben hatte, und daß uns auch nicht einmal bekannt iſt, ob wirklich Sozialdemokraten als Redner oder Leiter auftraten.) Den Unterbeamten wird ſtrengſtens zur Pflicht gemacht, weder ſozialdemokratiſche Verſammlungen zu beſuchen, noch ſolchen Verbänden und Vereinen ſich anzuſchließen. Sogar ſozialdemokratiſche Zeitungen ſollen ſie nicht leſen oder vertreiben (außeramtlich, denn amtlich müſſen ſie nach wie vor ſozialdemokratiſche Zeitungen beſtellen); überhaupt haben ſie ſich von allen ſozialdemokratiſchen Beſtrebungen fernzuhalten. Wer dieſer Verfügung zuwiderhandelt, ſoll ſofort aus dem Dienſt entlaſſen werden. — Die Herren Amtsvorſteher begnügten ſich zum Theil nicht mit der Verleſung dieſes Aktenſtücks, ſondern thaten aus Eigenem noch etwas zur endgültigen Vernichtung der Sozialdemokratie, indem ſie z. B. auf den Gegenſatz zwiſchen „gewöhnlichen" Arbeitern und Poſtunterbeamten, die des „Kaiſers Rock" trügen (beſagter Rock wird vom Volke, nämlich aus den Reichseinnahmen, und ſomit auch von „gewöhnlichen" Arbeitern bezahlt) hinwieſen, den Zukunftsſtaat in bekannter Weiſe frei nach Eugen Richter ad abſurdum führten u. ſ. w. Wichtig an dieſer Redeübung iſt der Hinweis, es ſei falſch, wenn behauptet werde, Herr v. Podbielski kümmere ſich nicht um das Privatleben ſeiner Beamten; Herr v. Podbielski kümmere ſich ſogar ſehr darum und mit der Sozialdemokratie würde er kurzen Prozeß machen. — Dem Staatsſekretär wird wohl bald Gelegenheit gegeben werden, ſich über die Thaten ſeines Hamburger Ober-Poſtdirektors auszuſprechen.

**Die nächſte Sitzung der Hamburger Bürgerſchaft** findet am Mittwoch, 30. März, 7 Uhr Abends, ſtatt. Auf der Tagesordnung ſtehen: 1) Antrag des Senats, betreffend fernere Nachbewilligung von M. 125 000 auf den im Staatsbüdget von 1897 für Unvorhergeſehene Ausgaben bewilligten Poſten. 2) Antrag des Senats, betreffend die Latein-Abtheilungen an der Realſchule in Cuxhaven. 3a) Bericht des Ausſchuſſes und Bericht der Ausſchuß-Minorität zur Prüfung des Antrages des Senats, betreffend den Platz für das Denkmal des Kaiſers Wilhelm I., ſowie die Regulirung des Rathhausmarktes und die Verbreiterung des Alten Jungfernſtieges. 3b) Bericht der Gemeinſchaftlichen Kommiſſion des Senats und der Bürgerſchaft für die Errichtung eines Denkmals für den Kaiſer Wilhelm. 3c) Antrag des Senats, betreffend die Errichtung eines Denkmals für den Kaiſer Wilhelm, ſowie Ergänzung bezw. Abänderung des Antrages vom 19. März 1897, betreffend den Platz für das Kaiſer-Denkmal, Regulirung des Rathhausmarktes u. w. d. a. (Fortſetzung der Berathung.) 4) Antrag des Senats, betreffend Vergrößerung eines Kohlenſchuppens auf dem Gaswerk Barmbek. 5) Antrag des Senats, betreffend Erſatzarbeiten an Zentral-Heizungsanlagen in verſchiedenen Staatsgebäuden. 6) Antrag des Senats, betreffend Bewilligung einer ſtaatlichen Beihülfe für die Pflaſterung des Weges von Döſe nach Duhnen. 7) Antrag des Senats, betreffend Gewährung eines Beitrags zu den Koſten des Neunten Deutſchen Turnfeſtes. 8) Antrag des Senats, betreffend Einrammung dreier Duc d'Alben vor dem Schuhmacherwärder. 9) Antrag des Senats, betreffend fernere Gewährung von Staatsbeihülfe an den Pferdezuchtverein in den Hamburger Marſchen. 10) Antrag des Senats, betreffend den Ankauf von Ländereien in Fuhlsbüttel. 11) Antrag des Senats, betreffend den Ankauf der Julius Eduard Lübbers gehörigen Ländereien in Horn. 12) Antrag des Senats, betreffend Verſetzung der Hauptlehrerin an der höheren Mädchenſchule in Cuxhaven in den Ruheſtand. 13) Antrag des Senats, betreffend Ueberlaſſung eines Platzes für ein Paſtorat auf der Schlankreye. 14) Antrag des Senats, betreffend Nachbewilligung für das Chemiſche und das Phyſikaliſche Staatslaboratorium.

**Bei der Bürgerſchaft ſind eingegangen:** Ausſchußbericht, betr. Erſatz der maſchinellen Windenanlage im Kaiſpeicher B in der Meyerſtraße durch eine neue; dritter Bericht der Bebauungsplankommiſſion (dritter Ausſchußbericht hierüber); Senatsantrag, betr. Nachbewilligung von M. 125 000 auf „Unvorhergeſehene Ausgaben" im Staatsbüdget für 1897; Senatsantrag, betr. Nachbewilligung für das Chemiſche und das Phyſikaliſche Staatslaboratorium; Erwiderung des Senats, betr. den dritten Bericht der Bebauungsplankommiſſion.

**Aus der Theaterwelt.** Im Hamburger Stadttheater wird am Sonntag Mittag „Wilhelm Tell", Abends „Die Königin von Saba" aufgeführt; im Altonaer Stadttheater „Fritzchen" und „Das neue Ghetto"; im Thalia-Theater Nachmittags „Mein Leopold", Abends „Fritzchen und Lieschen", „Bei Waſſer und Brot" und „Guten Morgen, Herr Fiſcher. Am Donnerstag, 31. März, wird zum Benefiz für Herrn Nhil zum erſten Male „Die thörichte Liebe" aufgeführt, vorher „Mein neuer Hut". — Im Carl Schultze-Theater bringt der Nachmittag „Die Jungfrau von Belleville", der Abend „Die Fledermaus" und das Mimodrama „Der erſte Karneval". — Im Ernſt Drucker-Theater wird am Sonntag Nachmittag „Aladin" oder „Die Wunderlampe" aufgeführt, Abends findet eine Wiederholung der Feſtvorſtellung des 50jährigen Erinnerungstages der Erhebung Schleswig-Holſteins und die Aufführung der Geſangspoſſe „Lumpacivagabundus" ſtatt. Am Montag findet das Benefiz für die Schauſpielerin Fräulein Elſa Kronfels ſtatt. Dieſelbe hat zu ihrem Ehrenabend das Schauſpiel „Mutterſegen" gewählt. — Das Theater der Centralhalle bringt Nachmittags „Der Wahnſinnige von Mariaberg", Abends „Kapitän Dreyfus".

**Kaiſer-Panorama,** Werſtraße 13 a. Welch' eine Fülle von Genüſſen und Anregungen eine Reiſe durch eine, durch Naturſchönheiten geſegnete Gegend dem denkenden und empfänglichen Menſchen zu bieten vermag, tritt uns im Anſchauen der in dieſer Woche ausgeſtellten photoplaſtiſchen Anſichten des Salzkammergutes klar in's Bewußtſein. Entzückend ſchön ſind die verſchiedenen Fernſichten auf Salzburg, vom Mönchsberge und vom Kloſtergarten aus, ſowie der Anblick der Feſte Hohenſalzburg. Nicht minder lohnend ſind die Anſichten von Gmunden und Iſchl, ſowie der Villen Fürſt und Johannisberg, des Traunfalles u. ſ. w.

**Die öffentliche Ausſtellung der Malerfachſchule von Carl Nordmann** in Eimsbüttel, Fettſtraße 22, findet am Sonntag, 27. d. M., von 10 Uhr bis 5 Uhr ſtatt.

**Sturmwarnung.** Die Deutſche Seewarte veröffentlicht heute, 4 Uhr 15 Min. Nachmittags, folgende Sturmwarnung für die ganze Küſte. Gefahr noch nicht vorüber. Signalball.

w. **Vom Hafen und von der Schifffahrt.** Das eiſerne Schiffe „Pampa", der Rhederei F. Laeisz, iſt geſtern Abend trotz des ſtürmiſchen Wetters in See gegangen, um nach St. Francisco zu ſegeln. — Der Dampfer „Marie Woermann" iſt heute von hier nach Afrika abgegangen. Außer voller Ladung befinden ſich auch Paſſagiere an Bord, worunter ein Offizier, zwei Unteroffiziere und 14 Mann der Schutztruppe. Der Dampfer bringt auch Kanonen und Munition nach Afrika. — Der geſtern von hier abgegangene franzöſiſche Dampfer „Emma" gerieth auf dem Mittelrücken auf Grund feſt. Der Schleppdampfer „Albatros" ging von Cuxhaven ab, um dem Dampfer zu aſſiſtiren, mußte jedoch unverrichteter Sache wieder umkehren, da die „Emma" bereits ohne fremde Hülfe abgekommen war. — Der engliſche Dampfer „Iris", welcher geſtern Abend von hier nach London abging, gerieth bei Schulau auf Grund feſt, wo der Dampfer „Kriemhild" feſtſitzt und leichtert, worüber wir geſtern berichteten. Mit der Fluth wurde das vordere Theil der „Iris" flott und ſchwoite der Dampfer gegen die „Kriemhild", wodurch er ein bedeutendes Loch im Bug erhielt, ſo daß das Vorderſchiff ſich mit Waſſer füllte. Der Schleppdampfer „Hurrah" wurde herbeigerufen und nahm die „Iris" in's Tau, um ſie nach hier zu ſchleppen, konnte jedoch mit dem Dampfer nur bis Nienſtedten kommen, wo er ihn an der ſüdlichen Seite des Fahrwaſſers auf Grund feſtſetzte. Der Dampfer ſoll dort geleichtert werden, damit das Loch aus dem Waſſer kommt und proviſoriſch gedichtet werden kann. Der Dampfer „Kriemhild" hat nur leichte Beſchädigungen erhalten. Später hat ſich der von hier nach Afrika beſtimmte Dampfer „Greek" beim Abgehen neben den Dampfer „Kriemhild" feſtgeſetzt.

w. **Sturm aus Nordoſt.** Der in den letzten Tagen herrſchende ſchwere Nordoſtſturm, begleitet von heftigen Schneeböen, veranlaßte viele in See gegangene Schiffe, zurückzukehren. So trafen in Cuxhaven ein und gingen in den Hafen von Cuxhaven vor Anker mehrere Fiſcherkutter von Finkenwärder, Blankeneſe, Cranz u. ſ. w. — Der norwegiſche Dampfer „Hajeen", welcher ſeewärts beſtimmt war, ging mit noch mehreren Schiffen bei Cuxhaven bezw. Altenbruch vor Anker, um beſſeres Wetter abzuwarten. — Der Dampfer „Alexander Shukoff" ging von hier ab und dann auf der Rhede von Cuxhaven vor Anker. Später ging das Schiff mit leichtem Maſchinenſchaden elbaufwärts. — Der Finkenwärder Fiſcherkutter „H. F. 65" wollte bei Altenbruch vor Anker gehen, wurde jedoch auf ein Steinſtack getrieben und befindet ſich in einer gefährlichen Lage. Von Cuxhaven ſind bereits mehrere Schleppdampfer abgegangen, die dem Fiſcher Hülfe leiſten wollen. — Der Dampfer „Albis", welcher geſtern von hier abging, mußte bei Cuxhaven vor Anker gehen, wodurch er Schaden an dem Ankerſpill erlitt. Der Schaden wird in Cuxhaven beſeitigt werden. — Der Schleppdampfer „Borkum" ging vorgeſtern mit dem Leichter „Heinrich" von Swinemünde nach Itzehoe ab. Als ſich der Schleppzug in der Oſtſee befand, wurde er von dem Nordoſtſturm überraſcht. Der Leichter ſprang leck, lief voll Waſſer und ſank bald darauf auf Grund. Der Beſatzung des Schleppdampfers „Borkum" gelang es mit vieler Mühe, die Mannſchaft des Leichters zu retten und bei ſich an Bord zu nehmen. Heute trafen die Geretteten hier ein. Der Leichter „Heinrich" war mit Zucker beladen, welcher für die Zuckerfabrik in Itzehoe beſtimmt war. — Der engliſche Dampfer „Seamew", welcher heute Morgen auf der Elbe eintraf, hat, als er von Harwich abgegangen war, in See ein Küſtenfahrzeug übergerannt, deſſen Beſatzung muthmaßlich ertrunken iſt. Vom Cork-Feuerſchiff iſt ein Rettungsboot nach der Unfallſtelle gefahren, hat jedoch nur einen Maſt und eine Gaffel treibend gefunden, die muthmaßlich von dem geſunkenen Schiffe herrühren. Der Name des Schiffes iſt unbekannt.

w. **Unglücksfälle.** Der Maſchiniſt A. Sorge, welcher in der Reparaturwerkſtatt der Hafendampfſchifffahrt-A.-G. angeſtellt iſt, zog ſich eine bedeutende Verletzung am rechten Arm zu. Der Schloſſer A. Tramp, Mitglied des Rothen Kreuzes, hat den Kollegen verbunden und ihn nach ſeiner Wohnung gebracht. — Der Hafenlootſe Rothbarth glitt an Bord des Dampfers „Clio" aus und brach den rechten Fuß. Der Verunglückte iſt von einem Arzt verbunden und von Kellegen nach ſeiner Wohnung gebracht worden.

= **„Das Fenſter der Zukunft"** heißt eine Erfindung des in der Ottoſtraße wohnenden Privatiers Krenzin. Das Fenſter, das an der Wandsbeker Chauſſee Nr. 172 ausgeſtellt iſt, hat einen einfachen, aber ſinnreichen Mechanismus, der es ermöglicht, daß die äußere Seite des Fenſters nach Innen gedreht werden kann, ohne daß die Gardinen berührt werden. Das Fenſter hat gegenüber den vielen und zum Theil auch patentirten Erfindungen auf dieſem Gebiet einen entſchiedenen Vorzug. Die durch eine veränderte Charnierſtellung nach Innen ſchlagenden Fenſter haben ſich bisher bekanntlich nicht eingebürgert. Ob dieſe Erfindung praktiſche Verwendung finden wird? Vorläufig wird das Kapitel „Unglücksfälle beim Fenſterklären" noch nicht verſchwinden.

**Selbſtmordverſuch.** Eine 42jährige, am Schaarſteinweg wohnende Wittwe ſprang heute Morgen 7 Uhr aus unbekannten Gründen bei der Alſterluſt in die Alſter, um ſich zu ertränken, wurde aber von einem Manne gerettet. Man brachte ſie zunächſt nach der Naboiſenwache und ſpäter in's Kurhaus.

**Die Leiche eines unbekannten Mannes** wurde bei der Hubbrücke am Krahnhöft aus der Elbe gezogen und dem Kurhauſe übergeben.

**In der Fabrik „Asbeſt- und Gummiwerke, A. Calmonn, Akt.-Geſ.",** Dorotheenſtraße, ſind in letzter Zeit mehrere ſchwere Unglücksfälle paſſirt, ohne daß dieſelben in der Oeffentlichkeit bekannt wurden. So hatte z. B. am letzten Montag der Arbeiter Zeuge das Unglück, beim Reinigen einer Walze in das Getriebe zu kommen und ſich drei Finger der linken Hand abzuquetſchen. Der Verletzte wurde in ein Krankenhaus gebracht. Hoffentlich wird die Unterſuchung den Schuldigen entdecken. Die Maſchine ſoll im Gange geweſen ſein. Wie uns mitgetheilt wird, ſoll genannte Fabrik ein außerordentlich gefährlicher Betrieb ſein; dafür werden aber auch horrende Löhne gezahlt: Arbeiter M. 16, Arbeiterinnen M. 7½—8. Die armen Aktionäre mußten ſich leider für letztes Jahr mit nur 12 pZt. Dividende begnügen, bei reichlicher Abſchreibung und Anſchaffung vieler neuer Maſchinen. Zeit iſt es aber für die Arbeiter dieſer Fabrik, endlich auch einmal an eine Organiſation zu denken.

= **Provozirende Arbeitswillige.** Die zur Zeit in der Piaſſavafabrik auf dem Hammerſteindamm beſchäftigten Arbeitswilligen fühlen ſich als Herren der Situation. Anders iſt ihr Auftreten gegenüber den Paſſanten des Hammerſteindamms nicht zu verſtehen. Am Dienstag wurde, wie bereits mitgetheilt, ein früherer Arbeiter vorgenannter Fabrik, der ruhig ſeines Weges ging, überfallen und mittels Gummiſchläuchen, Kaffeeflaſchen ꝛc. ſchwer mißhandelt. Am Morgen deſſelben Tages wurde ein nicht bei Eggert beſchäftigt geweſener Paſſant angerempelt. Da jetzt einige Arbeitswillige, wie durch Zeugen feſtgeſtellt worden iſt, erklärt haben, dem Streikbruder N. N. die Knochen kaput ſchlagen zu wollen, ſo hat dieſer gegen die Betreffenden Anzeige erſtattet.

**Unglücksfälle.** In Folge von Trunkenheit kam ein Schuhmacher heute Morgen auf dem Schweinemarkt zu Fall und blieb bewußtlos liegen. Er fand Aufnahme im Kurhauſe, da er eine erhebliche Kopfwunde bei dem Fall davongetragen hat. — Eine Fußverſtauchung zog ſich ein in der Bartholomäusſtraße 49 wohnender Arbeiter zu, den man in das Alte Allgemeine Krankenhaus brachte. — Bei einem Beſuch in der Seilerſtraße 58 fiel geſtern Abend ein 6jähriger Knabe aus einem Etagenfenſter auf die Straße hinab und zog ſich mehrere Rippenbrüche zu. Der Verunglückte wurde von einem Arzt verbunden und dann in die Wohnung der Eltern in der Wilhelminenſtraße 22 gebracht. — Eine Frau aus Neuhof wurde geſtern Nachmittag Ecke Großer Burſtah und Hahntrapp von einem durch den Sturm herabgewehten Firmenſchild am Kopf und im Geſicht verletzt. Die Frau wurde zunächſt nach der Polizeiwache und ſpäter nach Neuhof gebracht.

= **Verhaftet** wurde heute Nachmittag auf dem Steindamm in St. Georg ein anſtändig gekleideter junger Mann, der bei einem Manufakturiſten Waaren auf den Namen eines dieſem perſönlich bekannten Geſchäftsmannes erſchwindeln wollte. Der Manufakturiſt bewirkte die Verhaftung des jungen Menſchen.

**Selbſtmord eines Verbrechers im Polizeiarreſt.** Der zur Zeit obdachlos geweſene 43jährige Korbmacher Heinrich Johann Friedrich Schmidt aus Schleswig wurde geſtern Abend feſtgenommen, als er bei einem Pfandleiher in St. Pauli geſtohlene Silberſachen verſetzen wollte. Man brachte ihn in Haft und ſperrte ihn in die Arreſtzelle der Polizeiwache 14 in der Eimsbüttelerſtraße. Heute Morgen fand man ihn als Leiche in der Zelle; er hatte ſich an ſeinem Leibriemen erhängt. Schmidt, der erſt kürzlich aus dem Zuchthauſe in Rendsburg entlaſſen worden war, hatte dort eine Zuchthausſtrafe von 10 Jahren verbüßt.

**Eine Tochter ſchlägt ihren Vater mit einem Beil vor den Kopf.** Ein am Brauerknechtgraben wohnender Arbeiter, der in ſtetem Unfrieden mit ſeiner 28jährigen Tochter lebt, die ihm vorwirft, dem Trunke ergeben zu ſein, gerieth geſtern Abend abermals mit derſelben in Streit. Im Verlaufe deſſelben ergriff die Tochter ein Beil, ſchlug damit ihren Vater vor den Kopf und brachte ihm eine zwei Zoll lange Stirnwunde bei, ſo daß er ärztliche Hülfe in Anſpruch nehmen mußte. Die Tochter wurde in Haft genommen.

**Der Militärbehörde überliefert** wurde ein geſtern aus England mit einem engliſchen Dampfer hier eingetroffener Seemann, der vor 23 Jahren von der Marine deſertirt iſt und ſich nach Amerika begeben hatte, von wo er nunmehr über England heimgekehrt iſt.

**Vermißt** werden: ſeit 22. d. M. der 31jährige Tiſchlergeſelle Karl Timm, Humboldtſtraße 71, zweite Etage; ferner ſeit dem gleichen Tage der 25jährige Schloſſergeſelle H. W. Lobenſtein, Hamburgerſtraße 65, Haus 3.

**Blinder Eifer ſchadet nur.** Ein in der Taubenſtraße wohnender Heizer gerieth in einer Wirthſchaft an der Langenreihe in St. Pauli mit dem Wirth in Streit und ſchlug in blinder Wuth mit einem Bierſeidel auf denſelben ein, traf ihn aber nicht, ſondern das Billard, deſſen Tuch beſchädigt wurde, während das Seidel in Trümmer ging, wobei der Wüthende ſich durch Glasſplitter derartig verletzte, daß er zum Verbinden in's Kurhaus gebracht werden mußte.

**In Haft kamen:** eine Frauensperſon und deren Zuhälter, die Beide in vorletzter Nacht einem Seemann in einer Wirthſchaft in der Lincolnſtraße M. 240, eine goldene Uhr nebſt Kette und einen goldenen Verlobungsring im Geſammtwerthe von M. 180 „abgepachtet“ haben; ein Frauenzimmer, das einem Seemann in St. Pauli M. 50 geſtohlen hat; ein wegen Diebſtahls vorbeſtrafter Schlachtergeſelle, der in der „Konkordia“ in St. Pauli einem Arbeiter ein Portemonnaie mit M. 2 und zwei Pfandſcheine geſtohlen hat, ferner ein Arbeiter, der die Pfandſcheine für 25 ₰ von dem Dieb kaufte und die Sachen einlöſen wollte; ein Reiſender, der einem Buchhändler in der Thalſtraße M. 31 unterſchlagen hat und außerdem verdächtig iſt, ſich auf gefälſchte Beſtellzettel Proviſion erſchwindelt zu haben.

**Diebſtähle.** Geſtohlen wurden: Katharinenſtraße 25 ein 17 Meter langes Tau im Werthe von M. 25; auf dem Wege vom Rödingsmarkt nach dem Berliner Bahnhof einem Altonaer Kutſcher aus der Parallelſtraße 33 von ſeinem Wagen ein Kolli Baumwollwaaren, gez. H. S. S. 3006; Beſenbinderhof 25, 3. Etage, zwei komplette Betten; Große Reichenſtraße ein Perſennig im Werthe von M. 50, gez. C. Schmidt, Deichſtraße 62; mittels Einbruchs bei einem Zigarrenfabrikanten am Grimm 10 zwölf halbe Kiſten Zigarren im Werthe von M. 40; einem Hausknecht in der Kleinen Reichenſtraße 28 mittels Nachſchlüſſels für M. 140 Kleidungsſtücke; einem Krüger aus dem Moldauhafen eine Jolle mit 100 Flaſchen Bier und einem Petroleumofen; von einem Wagen am Strandkai eine Laterne im Werthe von M. 2; mittels Einſchlagens einer Scheibe aus einer Wirthſchaft an der Poggenmühle die Geſchäftskaſſe mit M. 30; Bundesſtraße 46 ein Fahrrad; von einem Wagen in der Wilhelminenſtraße ein Korb mit Eiern; Heidenkampsweg 135 etwa 1000 Pfund Brucheiſen; Schaarſteinweg 9 die ſchottiſche Karre Nr. 4038; Hamburgerſtraße 210 ein Regenſchirm; Humboldtſtraße 54/56 drei Hühner.

**Feuermeldungen.** Geſtern Nachmittag 5¼ Uhr in der Abendrothſtraße Theerbrand; um 9¾ Uhr Abends Altſtädter Neuſtraße blinder Lärm; heute Nachmittag 3¼ Uhr Grünerdeich 50 Schornſteinbrand.

---

## Deutſcher Reichstag.

**Berlin**, 26. März.

(70. Sitzung.)

Am Bundesrathstiſche: Tirpitz, v. Bülow, Graf von Poſadowsky, Frhr. v. Thielmann, Reichskanzler Fürſt Hohenlohe.

Präſident v. Buol eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Die zweite Berathung der Flottenvorlage wird bei § 2 fortgeſetzt. Derſelbe fordert die Bereitſtellung der Mittel für die erforderlichen Erſatzbauten innerhalb der für die verſchiedenen Schiffstypen erforderlichen Friſten.

Präſident **v. Buol** bittet die Redner, nur ſtreng zur Sache zu ſprechen, da neben dem Flottengeſetz heute auch noch der Marineetat in zweiter Leſung erledigt werden müſſe. Eventuell werde eine Abendſitzung eingelegt werden. (Lebhaftes Murren.) Ich bitte Sie alſo, nicht wieder in eine Generaldiskuſſion zu verfallen. (Bravo! rechts.)

**Liebermann v. Sonnenberg** (Antiſ.): In Folge der Aufforderung des Herrn Präſidenten iſt es mir unmöglich gemacht, das Recht auszuüben, das alle Gruppen vorgeſtern hier gehabt, nämlich: auch unſeren Standpunkt zum Ausdruck zu bringen. Ich behalte mir vor, dies bei der dritten Leſung nachzuholen, und werde eventuell auch eine Politik der Sammlung treiben, d. h. die Herren hier zwingen, ſich dann zu verſammeln, wenn es ihnen nicht angenehm ſein ſollte. (Heiterkeit.)

**Dr. Rintelen** (Z., auf der Tribune durchaus unverſtändlich) erklärt ſich gegen den § 2, der ihm zu große Bedenken einflöße.

Staatsſekretär **Tirpitz:** Es iſt verwunderlich, daß das Aeternat hier Anſtoß erregt; der § 1 enthält auch bereits ein Aeternat. Wenn man wirklich für das deutſche Reich eine Flotte ſchaffen will, ſo darf man den Lebensnerv ihr nicht abſchneiden; und dieſer liegt in den Erſatzbauten. Im Einverſtändniß mit dem Herrn Reichskanzler habe ich in der Kommiſſion erklärt, daß ohne die Beſtimmung über die Erſatzbauten für die Regierung das ganze Geſetz unannehmbar wird. Ich will noch hinzufügen, daß die Marineverwaltung mit der Faſſung, die die Kommiſſion dem § 2 gegeben, durchaus einverſtanden iſt.

**Fuchs** (Z.): Wenn man das im § 1 liegende Aeternat bewilligt, muß man auch dem des § 2 zuſtimmen. Die ganze Welt iſt voll von Aeternaten. (Stürmiſche Heiterkeit.) Wenn der Abg. Bebel von der Art ſpricht, die man durch ein Aeternat an die Wurzel des Konſtitutionalismus legt, ſo iſt das eine furchtbare Uebertreibung. (Lebhafter Widerſpruch links.) Das Zentrum iſt ſtets national geweſen; ich bedaure, daß ſelbſt Herr v. Bennigſen uns vorgeworfen hat, daß wir dies früher nicht geweſen ſind. (Präſident v. Buol: Das gehört nicht zu § 2!) Wenn der Abg. Bebel das Schickſal der nationalliberalen Partei und damit den Zerfall uns prophezeit, ſo werden ihm die nächſten Wahlen das Gegentheil beweiſen. (Präſident v. Buol: Auch das gehört nicht zu § 2! Große Heiterkeit.) Ich bedaure es, daß jene Herren auf dieſer Höhe marſchiren. (Andauernde Heiterkeit.)

**Dr. Barth** (FVg.): Obgleich die Gründe für die Bindung für mich nicht durchſchlagend ſind, ſo habe ich mich doch entſchloſſen, für das ganze Geſetz, alſo auch nicht gegen die Paragraphen, die die Bindung enthalten, zu ſtimmen. Der Abg. Richter hat meine eigenen Artikel gegen mich ausgeſpielt und die ihm ja ſo ſehr erwünſchte Heiterkeit auch dadurch erzielt. Der Abg. Richter hat früher es als abſolut ausgeſchloſſen bezeichnet, daß ſich für das Flottenſeptennat je eine Mehrheit finden würde. Mittlerweile hat ſich eine große Wandlung in der Stimmung vollzogen, vor Allem auch im Volke; und Niemand hat das beſſer begriffen, als der Abg. Richter. Er hat dem auch Rechnung getragen, freilich in einer ſo geſchickten Art, daß man ihm nicht beikommen kann (Widerſpruch); für mich war daher grade der Theil ſeiner Rede, in der er von der Bewilligung des einen großen Kreuzers ſprach, der intereſſanteſte. Ich glaube aber, wenn man dieſe Stimmung einmal begriffen hat, ſo ſoll man in Kleinigkeiten nicht knauſern; das konſtitutionelle Pathos ſchießt hier weit über das Ziel hinaus. Und weil ich für den Grundgedanken, für die Vermehrung der Flotte bin, und weil ich weiß, daß die öffentliche Meinung, daß der größte Theil des Volkes dahinterſteht (Lebh. Widerſpruch links. Abg. Liebknecht: Löſen Sie erſt einmal den Reichstag auf!) — kann ich denn den Reichstag auflöſen? Was ſoll alſo dieſer Zwiſchenruf? — da ich, wie geſagt, von jener Ueberzeugung durchdrungen bin, ſo werde ich, mag dieſe oder jene Einzelheit auch meinen Beifall nicht finden, für das ganze Geſetz eintreten. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

**Noeren** (Z.): Es iſt mir nicht angenehm, gegen meine politiſchen Freunde Stellung zu nehmen, ich hätte mich am liebſten mit der Erklärung unſeres Vorſitzenden Grafen Hompeſch begnügt; aber die fortgeſetzten Angriffe auf Windthorſt und ſeine Haltung zum Etatsrecht zwingen mich dazu. Es wird ſo dargeſtellt, als ſetzten wir uns mit Windthorſt in Widerſpruch, wenn wir gegen das Aeternat ſind. Wenn ich von etwas felſenfeſt überzeugt bin, ſo bin ich der Ueberzeugung, wenn Windthorſt noch unter uns lebte, und es käme dann überhaupt zu einer Spaltung, er ſicher auf der Seite ſich befinden würde, die eine Bindung des Etatsrechts verwirft. (Sehr richtig! links. Singer: Hört, hört!) Wir ſind faſt Alle bereit, die Flotte an ſich zu bewilligen, aber wir wollen von den wenigen Rechten, die der Reichstag noch hat, nicht das wichtigſte aus der Hand geben. Wir wollen, wenn wir das Mandat in die Hände unſerer Wähler wieder zurückgeben, rein daſtehen. (Beifall links.) Wie man die Stellung Windthorſts zum Etatsrecht überhaupt verdächtigen kann, verſtehe ich nicht nach dem denkwürdigen Verhalten unſeres verſtorbenen Führers in der Septennatsfrage. (Sehr richtig! links.) Windthorſt wußte doch, daß der Reichstag aufgelöſt werden würde, und hat doch nicht aus Leichtſinn oder zum Spaß gegen das Septennat Stellung genommen, ſondern aus grundſätzlicher Ueberzeugung. Windthorſt war ſehr klug, und oft zum Vermitteln geneigt, aber ſtarr hielt er an ſeinen grundſätzlichen Ueberzeugungen feſt. Deshalb der ſtändig wiederkehrende Satz: Wir bewilligen jeden Mann und jeden Groſchen, aber in die Bindung des Etatsrechtes willigen wir nicht. (Sehr richtig! links. Redner verlieſt einige markannte Stellen aus Reden Windthorſts über dieſe Frage.) Wir befinden uns alſo im Einverſtändniß mit Windthorſt, wenn wir den § 2 ablehnen. (Liebknecht: Sehr wahr! Heiterkeit.) Was der Artikel 71 der Verfaſſung mit der Vorlage zu thun hat, verſtehe ich nicht. Für verfaſſungswidrig hat die Bindung des Etatsrechts noch Niemand erklärt. Es beſteht einfach die Frage: Sollen wir das Recht der jährlichen Bewilligung hier in dieſer Frage aus der Hand geben? Die Verfaſſungsbeſtimmung halte ich für ganz richtig. Es können außergewöhnliche Fälle eintreten, wo Bewilligungen auf mehrere Jahre hinaus nothwendig ſind. Hier liegt ein ſolcher Fall nicht vor. Wir ſtimmen gegen den § 2 und das ganze Geſetz. Die Regierung läßt uns manchmal ihre Macht fühlen, wir können unſer einziges Mittel, auch unſere Macht einmal der Regierung fühlen zu laſſen, nicht aus der Hand geben, umſoweniger, als wir uns kurz vor Thoresſchluß der Legislaturperiode befinden. (Beifall in der Minorität des Zentrums und links.)

**Dr. Spahn** (Z.) beſtreitet, daß Abg. Noeren Recht habe, wenn er ſich in der Frage des Etatsrechts auf Windthorſt berufe. Abg. Barth habe Recht gehabt, wenn er geſagt habe, wer für § 1 geſtimmt habe, müſſe logiſcherweiſe auch für § 2 ſtimmen, da dieſer nur die Inſtandhaltung der im § 1 bewilligten Schiffe vorſieht.

Staatsſekretär Graf **v. Poſadowsky:** Es heißt parlamentariſche Machtbefugniſſe über die Fragen der Landesvertheidigung ſtellen, wenn man der Meinung des verehrten Abg. Noeren beipflichtet. Ueber parlamentariſche Machtbefugniſſe ſteht das Wohl des Vaterlandes. (Lebhaftes Oh! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren (zu den Sozialdemokraten): Ihr Widerſpruch läßt mich kalt. Eine Partei, die das Eigenthum expropriiren will, eine Partei, die die Monarchie expropriiren will, hat für mich kein politiſches Schwergewicht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich bedaure nur, daß es noch Leute giebt, die dieſe Gefahr nicht erkannt haben, die eingeſchlafen ſind über dieſer Gefahr. (Lachen b. d. Soziald.) Nun, wir werden Alles thun, um das Volk aus dem Schlafe aufzurütteln. (Singer: Wir werden länger hier ſitzen als Sie!) Verehrter Herr Abg. Singer, ich ſtehe hier als Diener Sr. Majeſtät des Kaiſers und werde auf dieſem Poſten bleiben, ſo lange ich das Vertrauen meines Monarchen genieße. (Singer: Wir haben das Vertrauen des Volkes! Lebhafte Zuſtimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit Vergnügen werde ich jeden Tag dieſen Platz verlaſſen, wenn ich ſein Vertrauen nicht mehr beſitze. (Unruhe links.) Es iſt falſch, wenn behauptet wird, nie ſei einem Parlamente ſo etwas zugemuthet worden. In England hat man bei gleicher Bindung keine etatsrechtliche Bedenken erhoben. Die Kontinuität unſeres geſammten Staatslebens wäre bedroht, wenn ein Parlament nicht das folgende belaſten wollte. Wer die Flotte nicht will, der ſucht ſich eben ſeine Gründe auf verfaſſungsrechtlichem oder finanziellem Gebiete, während es ſich bei ihm nur um Parteitaktik handelt. (Widerſpruch links. Beifall rechts.)

**Richter** (FVp.): Der Herr Staatsſekretär ſagt: Jedes Beamtengeſetz ſei ein Aeternat. Aber wir können in jedem Etat eine Beamtenſtelle als künftig wegfallend bezeichnen. Das Flottengeſetz nimmt uns aber grade die Möglichkeit, ein Schiff als künftig wegfallend zu bezeichnen. Um die finanziellen Anforderungen der Marineverwaltung in Einklang bringen zu können mit der Steuerkraft der Bevölkerung und den Anſprüchen der übrigen Reſſorts, dürfen wir uns nicht einſeitig bei der Marine „binden laſſen“. (Sehr richtig! links.) Redner erwidert dem Abgeordneten Barth, daß ſeine Zitirung früherer Ausführungen von Mitgliedern der Freiſinnigen Vereinigung veranlaßt worden ſei durch eine Provokation des Abgeordneten Rickert, welcher davon geſprochen habe, daß Richter die Parteiſchablone über wichtige Intereſſen des Vaterlandes ſetze. Der Abg. v. Bennigſen meinte, wir ſeien erſtaunt und erſchrocken, daß die Flottenvorlage ſich in ſo mäßigen Grenzen halte. Als ich die Vorlage im „Reichsanzeiger“ las, äußerte ich zu meiner Umgebung, ſie ſei derartig, daß ich ihre Annahme durch den Reichstag für ausgeſchloſſen hielte. Wir ſind durchaus nicht gegen die Flotte. 1883 warf Graf Wilhelm Bismarck mir und dem Abgeordneten Rickert vor, wir hätten Herrn v. Stoſch viel zu viel Panzer bewilligt. Bis 1896 habe ich ſtets ebenſo geſtimmt, wie der Abg. Barth. Seitdem hat ſich Herr Barth auf den Standpunkt des Herrn Rickert geſtellt. Herr Barth hat früher die Vorlage nicht nur formell, ſondern auch materiell mißbilligt. Herr Barth hat früher vom Reichstage verlangt, daß er auf die abenteuerlichen Pläne einer Weltpolitik mäßigend und mildernd wirken ſolle. Dieſe Möglichkeit wird uns genommen, wenn dieſe Vorlage Geſetz wird. (Sehr richtig! links.) Die Möglichkeit, unſere legitimen Handelsintereſſen durch Panzer und Kanonen zu ſchützen, nimmt immer mehr ab; das ſagte Herr Barth noch vor einem Jahre. (Der Präſident erſucht den Redner, nicht Reden des Abg. Barth zu verleſen.) Der Herr Abg. Barth beruft ſich auf die öffentliche Meinung. (Rufe rechts: Schluß!) Herr Barth hat ſich beim Börſengeſetz, beim Terminhandel, durchaus nicht in ſeiner Meinung durch die ſogenannte öffentliche Meinung beirren laſſen. Iſt er nur ſo ſtandfeſt in Börſen- und Freihandelsfragen? (Sehr richtig! links.) Die Marinefragen ſind denn doch einſchneidender. Wir halten an unſerer Ueberzeugung feſt und glauben uns damit das Vertrauen unſerer Wähler zu erhalten.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Die Diskuſſion iſt geſchloſſen.

Perſönlich bemerkt

**Nören** (Z.): Der Graf Poſadowsky hat mir vorgeworfen, daß ich aus parteitaktiſchen Gründen das für die Landesvertheidigung Nothwendige ablehne und geſagt, wer die Flotte nicht will, ſchützt etatsrechtliche Bedenken vor, ich weiſe dieſe grundloſe und beleidigende Verdächtigung zurück.

Staatsſekretär Graf **v. Poſadowsky:** Ich habe nicht von parteitaktiſchen, ſondern von parlamentariſchen Rückſichten geſprochen. Eine Beleidigung des Abg. Nören hat mir vollſtändig ferngelegen.

Staatsſekretär **Tirpitz** verlieſt Stellen aus dem italieniſchen Flottengeſetz, um die Behauptung des Abg. Richter zu widerlegen, daß keinem Parlament eine ähnliche Vorlage gemacht ſei.

Präſident **v. Buel:** Es iſt ein neuer von den Abg. v. Levetzow, Graf v. Hompeſch und v. Bennigſen unterzeichneten Schlußantrag eingebracht worden.

Zur Geſchäftsordnung bemerkt

**Richter** (FVp.): Es iſt bisher unerhört, daß nach einer neuen thatſächlichen Bemerkung eines Regierungsvertreters von den Mehrheitsparteien ein Schlußantrag eingebracht wird. Ich proteſtire dagegen.

**Singer** (SD.): Ich beantrage über den Schlußantrag namentliche Abſtimmung. (Allgemeine Bewegung.)

Die Abgg. v. Bennigſen, Graf Hompeſch und v. Levetzow ziehen nacheinander ihre Schlußanträge zurück. (Große Heiterkeit.)

Die Diskuſſion wird wieder eröffnet.

**Keßler** (Z., wegen der andauernden großen Unruhe im Hauſe großentheils unverſtändlich; mehrfach Glocke des Präſidenten): Wer es ernſt mit der Wahrung der Volksrechte nimmt, kann dem § 2 nicht zuſtimmen.

**Richter** (FVp.): Die Ausführungen des Staatsſekretärs Tirpitz über das italieniſche Büdgetrecht ſind durchaus unzutreffend. Im italieniſchen Flottengeſetz iſt allerdings vom Erſatz die Rede, doch ſteht in ihm kein Wort davon, daß die Mittel nach einem beſtimmten Zeitraum bereitgeſtellt werden müſſen.

Da Wortmeldungen jetzt nicht mehr vorliegen, ſo ſchließt damit die Diskuſſion von ſelbſt.

In ſeinem Schlußwort polemiſirt der Referent **Dr. Lieber** (Z.) gegen die Zentrumsabgeordneten Keßler und Noeren. Wenn der Herr Abg. Keßler gemeint habe: Diejenigen, denen es ernſt mit der Wahrung des Etatsrechtes ſei, müßten gegen die Vorlage ſtimmen, ſo müſſe er das mit dem Abg. Noeren als eine „grundloſe, beleidigende Verdächtigung“ bezeichnen. Es gewinne übrigens den Anſchein, als ob die Gegner der Vorlage allein das Monopol der Wahrung des Etatsrechtes zu haben glauben. Gegen dieſe Auffaſſung müſſe er die Mitglieder der Büdgetkommiſſion in Schutz nehmen.

Die Abſtimmung über § 2 iſt namentlich; es betheiligen ſich an ihr 311 Mitglieder, 193 mit Ja, 118 mit Nein. § 2 iſt ſomit angenommen.

§ 3 handelt von den Indienſthaltungen und wird debattelos angenommen; ebenſo die §§ 4 und 6 (Perſonalbeſtand und ſonſtige Ausgaben), desgleichen § 5 (zu Perſonalbeſtand).

Auf Antrag des Abg. **v. Bennigſen** wird die Verbindung der Diskuſſion über §§ 7 und 8 (Koſten) beſchloſſen.

§ 7 lautet: Während der nächſten ſechs Rechnungsjahre (1898 bis 1903) iſt der Reichstag nicht verpflichtet, für ſämmtliche einmalige Ausgaben des Marineetats mehr als M. 408 900 000, und zwar für Schiffsbauten und Armirungen mehr als M. 356 700 000 und für die ſonſtigen einmaligen Ausgaben mehr als M. 52 200 000, ſowie für die fortdauernden Ausgaben des Marineetats mehr als die durchſchnittliche Steigerung von M. 4 900 000 jährlich bereit zu ſtellen. Soweit ſich in Gemäßheit dieſer Beſtimmung das Geſetz bis zum Ablaufe des Rechnungsjahres 1903 nicht durchführen läßt, wird die Ausführung bis über das Jahr 1903 hinaus verſchoben.

§ 8 lautet: Soweit die Summe der fortdauernden und einmaligen Ausgaben der Marineverwaltung in einem Etatsjahr den Betrag von M. 117 525 494 überſteigt und die dem Reiche zufließenden eigenen Einnahmen zur Deckung des Mehrbedarfs nicht ausreichen, darf der Mehrbetrag nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Maſſenverbrauch belaſtenden Reichsſteuern gedeckt werden.

Hierzu beantragen die Abgg. Auer u. Gen. (SD.):

1) Anſtatt des § 8 der Kommiſſionsvorlage folgenden Paragraphen zu beſchließen:

§ 8. Soweit die Summe der fortdauernden und einmaligen Ausgaben der Marineverwaltung für ein Rechnungsjahr den Betrag von M. 117 525 494 überſteigt, iſt der Mehrbetrag vom 1. April 1899 ab auf dem Wege einer progreſſiven Reichseinkommenſteuer aufzubringen, welcher Diejenigen unterworfen ſind, die ein jährliches Einkommen von mehr als M. 6000 beziehen. Die Normirung der Steuerſätze und die Beſtimmungen über die Erhebung der Steuer erfolgen durch ein beſonderes Geſetz.

2) Folgenden § 9 zu beſchließen:

§ 9. Ueberſteigen die eigenen Einnahmen des Reiches die Ausgaben, ſo iſt der Ueberſchuß zurückzuhalten, und dergeſtalt zu verwenden, daß ein Viertel dieſes Ueberſchuſſes zur Verminderung der Reichsſchuld, der Reſt zur Herabſetzung bezw. Aufhebung indirekter Reichsſteuern, in erſter Linie der Salzſteuer und der Verbrauchsabgabe für Zucker, verwendet wird. — Die Verminderung der Reichsſchuld erfolgt durch entſprechende Abſetzung vom Anleiheſoll. Soweit geeignete Anleihekredite nicht mehr offen ſtehen, wird über die Art der Schuldentilgung durch den Reichshaushaltsetat Beſtimmung getroffen. — Die Herabſetzung bezw. Aufhebung indirekter Reichsſteuern erfolgt durch beſonderes Geſetz.

Richter u. Gen. (FVp.) beantragen, an Stelle des § 8 der Kommiſſionsvorlage die nachfolgenden §§ 8, 9, 10 zu beſchließen:

§ 8. Vom 1. April 1899 ab kann eine Vermögensſteuer erhoben werden von allen deutſchen Staatsangehörigen, deren bewegliches und unbewegliches Vermögen nach Abzug der Schulden den Geſammtwerth von M. 100 000 erreicht. Die Vermögensſteuer beträgt bei einem ſteuerbaren Vermögen von M. 100 000 bis M. 120 000 M. 50 und ſteigt bei größeren Vermögen für jede angefangenen M. 20 000 um M. 10.

§ 9. Durch den Reichshaushaltsetat wird alljährlich feſtgeſtellt, wie viel Monatsraten in Gemäßheit des § 8 zu erheben ſind.

§ 10. Bis zum Erlaß eines Reichsgeſetzes finden in Bezug auf die Steuerpflicht, den Maßſtab der Beſteuerung, die Veranlagung, die Veranlagungsperiode und Verminderung der veranlagten Steuer innerhalb derſelben, die Steuererhebung, die Strafbeſtimmungen und die Koſten, die §§ 2 bis 16 und 20 bis 47 des Ergänzungsſteuergeſetzes für die preußiſche Monarchie vom 14. Juli 1893 ſinngemäße Anwendung nach Maßgabe der Beſtimmungen einer vom Bundesrath zu erlaſſenden Verordnung. Welche Behörden in jedem Bundesſtaat mit der Veranlagung der Steuer, der Berufung gegen die Veranlagung und der Erhebung zu beauftragen ſind, wird von der Zentralbehörde des Bundesſtaates beſtimmt.

**Bebel** (SD.): Bereits aus den Kommiſſionsverhandlungen war erſichtlich, daß die eigentliche pièce de résistance bei dieſer Vorlage die Deckungsfrage ſein werde. Dieſelbe Auffaſſung iſt auch in der Preſſe derjenigen Parteien vertreten worden, die mit einer gewiſſen Vorſicht dem Geſetz gegenüberſtanden. Z. B. äußerte ſich die „Kölniſche Volksztg.“ wiederholt dahin, daß in der Deckungsfrage das Zentrum unter allen Umſtänden feſtbleiben müſſe und nicht dulden dürfe, daß die unteren Klaſſen zur Deckung der Koſten herangezogen würden. In dieſem Sinne brachte denn auch Lieber in der erſten Leſung in der Kommiſſion den Antrag ein, daß, falls die Reichseinnahmen nicht ausreichen ſollten, die Koſten auf dem Wege einer direkten Einkommenſteuer in den Einzelſtaaten aufgebracht würden. Hiergegen wurde jedoch das Bedenken erhoben, daß vorläufig die Einzelſtaaten allein das Recht hätten, direkte Steuern zu erheben, ſo daß erſt eine Verfaſſungsänderung nöthig geweſen wäre. Es hätte ſich alſo für die Herren bei der zweiten Leſung nur darum handeln können, ihren Antrag ſo zu formuliren, daß das, was in der erſten Faſſung den Einzelſtaaten überlaſſen war, nun dem Reich übertragen würde. Doch auch gegen eine ſolche Reichsſteuer wurden eine ganze Menge von Bedenken erhoben; die Kontrole über die Einziehung dieſer Reichsſteuer müſſe doch den Einzelſtaaten überlaſſen werden ꝛc. All dieſe Bedenken laſſen ſich aber nicht mehr aufrecht erhalten, als es uns in der zweiten Leſung gelang, nachzuweiſen, daß die verbündeten Regierungen ſelbſt bereits im Jahre 1881 mit einem Geſetzentwurf hervorgetreten waren, der die Erhebung einer direkten Reichseinkommenſteuer befürwortete. Es war dies die Wehrſteuer, der alle Diejenigen unterworfen werden ſollten, die aus irgend einem Grunde von der Verpflichtung zum Militärdienſt befreit waren. — Die Steuer, die damals verlangt wurde, war ſogar eine außerordentlich hohe, und um ſo mehr drückend, als in einigen Staaten bereits ziemlich eine hohe Einkommenſteuer eingeführt war. Die von uns jetzt verlangte progreſſive Reichseinkommenſteuer iſt dagegen außerordentlich niedrig bemeſſen. Die Erklärung, die die Regierung zu § 8 abgegeben hat, löſt nach unſerer Meinung nicht im Entfernteſten die Frage der Deckung in dem Sinne, wie ſie auch nach den Anſchauungen des Zentrums gelöſt werden mußte. Sie giebt in dieſem Paragraphen nichts weiter als eine Art Verſprechen, über deſſen Deutung indeß die verſchiedenſten Meinungen beſtehen. So ſollen Petroleumzölle und Kaffeezölle in erheblichem Maße erhöht werden, wenn die finanziellen Verhältniſſe des Reiches dies bedingen ſollten. Im Uebrigen ſollen nur den Maſſenverbrauch belaſtende Steuern ausgenommen ſein. Das iſt aber ein ſehr dehnbarer Begriff, danach könnte die Regierung z. B. doch die Stempelſteuer für berechtigt halten. Was man aber auf dieſem Gebiet zu leiſten in der Lage iſt, wiſſen Sie ja aus der Vorlage vor 5 Jahren, wo eine ganze Reihe derartiger Steuern, auch ſolche, die die unteren Volksklaſſen trafen, gefordert wurden. Ebenſo die ſogenannte Luxusſteuer. Wollen Sie die aber in der Weiſe erheben, daß auch die Mittelklaſſe nicht von ihr geſchädigt werden, ſo iſt es ganz ausgeſchloſſen, daß ſie einen Ertrag liefert, der die Koſten der Erhebung deckt. Alſo wenn die Frage der Deckung aktuell werden ſollte, wird man doch zweifellos nach Steuerobjekten ſuchen müſſen, die mehr oder weniger diejenigen Klaſſen treffen müſſen, die nach den vorausgegangenen Erklärungen der Regierung nicht getroffen werden ſollten. Wenn Sie nun der Ueberzeugung ſind, daß trotz aller Erklärungen des Schatzſekretärs die Wahrſcheinlichkeit beſteht, daß im Laufe der nächſten ſechs Jahre neue Deckungsmittel erforderlich werden, nicht allein beim Marineetat, dann können Sie ſich mit dieſer Erklärung der Regierung nicht zufrieden geben, ſondern müſſen dafür eintreten, daß dieſe Steuern in einer Form aufgebracht werden, die abſolut ſicher ſtellt, daß die unteren und mittleren Klaſſen nicht davon betroffen werden. Es ſtehen nun aber fraglos große Mehrausgaben in den nächſten Jahren bevor. So hat die Regierung bei der Etatsberathung das Verſprechen abgegeben, die Gehälter auch der niederen Beamten zu erhöhen, wozu viele Millionen erforderlich ſind. Die Nichterfüllung dieſes Verſprechens würde die Erbitterung in den betheiligten Kreiſen in einer Weiſe zuſpitzen, die der Regierung nicht genehm ſein kann. (Sehr richtig! links.) Weiter ſind für das Militärbüdget erhebliche Mehrausgaben für das nächſte Jahr gefordert. Nach den bisherigen Erfahrungen wäre es ja auch ein Unikum, wenn wir bei dieſem Etat keine Mehrforderungen zu erwarten hätten. Daß eine Reorganiſation der Artillerie bevorſtehe, hat ja der Herr Kriegsminiſter bei der Etatsberathung ſelbſt zugegeben. Die Beſetzung von Kiaotſchau wird auch noch erhebliche Mehraufwendungen zur Folge haben, ebenſo wird der Penſionsfonds in ungeheurem Maße ſteigen. Es iſt alſo gar nicht daran zu denken, daß wir in einen Zuſtand der Stagnation im Etat gekommen ſind. Angeſichts aller dieſer Gründe müſſen wir die Faſſung des § 8 in der Vorlage ablehnen. Es kommt hinzu, daß, wie auch der Abg. Hammacher in der Kommiſſion ausgeführt hat, der Aufſchwung innerhalb der Induſtrie nicht mehr lange andauern, daß ein Rückſchlag eintreten wird. Nun hat der Abg. Lieber einen Antrag eingebracht, der unſerem Antrag ähnelt, indem er auch die reichſten Klaſſen der Bevölkerung belaſten wollte. Freilich ſind die Herren von ihrer Abſicht längſt wieder zurückgekommen. Wir als Vertreter des arbeitenden Volkes haben aber das größte Intereſſe an der Deckungsfrage. Die Laſten dürfen nicht der großen Maſſe der Bevölkerung aufgehalſt werden. Wir meinen, grade die Kreiſe, die aus patriotiſchen Gründen ſo flottenbegeiſtert ſind, insbeſondere die reichen Handelsherren und Induſtriellen, ſollten es als ihre vornehmſte Aufgabe betrachten, die Koſten für das Flottengeſetz ſelbſt zu tragen. (Sehr richtig! links.) Aber grade der Vertreter dieſer Leute, Herr v. Kardorff, hat ſich am heftigſten dagegen geſträubt, die Deckungsfrage überhaupt in's Geſetz aufzunehmen, obwohl der Abg. Müller-Fulda nachgewieſen hatte, daß ein armer Bauer mit zahlreicher Familie viel ſchwerer unter der Steuerlaſt zu ſeufzen hat, als irgend ein reicher Handeltreibender. Dazu kommt, daß grade die Söhne der armen Bevölkerung in erhöhtem Maße zu dem Flottendienſt herangezogen werden. (Abg. v. Kardorff: Das ſind ganze 1700 Mann!) Ja, dieſe 1700 Mann rekrutiren ſich aber aus der armen ſeemänniſchen Bevölkerung. So wurden bei der letzten Aushebung 78 Söhne kleiner Schiffer gemuſtert. Zwei davon waren untauglich, drei wurden zurückgeſtellt, 73 aber genommen. Das hat in dem Orte einen gewaltigen Schrecken verurſacht, denn die kleinen Leute ſind ohne die Söhne kaum im Stande, ihr Gewerbe aufrecht zu erhalten. Angeſichts ſolcher Thatſachen ſollten doch grade die Parteien, die vorgeben, daß ihnen die Erhaltung des Mittelſtandes am Herzen liegt, für die Aufbringung der Koſten aus den reichen Klaſſen der Bevölkerung ſorgen. (Sehr gut! links.) Unſer Antrag geht ja über den früheren Zentrumsantrag weit hinaus, er iſt aber durchaus gerecht. Wir meinen, einem Manne mit M. 6—10 000 Einkommen muß es leicht ſein, jährlich M. 25—60 für die Vermehrung der Flotte herzugeben; er wird das viel leichter ertragen können, als eine arme Arbeiterfamilie die Vermehrung der indirekten Steuerlaſt um M. 8—10 pro Jahr, wie ſie durch die Erhöhung der Getreidezölle geplant iſt. Iſt die Begeiſterung für die Flotte wirklich ſo ſtark, und Ihr Patriotismus wirklich ſo groß, dann ſollte der Annahme unſeres Antrages nichts im Wege ſtehen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Falls mehr Geld einkommt, als für die Flotte nöthig iſt, ſollen die Ueberſchüſſe zur Tilgung der Reichsſchulden und zur Verminderung oder Beſeitigung der drückendſten indirekten Steuern, beſonders der Salzſteuer und der Verbrauchsabgabe für Zucker, verwendet werden. Unſer Antrag ſucht ein klares Verhältniß zwiſchen dem Reich und den Einzelſtaaten zu ſchaffen; die Einzelſtaaten brauchen ſich nicht mehr um die Reichsausgaben zu ſorgen, andererſeits ſorgt das Reich ſelbſt für die Erleichterung der Steuerlaſten ſeiner ärmeren Bewohner. Unſer Antrag hat alſo auch eine hervorragende ſozialpolitiſche Bedeutung. Jeder, der es ehrlich meint mit der Aufbringung der Koſten für die Flottenvorlage, muß für unſeren Antrag ſtimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Schatzſekretär Frhr. **v. Thielmann:** Daß eine Reichsfinanzreform einmal kommen muß, darüber kann kein Zweifel beſtehen. Die verbündeten Regierungen haben auf den Plan einer Reichsfinanzreform durchaus nicht verzichtet. Der jetzige Moment iſt jedenfalls ſchlecht geeignet, einen ſo einſchneidenden Antrag, wie der von dem Herrn Vorredner geſtellte, anzunehmen. Wir ſtehen am Ende einer Seſſion, kurz vor den Ferien. Um die Reichsfinanzreform durchzuführen, dürfte eine Seſſion kaum hinreichen. Sie werden es mir alſo nicht verübeln, wenn ich auf die Einzelheiten des ſozialdemokratiſchen Antrags nicht eingehe.

**von Maſſow** (K.): Meine politiſchen Freunde hielten es für unangebracht, die Deckungsfrage mit dem Flottengeſetz zu verquicken. Wenn wir trotzdem für den § 8 ſtimmen, ſo deshalb, um das ganze Geſetz durchzubringen.

**Dr. Barth** (FVg.): Die beiden Anträge Richter und Auer wollten den nächſten Reichstag binden in ſeinem freien Ermeſſen. (Lebhafter Widerſpruch links.) Der ſozialdemokratiſche Antrag iſt zudem ganz unzweckmäßig, weil er die Normirung der Steuerſätze und die Erhebung der Steuern einem beſonderen Geſetz vorbehält. Dieſes beſondere Geſetz müßte doch der nächſte Reichstag erſt ſchaffen und er wird ſich den Teufel um Ihre jetzigen Wünſche kümmern. Die Zukunft kann man nicht binden, deshalb iſt der Antrag ganz überflüſſig. (Lachen links. Abg. Bebel: Wirklich ausgezeichnet!) Wenn es ſich blos um die akademiſche, theoretiſche Erörterung der Steuerfrage handelt, dann kann auch ich meine Sympathie mit einer Reichserbſchaftsſteuer ausſprechen. Wenn in drei, vier Jahren die Sache akut werden ſollte, ſo wird ſich der nächſte Reichstag zu entſcheiden haben. Einen gewiſſen Werth hat nur die Erklärung, daß man die ſchwächeren Schultern nicht weiter durch neue indirekte Reichsſteuern zu belaſten gedenkt. Das muß man aber auch gelten laſſen für die Getreidezölle. Die Mehrbelaſtung des Brotkonſums würde die ſchwächeren Schultern ja am härteſten treffen.

**Werner** (A.) erklärt, daß ſeine Partei in erſter Linie für den Antrag Auer ſtimmen werde. Sollte der Antrag abgelehnt werden, ſo werden wir für den § 8 in der Kommiſſionsfaſſung eintreten. Eine Luxusſteuer würde doch erheblich größere Beträge aufbringen, als der Abg. Bebel annimmt. Auch an eine Wehrſteuer müſſe gedacht werden.

**Dr. Hammacher** (NL.): Ich habe mich in der Kommiſſion durchaus nicht, wie der Abg. Werner annimmt, für eine Reichseinkommenſteuer ausgeſprochen: Einer Reichseinkommenſteuer ſtehen zur Zeit unüberwindliche Hinderniſſe gegenüber. Bebel tadelte, daß der § 8 ſehr wenig bedeute; es handle ſich nur um unverbindliche Zuſagen der Regierung. Denſelben Vorwurf kann ich ſeinem Antrage machen. Dem Hauſe wird nichts weiter übrig bleiben, als die Kommiſſionsfaſſung anzunehmen. Sie erhält ihr Gewicht durch die Erklärung des Grafen Poſadowsky in der Kommiſſion, die er nach einer Umfrage bei allen Regierungen im Einverſtändniß mit allen abgeben konnte. Ein etwaiger Mehrbedarf ſoll danach nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Maſſenkonſum belaſtenden Reichsſteuern gedeckt werden. Zu der Befürchtung, daß in den nächſten ſechs Jahren überhaupt zu neuen Steuern gegriffen werden muß, liegt nach unſerer Anſicht kein Grund vor.

**Richter** (FVp.): Der Abg. Barth meinte, der nächſte Reichstag werde den Teufel nach dem Antrag der Sozialdemokraten fragen. Ja, da ſage ich, der nächſte Reichstag wird auch den Teufel nach Ihrem § 8 fragen. (Sehr richtig! links.) Bei der Erklärung der Regierung fehlt zudem der dritte Mann, fehlt die Zuſtimmung der Landtage. Die Reichsvermögensſteuer läßt ſich ſehr leicht durchführen. Wir vermeiden durch die Annahme unſeres Antrages auch die Bewilligung von Steuern auf Vorrath, ein Vorwurf, der dem ſozialdemokratiſchen Antrage in ſeiner erſten Form zu machen war. Eine Reichsvermögensſteuer läßt ſich viel leichter durchführen als eine Reichseinkommenſteuer. Von dem § 8 iſt aber zu ſagen: Nützt er nichts, ſo ſchadet er auch nichts. Er kann vielleicht einmal als Handhabe im Kampf gegen neue indirekte Steuern dienen. Aus dieſem Geſichtspunkte heraus werden wir, wenn unſer Antrag abgelehnt werden ſollte, für den § 8 ſtimmen.

**v. Kardorff** (RP.): Der Satz: indirekte Steuern belaſten die breiten Maſſen mehr als direkte, iſt falſch. Blicken Sie nach Baiern, dort giebt es das beſte und billigſte Bier und die höchſten Bierſteuern. Bei der Salzſteuer kann ich zugeben, daß ſie die ärmere Bevölkerung belaſtet, aber bei den übrigen indirekten Steuern trifft es nicht zu. Die Einführung einer Reichseinkommenſteuer iſt zwar formell zuläſſig, aber ſelbſt wenn ſich eine Majorität im Reichstage dafür finden ſollte, ſo werden Sie nicht die Zuſtimmung der verbündeten Regierungen bekommen, und ſelbſt wenn Sie die hätten, glauben Sie denn die Einzellandtage haben Luſt, darein zu willigen, und ſich damit ſelber abzuſetzen? Sie denken nicht daran. Wer alſo hier für die Reichseinkommenſteuer eintritt, macht ſeinen Wählern nur Wind vor. (Sehr richtig rechts.) Trotz ſchwerer Bedenken gegen den § 8 werden wir aus Loyalität gegen das Zentrum, nachdem wir uns wegen der Zölle geſichert haben, für ihn ſtimmen.

**Müller-Fulda** (Z.): Daß die indirekten Steuern den Maſſenverbrauch nicht belaſten, iſt eine fixe Idee des Herrn v. Kardorff. Aber die Erklärungen der verbündeten Regierungen über die Deckungsfrage ſind für mich ſo werthvoll, daß ich mich faſt mit dem ganzen Geſetz ausſöhnen könnte. Dem Antrag Bebel kann ich ſchon deshalb nicht zuſtimmen, weil ich nicht Steuern auf Vorrath bewilligen will. In dieſer Form iſt er für mich unannehmbar.

**Singer** (SD.). Der Abg. Müller-Fulda hat die Form unſeres Antrages bemängelt. Vielleicht ſtellt er ſeine Kenntniſſe in den Dienſt unſerer Sache und verbeſſert die Form unſeres Antrages. Herr von Kardorff hat die neue volkswirthſchaftliche Weisheit ausgekramt, daß die indirekten Steuern die Maſſe der Bevölkerung nicht belaſten. Warum ſchwärmt er denn für höhere Getreidezölle. Doch nur, weil er höhere Getreidepreiſe erzielen will. Und daß durch höhere Getreidezölle das Volk belaſtet wird, kann doch Niemand beſtreiten. Aber die Herren opfern die Intereſſen der Geſammtheit zu Gunſten ihrer eigenen Klaſſenlage. Daß die Zölle die Produkte vertheuern, ſehen Sie ja am Zucker bei uns und in England. Herr v. Levetzow ſagte, patriotiſche Landwirthe bringen gern Opfer für die Flotte. Nun, bitte, meine Herren, bringen Sie die Opfer, bezahlen Sie die Koſten. Unſer Antrag giebt Ihnen Gelegenheit dazu, da er Denen eine Steuer auferlegen will, die ein Einkommen von mehr als M. 6000 haben, und da ſind nach meiner Kenntniß die patriotiſchen Landwirthe mit inbegriffen. (Große Heiterkeit.) Die ganze Debatte hier ſpitzt ſich auf die Erklärung der Regierung gegen die Reichseinkommenſteuer zu. Ich möchte Ihnen hier eine Stelle aus der „Kölniſchen Volkszeitung“ vom 10. März verleſen. Damals war das Blatt anſcheinend noch der Meinung, der urſprüngliche Antrag Lieber werde vom Zentrum nicht fallen gelaſſen werden. Es heißt in dem Artikel: Es ſind hier wieder dieſelben Großſprechereien der Kommerzienräthe, die ſich für die Flotte begeiſtern, wenn es dann aber zum Bezahlen kommt, den deutſchen Arbeiter vorſchieben, welcher beleidigt ſein würde, wollte man ihn von der Aufbringung der Koſten ausſchließen. Auf dieſen Humbug iſt aber nichts mehr zu geben und die Wähler werden anders denken wie die Hurrahpolitiker. Zu den Hurrahpolitikern gehört heute auch die Mehrheit des Zentrums, die von dem eigenen Parteiorgane mit dieſem Schmeichelnamen belegt wird. (Heiterkeit.) Die „Köln. Volksztg.“ hatte Recht. Wo die Begeiſterung für die Flotte mit Zwanzigmarkſtücken bezahlt werden ſoll, verſagt ſie. Es iſt ja ergötzlich, wie die Erklärung der Regierung von den verſchiedenen Bundesgenoſſen in dieſer Frage hier im Hauſe verſchieden beurtheilt wird. Herr Barth nennt ſie platoniſch. Auch von dieſem Ausdruck glaube ich nicht, daß er das Richtige trifft, die Erklärung der Regierung ſtreut den Leuten Sand in die Augen. Der § 8 hat eine Faſſung, die nach etwas ausſieht, aber nichts bedeutet und die Arbeiter über den Kernpunkt, die Koſtenfrage, hinwegtäuſchen ſoll. Herr v. Bennigſen weiß ganz genau, daß die von ihm in's Geſetz gebrachte Faſſung die Widerſtrebenden der Vorlage geneigt gemacht hat, aber ſachlich nichts bedeutet. Was nun die Frage der Reichseinkommenſteuer anlangt, ſo bin ich überzeugt, wenn man ſie im Reichstag ernſtlich gewollt hätte, auch die Regierungen ja geſagt hätten — vorausgeſetzt, daß es ihnen wirklich damit Ernſt iſt, die ſtärkeren Schultern zu belaſten. (Baieriſcher Bevollmächtigter Graf v. Lerchenfeld ſchüttelt mit dem Kopf.) Der baieriſche Bevollmächtigte verneint dies. Nun Sie werden begreifen, daß ich mich nur für berechtigt halte zu ſagen, die Erklärung der Regierung hat nicht den Werth der Wahrheit, ſie ſucht das Volk hinweg zu täuſchen über die Koſtenfrage. Von Steuern auf Vorrath, das bemerke ich dem Abg. Müller-Fulda, kann nach § 9 unſeres Antrages keine Rede ſein und damit kann uns doch unmöglich ein Vorwurf gemacht werden, daß wir die etwaigen Ueberſchüſſe zur Erleichterung der Laſten, die auf den Schultern der Arbeiter ruhen, benutzen wollen. In der Bevölkerung wird es keinen Glauben finden, daß Sie unſerem Antrag zwar im Prinzip zuſtimmen, ihn aber der Form wegen nicht annehmen können. Was nun den Antrag Richter betrifft, ſo ſind wir nicht grundſätzlich gegen eine Vermögensſteuer. Wir haben nichts dagegen, wenn Vermögen über M. 100 000 herangezogen werden. Aber die Vermögensſteuer läßt die Einkommen von M. 6000 weit bis aufwärts frei, die für die Bedürfniſſe der Familie ausgegeben werden. Herr Barth hält den ganzen § 8 für überflüſſig und unſeren Antrag für extraüberflüſſig, weil ſich unſere Nachfolger nicht an ihn zu binden brauchen. Die Logik, die dem Abg. Barth ſonſt eigen iſt, hat ihn in den letzten Tagen ganz verlaſſen. Wenn es nach ſeiner Meinung logiſch iſt, daß durch die Erklärung der Regierung ein Wall gegen den Verſuch, höhere Kornzölle einzuführen, errichtet iſt, dann iſt es doch ebenſo logiſch, daß, wenn man die Regierung für eine Einkommenſteuer bindet, dadurch der gegen die Einführung indirekter Steuern errichtete Wall nur noch verſtärkt wird. Nicht wahr? (Rufe: Schluß!) Die Herren, welche der Meinung ſind, daß über dieſe Frage genügend diskutirt worden iſt, können ja den Saal verlaſſen. (Heiterkeit.) Nach dem Verlauf der Kommiſſionsverhandlungen war es ja für uns klar, daß die Mehrheit des Reichstages trotz aller platoniſchen Erklärungen für eine Reichseinkommenſteuer unſeren Antrag ablehnen würde. Wenn die Herren in Volksverſammlungen vor den Wahlen dieſe platoniſchen Erklärungen wiederholen werden, dann werden wir auf die heutigen Verhandlungen hinweiſen. Das Volk wird ſich dann ſicherlich für uns entſcheiden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präſident **von Buol** erſucht die Redner, ſich kurz zu faſſen, da es ſonſt unmöglich iſt, die Tagesordnung ohne Abendſitzung zu erledigen.

**Schmidt-Warburg** (Z.) hält es für zweifelhaft, ob die Vermehrung indirekter Steuern nach der Zuſicherung der Regierung auch für den Fall ausgeſchloſſen ſein ſolle, daß ſie für andere Zwecke verwandt werden ſollten.

Der Referent Dr. **Lieber** kann eine Antwort darauf nicht ertheilen.

Damit ſchließt die Diskuſſion.

§ 7 wird unverändert in der Kommiſſionsfaſſung angenommen.

Der Antrag Auer zu § 8 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freiſinnigen abgelehnt; ebenſo der Antrag Richter, für den noch die Polen ſtimmen.

§ 8 wird in der Kommiſſionsfaſſung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freiſinnigen angenommen.

Damit iſt die zweite **Berathung** des Flottengeſetzes erledigt.

Es folgt die zweite **Berathung** des Marineetats.

**Richter** (FVp.) erklärt, nach der Annahme des Flottengeſetzes habe es für ihn und ſeine politiſchen Freunde überhaupt keinen Zweck, die durch daſſelbe nöthig werdenden erſten Raten und die Erhöhung des Perſonalbeſtandes noch zu beanſtanden.

Beim Titel „Staatsſekretär“ beantragt die Kommiſſion die Ablehnung der für dieſen geforderten Gehaltserhöhung von M. 6000.

Dieſer Antrag gelangt debattelos und einſtimmig zur Annahme. Das Gehalt wird alſo nur in Höhe von M. 24 000 bewilligt.

Das Ordinarium des Etats wird debattelos nach den Vorſchlägen der Kommiſſion angenommen.

Unter den einmaligen Ausgaben werden zur Erweiterung der Arbeiterkolonie „Prieſer Höhe“ in Friedrichsort als erſte Rate M. 104 000 verlangt. Die Kommiſſion hat von dieſer Forderung M. 24 000 abgeſetzt.

Nach kurzer Debatte wird die Regierungsforderung (M. 104 000) bewilligt.

Der Reſt des Etats wird debattelos angenommen, ebenſo eine Reihe kleinerer Etats: Baieriſche Quoten; beſonderer Beitrag von Elſaß-Lothringen; Ueberſchüſſe aus früheren Jahren; Matrikularbeiträge und Etatsgeſetz.

Das Geſetz, betr. die Verwendung überſchüſſiger Reichseinnahmen, wird debattelos in zweiter Leſung angenommen.

Präſident **v. Buol**: Damit iſt die Tagesordnung erledigt. (Bravo.)

Nächſte Sitzung: Montag 12 Uhr. Tagesordnung: 1) Bericht der Rechnungskommiſſion. 2) 3. Berathung des Geſetzentwurfs, betr. die Entſchädigung der im Wiederaufnahmeverfahren Freigeſprochenen. 3) Dritte Berathung der Branntweinſteuergeſetznovelle. 4) 3. Berathung des Flottengeſetzes. 5) Antrag auf Errichtung eines Denkmals für Kaiſer Friedrich. 6 Petitionen.

Schluß 6¼ Uhr.

## Neueſte Nachrichten.

**Berlin**, 26. März. (R. R.) Abgeordnetenhaus. Die Mittheilung des Finanzminiſters und des Arbeitsminiſters betr. den Erlös für verkaufte Berliner Stadtbahnparzellen und der Bericht über weitere Ausführung der Eiſenbahnverſtaatlichungsgeſetze wird durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt. Der Etat der Staatsſchuldenverwaltung und der allgemeinen Finanzverwaltung wird ohne Debatte für erledigt erklärt. Der Etat der Staatsſchuldenverwaltung und der allgemeinen Finanzverwaltung wird ohne Debatte genehmigt. Bei dem „Etat des Finanzminiſters“ klagt Graf Arnim (K.), daß in der Verwaltung im Verhältniß zu den vorhandenen Regierungsräthen zu viele Aſſeſſoren beſchäftigt ſeien. Unterſtaatsſekretär Meinecke erwidert, daß eher zu viel etatsmäßige Regierungsbeamte im Verhältniß zu den diätariſchen vorhanden ſeien. Auch die Regierungsaſſeſſoren erhielten eine nicht zu geringe Bezahlung. Dr. v. Heydebrand (K.) tritt für weitgehende Dezentraliſation der Verwaltungsgeſchäfte ein. Finanzminiſter Dr. v. Miquel erwidert, er ſei außer Stande, im Augenblicke hierüber Beſcheid zu geben, und meint, daß die große Vermehrung der Geſchäfte wohl die Theilung einzelner Regierungsbezirke nöthig machen werde. Die für Honorirung der Regierungsbeamten beſtimmten Fonds ſeien erſt in jüngſter Zeit erhöht. Er habe ſelbſt die Empfindung, daß es nöthig ſein könnte, im nächſten Jahre die Zahl der Regierungsräthe und der etatsmäßigen Aſſeſſoren zu vermehren. Jedenfalls wende der Miniſter des Innern den Regierungsaſſeſſoren volles Intereſſe zu. Frhr. v. Zedlitz-Neukirch (FK.) glaubt, mit ſo kleinen Mitteln, wie die Regierung meine, werde man unleugbar den vorhandenen Uebelſtänden nicht beikommen. Bartels (K.) wiederholt die Behauptung, daß die Regierungsaſſeſſoren zu niedrig bezahlt ſeien. Dr. Friedberg (NL.) iſt im Prinzip nicht dagegen, daß mehr Regierungsaſſeſſoren zu Regierungsräthen gemacht werden; jedoch ſei der Umſtand bedenklich, daß die jungen Regierungsräthe Rang und Gehalt der Oberlandesgerichtsräthe hätten. Um das zu verhüten, möge man eine Dienſtſtelle für etatsmäßige Regierungsaſſeſſoren ſchaffen. Kirſch (Z.) klagt, daß bei der vorjährigen Gehaltserhöhung einzelne Beamtenklaſſen nicht nur nicht berückſichtigt, ſondern in direkten Nachtheil gebracht worden ſeien. Geh. Oberfinanzrath Belian erwidert, die Beſchwerde müſſe auf einem Irrthum beruhen. Kirſch (Z.) erklärt, ein Irrthum ſei ausgeſchloſſen, da er einen ſo geſchädigten Strafanſtalts-Sekretär perſönlich kenne. Im Etat iſt ein neuer Fonds von M. 400 000 gefordert zur Förderung und Befeſtigung des Deutſchthums in Poſen, Weſtpreußen und im Regierungsbezirk Oppeln. Der Fonds ſoll den mit den örtlichen Verhältniſſen vertrauten Oberpräſidenten zur Verfügung geſtellt werden. Die in früheren Jahren zu ähnlichen Zwecken ausgeworfenen 100000 und 50 000 M. ſollen in Wegfall kommen. Stephan (Z.) beantragt, daß über die Verwendung dem Landtage im folgenden Etatsjahre eine Nachweiſung zugehe. — Mizerski (P.) ſpricht gegen die Bewilligung. Die Regierung habe die Pflicht, in den ſprachlich gemiſchten Bezirken das Deutſchthum national, ſittlich und wirthſchaftlich zu ſtärken, ohne die Polen anzugreifen. Die Fonds ſollten dienen zur Unterſtützung genoſſenſchaftlicher Organiſationen, zur Gründung patriotiſcher Vereine und zur Schaffung gewerkſchaftlicher Vereinigungen, ſowie zur Unterſtützung der Krankenanſtalten. Er ſei gegen den Antrag Stephan. Finanzminiſter Dr. von Miquel entgegnet, für die Verwendung ſolcher diskretionärer Fonds werde nach Vereinbarung zwiſchen Landtag und Regierung nochmals Rechnung abgelegt werden. Der „Etat des Finanzminiſters“ wird genehmigt, ebenſo ohne Debatte der „Etat der Auswärtigen Angelegenheiten“ und die allgemeinen Bemerkungen zu dem Etat.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag Lotichius zum Etatsgeſetz angenommen, wonach, da die Fertigſtellung des Etats zum verfaſſungsmäßig vorgeſchriebene Termine nicht zu erwarten ſei, für die in der Zwiſchenzeit entſprechend den einzelnen Etatsbeſtimmungen geleiſteten Ausgaben Indemnität zu ertheilen iſt. Damit iſt die zweite Leſung des Etats beendet.

Es folgt die zweite Leſung des Komptabilitätsgeſetzes. Strombeck (Z.) weiſt darauf hin, daß in der Kommiſſion Zweifel darüber entſtanden ſeien, was unter Staatseinnahmen zu verſtehen ſei. Er glaube, das richtige Kriterium über den Begriff Staatseinnahmen ſei in der wirthſchaftlichen Verwendung zu finden. Der Finanzminiſter erklärt ſich gegen dieſe Definition. Jede vorausſichtlich für das Etatsjahr erforderliche Summe müſſe in den Etat des betreffenden Jahres eingeſtellt werden. Das ſei das entſcheidende. Dr. Virchow (FVp.) hält es dafür, daß es ſich darum handle, daß Verhältniß feſtzuſtellen, worin die einzelnen Reſſortminiſter einerſeits zum Finanzminiſter, andererſeits zur Oberrechnungskammer ſtehen. Der Finanzminiſter erwidert, daß das Geſetz an der Verfaſſung nichts ändere. Die Staatsregierung verſichere, daß das Geſetz das Recht des Landtages, über die Einnahmen und Ausgaben Fragen an die Regierung zu ſtellen, nicht beeinträchtige.

Nach Annahme der erſten beiden Paragraphen wird die Berathung vertagt.

Nächſte Sitzung Montag, Vormittags 11 Uhr. Dritte Leſung des Etats. Schluß 4½ Uhr.

**Berlin**, 26. März. (R. T.) Laut Bekanntgabe des Polizei-Präſidiums beziffern ſich die bei dem Oberfaktor Grünenthal beſchlagnahmten Werthe außer den auf dem Grabe gefundenen M. 44 00 auf etwa M. 125 000.

**Berlin**, 26. März. (R. T.) Panzerſchiff „Oldenburg“, Kommandant Korvettenkapitän Wahrendorff, will am 27. d. Meſſina verlaſſen, um nach Neapel zu gehen. — Kreuzer „Aegir“ iſt am 25. d. in Kiel eingelaufen.

**Bremen**, 26. März. (R. T.) Die Rettungsſtation Labö telegraphirt: Heute wurden von der hier geſtrandeten, von Hariager nach Stege mit einer Zementladung beſtimmten däniſchen Jacht „Rhea“, Kapitän Nielſen, zwei Perſonen durch das Rettungsboot „Walther Wolfgang Ernſt“ gerettet.

**Bremen**, 26. März. (R. T.) Die Rettungsſtation Poel telegraphirt vom 25. d. M.: Von dem hier geſtrandeten, mit Quarz von Wismar nach Lonna beſtimmten ſchwediſchen Schooner „Hermine“, Kapitän Isberg, wurden durch das Rettungsboot der Station vier Perſonen gerettet.

**Flensburg**, 26. März, 5 Uhr Nachm. (Privattel.) In Folge eines dreitägigen Nordoſtſturmes iſt der Hafen beträchtlich geſtiegen; die Keller und Parterreräume der Häuſer an der Schiffsbrücke und den Norderhofenden wurden unter Waſſer geſetzt, daſſelbe dringt auch bereits in drei weitere Straßen. Das Bollwerk und die Norderdampfſchiffsbrücke ſind anſcheinend im Sinken begriffen. Ein weiteres Steigen des Waſſers würde einen ziemlichen Theil der nördlichen Hälfte der Stadt überfluthen. Man hofft indeſſen, daß der Sturm vor Anbruch der Nacht nachgiebt oder eine andere Richtung annimmt, da ſonſt der Bevölkerung ein unermeßlicher Schaden entſtehen würde.

**Flensburg**, 26. März. (R. T.) Amtlich wird gemeldet: Der Perſonen- und Güterverkehr zwiſchen Schleswig-Friedrichsberg und Schleswig-Altſtadt iſt ſeit geſtern früh durch Hochwaſſer unterbrochen. Die Dauer iſt nicht abzuſehen, da anhaltender Nordoſtſturm herrſcht.

**Huſum**, 26. März. (R. T.) Die Dampfſchifffahrten zwiſchen Hoyerſchleuſe und Sylt ſind wegen niedrigen Waſſerſtandes bis auf Weiteres eingeſtellt.

**Budapeſt**, 26. März. (R. T.) Das Abgeordnetenhaus nahm mit großer Mehrheit das Büdgetgeſetz an. Die von der Oppoſition geſtellten Beſchlußanträge wurden abgelehnt.

**London**, 26. März. (R. T.) Wie die „Times“ aus Peking melden, willigte Rußland ein, daß Talienwan für Schiffe und für den Handel aller Länder offen ſein ſoll gegen Erhebung von Einfuhrzöllen, ähnlich denjenigen in den chineſiſchen Vertragshäfen. Die Verwaltung und Erhebung der Zölle wird dieſelbe ſein wie in jedem anderen ruſſiſchen Hafen. Rußland verpflichtet ſich jedoch, den nach Abzug der Unkoſten ſich ergebenden Ueberſchuß der in Talienwan vereinnahmten Zollgefälle an China abzuliefern.

Wie die „Times“ aus Kapſtadt melden, haben die Wahlen für den Geſetzgebenden Rath eine knappe Majorität der Rhodespartei gegenüber der Fortſchrittspartei ergeben.

**London**, 26. März. (R. T.) Dem Reuter'ſchen Büreau wird aus Key Weſt gemeldet: Kontreadmiral Sicard der Befehlshaber des Geſchwaders in Key Weſt erklärte geſtern einem Berichterſtatter, wenn die Unterſuchungskommiſſion, betr. die „Mainekataſtrophe“ die Verantwortlichkeit hätte erkennen können, ſo wäre ſie ihrer Pflicht nachgekommen. Was das Dementi Spaniens betreffe, demzufolge im Hafen von Havana keine Minen lägen, ſo ſagte Sicard: „Offen geſagt, wenn der Hafen mir gehörte, ſo würde ich dort ſicher Unterſeeminen legen. Das Waſſer im Hafen eignet ſich ganz beſonders für eine ſolche Art der Vertheidigung. Das Dementi ſeitens Spaniens hatte mit der Unterſuchungskommiſſion nichts zu thun“. Auf die Frage des Schiedsſpruches zu ſprechen kommend, meinte Sicard, man möge an die Alabama-Affäre denken, die unendlich viel ſchwieriger war, als die der „Maine“ und doch durch einen Schiedsſpruch geregelt ſei.

**Paris**, 26. März. (R. T.) Deputirtenkammer. Paſchal Grouſſet interpellirte über die auswärtige Politik der Regierung und führte aus, die kürzlich erfolgte Mobilmachung des Nordgeſchwaders habe lediglich den Zweck gehabt, dem Lande am Vorabend der Wahlen die Illuſion zu geben, daß es eine Marine beſitze, die auf der Höhe ihrer Aufgabe ſtehe. Redner wirft ſodann dem Kabinet vor, daß es die auswärtige Politik derjenigen Rußlands unterordne.

**Paris**, 26. März. (R. T.) Die franzöſiſche Garniſon von Kong, Weſtafrika, wurde während 14 Tage von 2000 Softas aus Samorys Reich belagert und leiſtete, trotzdem Vertheidigungswerke erſt errichtet werden mußten, hartnäckigen Widerſtand. Die Verluſte der Garniſon während der Belagerung betrugen 3 Todte, Eingeborene, und elf Verwundete. Am 27. Februar gelang es der Kolonne des Kommandanten Canderlin nach mehreren ſiegreichen Gefechten, in denen ſie nicht einen Mann verloren, die Garniſon von Kong zu entſetzen.

**Madrid**, 26. März. (R. T.) Der Bericht der ſpaniſchen Unterſuchungskommiſſion kommt zu dem Schluß, daß die Exploſion auf der „Maine“ einer inneren Urſache zuzuſchreiben ſei.

**Madrid**, 26. März. (R. T.) Nach einer amtlichen Depeſche aus Havana hat in der Sierra Chaparra ein Zuſammenſtoß ſtattgefunden. General Luque nahm das Lager der Aufſtändiſchen, von denen 48 getödtet und 150 verwundet wurden. Auf Seite der Spanier wurden 1 Kapitän und 9 Soldaten getödtet, ſowie mehrere Offiziere und 58 Soldaten verwundet.

**Rom**, 26. März. (R. T.) Deputirtenkammer. Berathung des geſtern von Nobili und Genoſſen geſtellten Antrages, die Regierung aufzufordern, daß ſie der Kammer einen entſprechenden Geſetzentwurf vorlege, ehe ſie zum Verkauf von Schiffen ſchreitet. Michelozzi bekämpft den Antrag, während Nobili ihn mit der Begründung vertheidigt, daß der gegenwärtige Augenblick für den Verkauf nicht geeignet ſei. Codacci glaubt, hinſichtlich der internationalen Beziehungen könne die Regierung allein ein Urtheil über die Zweckmäßigkeit des Verkaufes fällen.

**Konſtantinopel**, 26. März. (R. T.) Geſtern Abend ſtieß das der Schiffsgeſellſchaft „Machuſa“ gehörige Schiff „Caplan“ mit einem engliſchen Schiffe zuſammen und ging in Folge der Kolliſion unter. Ein zweites Schiff derſelben Geſellſchaft Namens „Sakaria“ ſcheiterte im Golfe von Ismael.

**Konſtantinopel**, 26. März. (R. T.) Das Appellationsgericht in Ueskub verurtheilte in dem Mordprozeß Kiazin einen Bulgaren zum Tode und 11 zu je 15jähriger Kerkerſtrafe. Die übrigen Angeklagten wurden in contumaciam zur Einziehung ihrer Güter verurtheilt. Wegen Unterhaltung geheimer Waffendepots ſind noch 34 Perſonen in Ueskub, Kumanowa und Iſchtib (?) in Unterſuchung.

**Yokohama**, 26. März. (R. T.) Meldung des Reuter'ſchen Büreaus: Die Meldung, daß Japan Rußland erſucht habe, Port Arthur zu räumen, findet Glauben in der japaniſchen Preſſe, die die Rückberufung des Finanzbeiraths Alexejew aus Söul als ein Zeichen dafür betrachtet, daß Rußland ſeine Politik in Korea geändert habe.

**Havana**, 26. März. (R. T.) Der ſpaniſche General Bernal ſchlug die Aufſtändiſchen in mehreren Zuſammenſtößen zwiſchen dem 13. und 17. d. M. in der Gegend von Jiquany (Oſtdepartement). Auch in der Provinz Pinar del Rio wurde gekämpft; hier fielen bei einem Zuſammenſtoße 55 Inſurgenten. Endlich wurden die Aufſtändiſchen auch bei Bergamo geſchlagen.

## Vereine und Verſammlungen.

**Maurer Hamburgs.** In der am 17. d. ſtattgefundenen Mitgliederverſammlung wurde zunächſt die Abrechnung verleſen, welche für die Hauptkaſſe in Einnahme und Ausgabe M. 513,66 ergab. Für die Lokalkaſſe war Einnahme M. 305,15, Ausgabe M. 269,30. Dann wurde mitgetheilt, daß die Kollegen bei Büring bereits von 6 bis 6 Uhr arbeiten, alſo zehn Stunden, während der Tarif 8½ Stunden für März vorſchreibe. Weiter wurde berichtet, daß bei Amelung und Jenkel die Bockſtellage auf den bloßen Einſchub geſtellt ſei. Als man den Polier, ein Mitglied des Polierbundes, darauf aufmerkſam gemacht, habe er erklärt: Das bleibt ſo! Erſt als ihm gedroht, es der Baupolizei zu melden, habe er ſich damit entſchuldigt, im Winter ſeien die Bretter ſo ſchmutzig, deshalb habe er keine untergelegt, worauf ihm aber erwidert wurde, es ſeien Arbeitsloſe genug auf der Straße, die die Arbeit gerne thun würden. Am 7. März kam es bei Mayer zur Arbeitseinſtellung in Folge unmenſchlicher Behandlung. In Hummelsbüttel, wo die Kollegen nur 45 ₰ pro Stunde erhielten, wurde die Arbeit eingeſtellt, worauf 50 ₰ gezahlt wurden. Ferner wurde auf die Nothwendigkeit hingewieſen, den auswärtigen Kollegen an's Herz zu legen, vorläufig Hamburg zu meiden, da die Noth und das Elend unter den Kollegen in Folge der langen Arbeitsloſigkeit unbeſchreiblich ſei. An einem Bau, wo vielleicht drei bis fünf Kollegen eingeſtellt werden, ſtehen Hunderte, welche auf Arbeit lauern. Mindeſtens die Hälfte der Hamburger Kollegen liegt ſchon ſeit 10, 12 und 14 Wochen auf dem Pflaſter. Und es iſt fraglich, ob nur noch ein Drittel dieſer Arbeitsloſen vor Oſtern von der Straße kommt. Gerügt muß hier werden, daß ein großer Theil der noch jungen Kollegen ſich weder der Organiſation anſchließt (und dieſes gilt leider auch für viele bejahrte Männer) noch Hamburg verläßt. Da kann es denn auch nicht wundern, daß das Unternehmerthum dieſen Zuſtand ausnutzt und die Geſellen ſo ausbeutet, daß ſie Abends kaum mehr auf den Beinen ſtehen können.

## Briefkaſten.

**Eilbek.** Nach Hamburger Gepflogenheit braucht der Wirth nichts an der Wohnung machen zu laſſen, wenn nicht etwa ein Einſchreiten der Baupolizei nöthig iſt. Das liegt aber bei Ihrer Wohnung anſcheinend nicht vor. Verſuchen Sie Einigung in Güte. Das Geld müſſen Sie ihm zahlen. Erfolgt Einigung nicht, dann müſſen Sie kündigen oder die Renovirung auf eigene Koſten vornehmen laſſen.

**H. Kr., Hamm.** Eine Hoſe.

**K. S., Eichholz.** Der Hauswirth kann für die ganze Kontraktsdauer Miethe verlangen, und Sie werden im Klagefalle unzweifelhaft zur Zahlung verurtheilt werden.

**P. K., Eilbek.** 1) Nein, da kein Engagement erfolgt iſt. 2) Iſt Sache des Richters, wenn er ſchwören läßt. 3) Wäre noch Zeit.

**H. W., Wandsbek.** In Harburg beſteht ebenſo gut Gütergemeinſchaft wie in Hamburg. Dort kann dieſe aber innerhalb der erſten zwei Jahre nach der Eheſchließung vor dem Amtsrichter ausgeſchloſſen werden, hier nicht.

**S. 19, Epp.** 1) Haftſtrafe bis zu 6 Wochen oder Geldſtrafe bis zu M. 150. 2) Ja. 3) Beſtimmt der Richter, wenn Einigung nicht zu erzielen. 4) Dazu iſt die Frau nicht verpflichtet.

**J. W., Abonnent.** 1) Eltern, Großeltern, Kinder oder Kindeskinder. 2) Entferntere Verwandte dann, wenn ſie erbberechtigt, aber im Teſtament nicht bedacht wären.

**Mehrere Kommiſſionsmitglieder.** Am 18. Februar d. J. war das Feuer bei Herwig, und am 19. Februar in der Farbenfabrik von Brügmann auf dem Kleinen Grasbrook.

**Dankbarer Leſer.** Das hängt von Umſtänden ab, die wir nicht wiſſen können.

**Nr. 83.** Wenn Ihre Braut die Hamburgiſche Staatsangehörigkeit beſitzt, dann iſt die Sache ſehr einfach und mit nur geringen Koſten verknüpft. Ihre Braut muß dann für das Kind einen Vormund beſtellen und Sie ſchließen mit dieſem nach der Verehelichung einen Adoptionsvertrag ab, der von der Vormundſchaftsbehörde zu beglaubigen iſt. Das iſt Alles. Iſt Ihre Braut aber nicht Hamburgerin, dann geht das ſehr ſchwer zu machen. Kommen Sie in dieſem Falle einmal Mittags oder Abends zwiſchen 6 und 8 Uhr hier vor.

**Eine Unwiſſende, 100.** Nein.

**V. F., Barmbek.** 1) Ihre Tochter muß bis Oſtern 1899 in die Schule gehen. 2) Nein, der junge Mann muß ſich auf dem Stadthauſe einen Staatsangehörigkeitsſchein löſen.

**S. Meyer II.** Davon iſt in der Bekanntmachung der Polizeibehörde nichts vorgeſehen; wir rathen Ihnen aber trotzdem, bei Letzterer auf dem Stadthauſe Erkundigungen einzuziehen.

**C. R.** Das kann der Hauswirth mit Recht nicht, thut er es dennoch, dann muß der Fabrikant ſofort beim Gericht Freigabe beantragen.

**Conrad.** Die meklenburgiſchen Landesfarben ſind roth-gelb-blau; die Landesflagge iſt blau-weiß-roth, wagerecht getheilt.

**Im Voraus Dankender.** Da Ihre Familie jetzt (Sie mitgerechnet) aus 5 Köpfen beſteht, ſo haben Sie Anſpruch auf Ermäßigung der Steuer um die Hälfte. Schreiben Sie auf das Formular: „Da ich eine Familie von 5 Köpfen zu ernähren habe, ſo beanſpruche ich Steuerermäßigung nach § 3 des Einkommenſteuergeſetzes.“

**A. Z., Altona.** Die Strafe, zu welcher er ſeiner Zeit verurtheilt wurde (wahrſcheinlich M. 150 bis M. 200 Geldſtrafe) wird er leiden müſſen. 2) Geht nur, wenn der Ausgewanderte amerikaniſcher Bürger geworden iſt.

**Nr. 52.** 1) Der Hauswirth nicht, aber der Vermiether kann Ihre Sachen einhalten. 2) Verjährt in 5 Jahren.

**J. B.** Sehſchärfe nicht normal, aber auf beiden Augen gleich.

**Stammtiſch Bullermann.** Bedeutet: Nicht mehr als M. 1200 pro Jahr.

**C. F. 100.** Sie ſind der Erſatzreſerve zugetheilt. Keine Fehler. Die Zahlen bedeuten Körpergewicht, Größe und Bruſtumfang; zu ſchwach.

**A. R.** Wir können leider nicht dienen; uns iſt eine Naturärztin nicht bekannt. Uebrigens laſſen wir uns auf Empfehlungen von Aerzten, Rechtsanwälten u. ſ. w. nicht ein.

## Anzeigen.

Verlobte:
**Emilie Vertein,**
**August Janns.**
Hamburg-Eimsbüttel, 26. März.

Verlobte:
**Anna Koop,**
**Christian Sach.**
Altona. Segeberg.

**Minna Dwenger,**
**Bernhard Sülter,**
Verlobte.
Wandsbek. Hamburg-St. Pauli.

Zum 27. März
1851 ✝ 1898
**Nachruf**
**an Frau Maria Brakenwagen.**

Der Tag, den wir ſo fröhlich feiern wollten,
Da Du vor 47 Jahren trat'ſt in's Leben;
Der Tag, er kam. Wir aber, ach, wir ſollten
Dich, Liebe, nur an Deinem Grab' erheben.

Geſund und fröhlich noch vor wen'gen Wochen,
Warf das Geſchick erbarmungslos Dich nieder,
Du ſank'ſt dahin, Dein Auge iſt gebrochen,
Und über Dir ſprieß't heute ſchon der Flieder.

In frohe Augen ſaheſt Du ſo gern,
Dein Glück war ſtets: die Ander'n zu erfreu'n!
Warſt allen Leidenden ihr guter Stern,
Dein Herz konnt' überall nur Hülfe beu'n.

Des Mannes rechte Hand, ſein Stolz, ſein Heil!
Der Kinder treu'ſte, beſte Mutter Du!
O, welch' ein Schmerz wird heute uns zu Theil,
Da Du ſo plötzlich ging'ſt zur letzten Ruh'.

So ruh' denn ſanft, Du unſer Aller Segen!
Laß' Blumen, Palmen Dir und Kränze weih'n.
Uns bleibt ein Troſt: Dein Geiſt wird allerwegen,
Bis zu der letzten Stunde bei uns ſein.

Gewidmet im tiefſten Schmerz von
ihrem Gatten
**Albert Brakenwagen**
**und ihren vier Kindern.**

**Dienstag, 29. März,** Vormittags 11½ Uhr, ſollen **Falkenried 45,** wegen Umzug und für Rechnung wen es angeht, theils elegante u. einfache **Mobilien,** als eine gr. Plüſchgarnitur m. Vortaufſatz, Tiſch, eleg. Fantaſieſchr., Trumeau, Spiegelſchr., Spiegel, e. kl. Garnitur m. Seſſel, 2 Stühlen, Tiſch, Schrank, 1 eleg. Taſchenſopha mit Stühlen, 1 Sopha, 4 Stühle, br. Rips, ſehr hübſche Bilder, Spiegel, Regulator, Tafelſt., 1 neue Schlafzimmereinricht., 3 gebr. Bettſt., 1- u. 2th. Kleiderſchr., 2 Kommoden, Hängel., mahag. Nähtiſch, Laternen, Leiter, Brockhaus Lexikon, **Gr. Goldſpiegel, für Salon paſſend,** 2 Taſchenuhren, 1 St. roth. Bettköper, Federd., 3 Waſſerwaagen u. Vieles mehr meiſtbietend verkauft werden durch den Auktionator **Aug. Manske.** Zu beſehen am Auktionstage von 9 Uhr an.

**Hamb. Echo** liefert für Eimsbüttel **C. Dreyer,** Marthaſtr. 5 u. Gärtnerſtr. 90, Hs. 22, part. r.

Zu verk. ein Sopha, Tiſch, Heckbauer, M. 4. **F. Giese,** Herderſtr. 31, Hs. 3, II.

Zu verk. 1 Sopha, 4 Stühle, 1 Ausziehtiſch, Meſſerputzmaſch. f. Wirthe, 1 Oelanzug, Konfirmand.-Anz. u. Uhren. II. Jakobſtr. 11, **K. H. Simon.**

Bill. z. verk. Repol, Toonbk., Kldſchrk. Spaldingſtr. 150 a, Zigarrenladen.

Bill. zu verk. Klempn.- u. Mechaniker-Geſch., paſſ. f. Anfänger, billig. Werkſt.-Miethe frei für Arbeit. Off. erb. u. O. C. H. a. d. Exp. d. Bl.

**5 M. Belohnung** erhält der Mann, der am 19. Januar d. J., Nachm. zwiſch. 2—3 Uhr, mit einer ſchott. Karre v. Schlump üb. d. Grindelberg gef. hat u. geſeh., wie e. Motorw. m. e. Federw. zuſammenſ. a. d. Ecke Hanſaſtr. Bitte ſof. z. meld. b. **Stelter,** Scheideweg 22, K., Eimsb.

**Gänzl. Ausverkauf in Regenmänteln** u. **Jackets** f. M. 3, **Kindermäntel** u. **Jackets** f. M. 3, **Umhänge** u. **Kragen** v. M. 2 an, alle **Neuheit., Koſtümröcke** in rein. Wolle, in all. Farb., v. M. 2-10, **Koſtüme,** hocheleg., v. M. 10 an, auch nach Maß. **Adolfſtr. 151,** Hochpt., Altona, kein Laden.

**Gardinen,** Meter 20, 30, 40 ₰ bis M. 1.
**Arbeitshoſen** M. 2, 2,50 bis M. 4.
**Arbeitskittel** M. 1,30, 1,50, 1,80, 2,—.
**F. H. Wiebrecht,**
Altona, Große Johannisſtr. 64.

**Möbel-Maſſe-Verzierungen, Holz-Aufſätze und Muſcheln, Möbel-Beſchläge** zu den billigſten Preiſen.
**Albert Kühn, Neuſt. Neuſtr. 26.**

**Möbel** aller Art, ſpottbillig, aus eigener Werkſt. Daſ. 1 Dtz. gebr. Rohrſtühl. bill. abzug. Eppendorferweg 21.

**Ernst Kühnel, Copitz (Elbe).** Weltbekannte Züchterei tieftourenreicher Kanarienedelroller. Prämiirt m. höchsten Auszeichn. Versandt unt. Gar. f. Werth u. leb. Ank. g. Nachn. M. 10, 12, 15, 20 p. St.

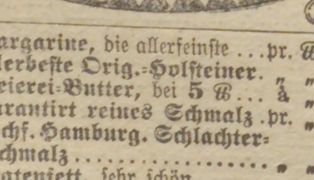
Kanarienhähne u. Weibch. Daſ. auch ein Heckbauer z. verk. Weidenſtr. 61, pt. l., Alt.

Hohlroller, mehrm. m. Ehrpr. prm. u. Weibch. z. vrk. Kl. Kirchenweg 13, 4., St. G. **G. Schütze.**

Kanarienhähne, Hohlroller u. Weibchen zu verk. **O. Heyer,** Gr. Drehbahn 39, H. 6, 2. Et.

Kanarienhähne und Weibchen zu verkaufen. **Schönfelder,** Lornſenſtr. 28, 1., Alt.

Z. verk. echt. Harz. Weibch. Eulenſtr. 57, 2. r., Ottenſ.



**Margarine,** die allerfeinſte . . . pr. ℔ 50 ₰
**Allerbeſte Orig.-Holſteiner.** „ „ 110 „
**Meierei-Butter,** bei 5 ℔ . . . à „ 105 „
**Garantirt reines Schmalz** . pr. „ 35 „
**Hochf. Hamburg. Schlachterſchmalz** . . . . . . . . „ „ 50 „
**Bratenfett,** ſehr ſchön . . . . . . . „ „ 35 „
**Kommißbrot** . . . . . . . . . . . nur 40 „
**Echt Wittenberg. Korbbrot** za. 5 ℔ 55 „
**J. D. Wichern,**
**Hamburg,**
Fiſchertwiete 22, Keller,
Ecke Niedernſtraße unter 106/107.
Fernſpr. 3870, Amt I.

**Preis-Skat Sonntag, 27. d.,** Ab. 8 Uhr, bei **W. Erbst,** Schauenburgerſtr. 88, Altona.

**Kräftiger Mittagstiſch,** ſowie warmes Frühſtück und Abendeſſen. Bier ½ Liter 15 ₰. **J. C. Meyer, Gr. Neumarkt 19, K.**

**Klett's Gesellschafts-Garten.**
Heute, Sonntag: **Gr. Ball.** Anfang 4 Uhr.
**A. Bohlens.**

**Zanzig's** Etablissement, Langenfelde.
Endstation der elektr. Bahnen.
**Jeden Sonntag: Grosser Ball.**

**Veddeler Hof.** Heute, Sonntag: **Gr. Ball.** Anf. 4 Uhr. Entree 20 ₰, wofür Getränke. Hierzu ladet ergebenſt ein **H. Wegener.**

**Saubert's Salon.** Heute, Sonntag: **Gr Ball.** Anfang 4 Uhr. Entree 20 ₰, wofür Getränke. Tanzabonnement 60 ₰. Klubs u. **Rothenburgsort.** Vereinen halte mein Lokal unter den koulanteſten Bedingungen, auch Sonntags, beſtens empfohlen.

**Metscher's Geſellſchaftshaus,**
Altona, Gr. Roſenſtraße 2—6, Altona.
Sonntags, Mittwochs u. Freitags: **Grosser Ball.**

**Englischer Garten.** Jeden Sonntag: **Grosse Ballmusik** mit verſtärktem Orcheſter. Anfang 4 Uhr. Mittwoch und Freitag: **Gr. Extraball.** Anf. 7½ Uhr. **H. Ahrendt.**

**Wachtmann's Salon.**
Heute, Sonntag: **Große Ball-Muſik.** Anfang 4 Uhr.
Morgen, Montag: **Großer Extra-Ball.** Anfang 8 Uhr.
Partouts gültig. Restauration à la carte. **C. Meyer.**

**Winterhuder Linden-Park.**
Barmbekerſtraße 4.
Jeden Sonn- und Feſttag: **Grosse Tanz-Musik.**
Hierzu ladet freundlichſt ein **Fritz Käsebier.**

**Koppelmanns Salon,** Altona, Gr. Roſenſtraße 95. Heute, Sonntag: Gr. Tanzmuſik. Mittwoch und Freitag: Großer Extraball.

**Friſche Land-Eier** empfiehlt **J. Dreyer,** Bahrenfelderſtr. 138, Ottenſ. Händlern Rabatt.

**Bandonionspieler,**
welche gen. sind, ein. Klub beizutr., w. geb. Adr. unt. B. C. i. d. Exp. d. Bl. einz.

**Tütge's Etablissement,**
Valentinskamp 40/42.
Heute, Sonntag:
**Gr. Ball.**
Großes Orcheſter. Saalöffnung 4 Uhr. Entree 60 ₰, wofür freier Tanz. Getränke-Entree 30 ₰, Damen 30 ₰, wofür Garderobe. Nach 10 Uhr: Halbes Entree.

**Erholung in Hamm.**
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Herren 20 ₰ Entree, wofür Getränke, Damen 15 „ Garderobe.
Frau **F. Bleyer Wwe.**

**St. Petersburg,**
Hamm.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Anfang 4 Uhr. **J. Sieberling.**
Klubſaal für Sonn- u. Feſttage disponibel.

**BILLERHUDE**
Jeden Sonntag: Ballmuſik. Orcheſter Pariſienne. Erg. Th. Waweroosky.

**Schweizer-Saal. Altona.**
Heute, Sonntag: **Gr. Tanzmuſik,** bedeutend verſtärktes Orcheſter, abwechſelnd Streich- und Militärmuſik. Entree f. Herren 20 ₰, wofür Getränke. Damen frei. — Anfang 5 Uhr.
Morgen, Montag:
**Gr. Potpourri- u. Walzer-Abend.**
Entree für Herren 30 ₰, wofür freier Tanz. Damen frei. — Anfang 7½ Uhr.
**C. Melching.**

**Harmonie, Wandsbek.**
Jeden Sonntag: **Gr. Tanzmuſik.**
Hochachtungsvoll **W. Flachsbarth.**

**Zur alten Bullenhusener Schleuse.**
Jeden Sonntag:
**Gr. Tanzmusik.**
**Wilh. Krohn.**

Heinrich
**Köllisch**
Universum.
St. Pauli, Spielbudenplatz 22.
Sensationell! Unglaublich!
Rapid-Transit-Illusion.
Das
**lebende Räthsel!**
Das Verschwinden v. 2 Personen auf offener Bühne in 2 Sekunden.
Ausserdem:
Auftreten sämmtl. Spezialitäten I. Ranges.
Entree Wochentags 20 ₰ Entree Wochentags

**Skatklub**
**Montag, 28. März.**

**Zitherlehrer** Karl Schmidt, Alter Steinweg 34, I.

**Harmonie-Theater, Wandsbek.**
Donnerstag, 31. März. Anf. 7½ Uhr:
**Buschliesel.**
Orig.-Volksſt. m. Geſ. in 6 Akt. v. J. Willbrandt.

## Theater.

Sonntag, den 27. März:

**Stadt-Theater.** Mittags 1 Uhr: Bei ermäßigten Preiſen. **Wilhelm Tell,** Schauſpiel in 5 Akten, von Schiller. — **Abend-Vorſtellung.** Anfang 7 Uhr: **Gaſtſpiel des Herrn Bruno Heydrich vom Herzoglichen Hoftheater in Braunſchweig. Die Königin von Saba,** gr. Oper mit Ballet in 4 Akten, von Goldmark. Große Preiſe.

**Thalia-Theater.** Nachmittags 3 Uhr: **Viertes Gaſtſpiel des Frl. Thea Göhrs** von Berlin. Zu ermäßigten Preiſen. **Mein Leopold,** Volksſtück mit Geſang in 3 Akten, v. L'Arronge. Muſik von Bial. — Abends 7 Uhr: **Letztes Gaſtſpiel des Frl. Thea Göhrs. Fritzchen und Lieschen,** muſikaliſches Genrebild in 1 Akt, von Henrion. Muſik von Offenbach. Hierauf: **Sie weint,** Luſtſpiel in 1 Akt, von Sileſius. Hierauf folgt: **Bei Waſſer und Brot,** dramatiſcher Scherz mit Geſang in 1 Akt, von Jacobſen. Muſik v. Röder. Zum Schluß: **Guten Morgen, Herr Fiſcher!** Vaudeville-Burleske in 1 Akt, v. Friedrich. Muſik von Stiegmann.

**Altonaer Stadt-Theater. Fritzchen,** Drama in 1 Akt, von Sudermann. Hierauf, zum 3. Male: **Das neue Ghetto,** Schauſpiel in 4 Akten, von Herzl. Mittel-Preiſe. Anfang 7½ Uhr.

**Carl Schultze-Theater.** ☞ **In dieſer Saiſon finden nur noch zwölf Operetten-Vorſtellungen ſtatt.** — Sonntag Nachmittag 3 Uhr: **Jungfrau von Belleville.** Preiſe: M. 2, 1,50, 1, 75, 50, 40, 30 ₰. — Abends 7 Uhr: **Gaſtſpiel des Fräul. Charlotte Wiehe, Solo-Tänzerin vom königl. Hoftheater zu Kopenhagen. Unter perſönlicher Leitung des Verfaſſers und Komponiſten: Der erſte Karneval,** lyriſches Mimodrama in 1 Akt, von **Henri Bereny.** Vorher: **Die Fledermaus.** Kaſſenöffn. 6, Anf. 7 Uhr. Ende 10½ Uhr.

Montag: **Bettelſtudent**
Dienſtag: **Zigeunerbaron** } und Gaſtſpiel Frl. Wiehe.
Mittwoch: **Vogelhändler**

☞ **Anfang 7½ Uhr.** ☜

Donnerſtag, 31. März: **Benefiz Ferd. Schütz.** Novität! Zum **1.** Male: **Der goldene Kamerad,** Operette in 3 Akten, und **Gaſtſpiel Frl. Wiehe.**

**Ernst Drucker-Theater.** Sonntag-Nachm. 2½ Uhr: **Beſondere Extra-Vorſtellung.** Kinder 10, 20, 30, 50 ₰. Erwachſene 30, 50, 75 ₰, M. 1. **Auftreten d. geſammt. Ballet-Perſonals d. Theaters d. Centralh.** In großer Ausſtattung: **Aladin,** oder: **Die Wunderlampe,** großes Zaubermärchen in 8 Bildern. ☞ **Gr. Orcheſter.** Abends 6 Uhr: **Drittletzter Sonntag. Die Schleswig-Holſteiner,** hiſtor. Schauſp. in 4 Abth. **Schleswig-Holſteins Erhebung,** patriot. Luſtſp. **Up ewig ungedeelt!** ☜ Lebend. Bild. Hierauf: **Lumpaci-Vagabundus, das liederliche Kleeblatt,** gr. Zauberpoſſe mit Geſ. u. Tanz in 9 Bildern.

Montag, den 28. März:

**Stadt-Theater. Robert der Teufel,** Oper mit Ballet in 5 Akten, von Meyerbeer. Große Preiſe. Anfang 7½ Uhr.

**Thalia-Theater. Im weißen Rößl,** Luſtſpiel in 3 Akten, von Blumenthal u. Kadelburg. Anfang 7 Uhr.

**Altonaer Stadt-Theater. Die Schulreiterin,** Luſtſpiel in 1 Akt, von Pohl. Hierauf, zum 4. Male: **Das neue Ghetto,** Schauſpiel in 4 Akten, von Herzl. Mittel-Preiſe. Anfang 7 Uhr.

**Ernst Drucker-Theater. Benefiz für Frl. Kronfels.** Auf allgemein. Verlangen: **Mutterſegen.** Anf. 7½ Uhr.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanſtalt Auer & Co. in Hamburg.